

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM. pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 90 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Benennungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf., (unfähig 2 getrocknete Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Einzelextrakte und Schließstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Mehr Gesundheitschutz!

Eine „weiche Beschränkung“ der Arbeiterschutzgesetzgebung ist eine der Forderungen, für die der Zentralverband deutscher Industrieller eine Arbeitsgemeinschaft aller Unternehmerverbände herbeizuführen sucht, und für die er offenbar die Reichsverwaltung bereits gewonnen hat. Denn immer wieder bekommen wir in der halbamtlichen Presse die Versicherung zu lesen, daß die Regierungen an einen planmäßigen Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung vorläufig gar nicht denken. Und doch lehrt jeder Blick auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, wie dringend notwendig ein besserer Arbeiterschutz ist.

Es ist von uns wiederholt auf die Tatsache hingewiesen, daß eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeitern bereits in jungen Jahren arbeitsunfähig wird. So sind im Jahre 1911 als invalid im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes anerkannt worden:

8 218 Arbeiter im Alter von 20—24 Jahren
5 248 „ „ „ 25—29 „
5 210 „ „ „ 30—34 „
5 677 „ „ „ 35—39 „
6 090 „ „ „ 40—44 „
7 681 „ „ „ 45—49 „
10 620 „ „ „ 50—54 „
14 448 „ „ „ 55—59 „
22 644 „ „ „ 60—64 „
32 355 „ „ „ 65—69 „
15 084 „ „ „ 70 und mehr Jahren

Mithin sind in dem einen Jahre nicht weniger als 19 348 Arbeiter unter 40 Jahren invalide geworden. Und dies wiederholt sich Jahr für Jahr.

Kein Wunder, daß sich die Fachmänner mit der Frage beschäftigen, ob nicht unser Arbeitsnachweis besser als bisher gegen eine so frühzeitige Arbeitsunfähigkeit geschützt werden könnte. So weist Dr. med. Alfons Fischer aus Karlsruhe in der „Sozialen Praxis“ darauf hin, daß bisher die Gesundheitsverhältnisse der Lehrlinge viel zu wenig erforscht worden sind.

Wir wissen nicht viel über die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der Lehrlinge. Vor allem aber fehlen die erforderlichen Unterlagen zur Beurteilung, ob im allgemeinen die jungen Arbeiter einen Beruf wählen, der ihren körperlichen und geistigen Kräften entspricht. Ferner vermischen wir eine Feststellung, in welchem Umfange die jungen Arbeiter bereits in den ersten Monaten der Lehrzeit gesundheitliche Schädigungen erleiden, die sich dann während des ganzen Berufslebens geltend machen und zu frühzeitiger Arbeitsunfähigkeit oder zum Tode führen können.

Jede Erwerbsarbeit ist mehr oder weniger mit Gefahren für Gesundheit und Leben verbunden. Aber ungünstige Einflüsse, die sogar bei den Erwachsenen zu schweren Beeinträchtigungen führen, müssen geradezu verhängnisvoll werden für die Arbeiter, die sich noch in der Entwicklung befinden. Deshalb muß der Gesundheitschutz ganz besonders darauf bedacht sein, Krankheiten während des Wachstums zu verhüten. Aus diesem Grunde fordert Herr Dr. Fischer, daß die jungen Arbeiter überall beim Austritt aus der Schule untersucht werden, ob sie für den in Aussicht genommenen Beruf tauglich sind. Hieran müßten sich auch während der Lehrzeit in bestimmten Zwischenräumen weitere Untersuchungen anschließen, um die Wirkung der Berufsarbeit auf die Gesundheit des Lehrlings zu ermitteln.

Was soll aber, fragt dann Dr. Fischer weiter, mit den jungen Arbeitern geschehen, die sich für kein Gewerbe eignen, weil ihre Gesundheit bereits zu sehr untergraben ist? Wir müßten auf dem Wege weiter vorschreiten, der uns zur Waldschule geführt hat: Die hier die Schulkinder in ihrer Gesundheit gefördert und zugleich unterrichtet werden, so sollten wir in Waldarbeitsstätten die schwächlichen Lehrlinge in geeigneten Gewerbearten ausbilden. Das in den Waldschulen eingeschlagene Verfahren besteht im wesentlichen darin, daß die Unterrichtsstunden mit Ausbeugen wechseln, die für die Erholung im Liegen verwandt werden. Auf diese Weise ist es in den meisten Fällen gelungen, die Schulkinder körperlich zu kräftigen und zugleich geistig so weit zu fördern, daß die Zeit nicht nutzlos für die Ausbildung verstrichen ist, daß vielmehr die Kinder, nachdem sie die Waldschule einige Zeit — etwa ein Jahr — besucht haben, das gleiche Wissen besaßen, wie ihre Altersgenossen, die dem ordnungsmäßigen Unterricht gefolgt sind. Ganz dasselbe müssen wir für die Lehrlinge erreichen, die infolge ihrer erschütterten Gesundheit zu einer regelrechten Berufsarbeit untauglich sind. Es gilt, sie gesundheitlich zu fördern und zugleich diese Zeit für die Fachausbildung nutzbar zu machen.

Die Durchführung dieser Anregungen ist dringend zu empfehlen. Jedoch müssen wir sie in einigen Punkten ergänzen.

Der Gesundheitschutz muß schon in den ersten Lebensjahren des Kindes beginnen. So lange dies nicht geschieht, können wir selbst mit den besten Schutzmaßnahmen im späteren Lebensalter nicht den vollen Erfolg erreichen. Daher ist zunächst notwendig, daß die Krankenversicherung auf alle Kinder der Arbeiter ausgedehnt werde. Und zwar muß die Krankenversicherung verpflichtet sein, die Kinder der Arbeiter

bis zu ihrem Eintritt in die Schule planmäßig ärztlich untersuchen zu lassen und für sie so zu sorgen, daß sie möglichst kräftig und gesund heranwachsen. In der Schule muß die regelmäßige Untersuchung der Kinder mit Hilfe der Schulärzte fortgesetzt werden. Auch während der Schuljahre muß für eine angemessene Behandlung schwächlicher Kinder gesorgt sein, insbesondere muß die nötige Zahl von Waldschulen zur Verfügung stehen, und ihnen müssen die Kinder betrieblen zugeführt werden. Hieran würde sich dann naturgemäß der auch von Dr. Fischer angeregte Gesundheitschutz für die Wehrlinge anschließen.

Dies ist ein Plan, dessen Ausführung fraglos sehr segensreich sein wird. Er kann aber nur unter Mitwirkung der Gemeinden, der Einzelstaaten und des Reiches ausgeführt werden.

Unsere Vertreter in den Gemeinden, den Landtagen und in dem Reichstage sind schon bisher bei jeder Gelegenheit für den Schutz der Arbeiterkinder eingetreten. Sie haben damit

freilich wenig Glück bei den bürgerlichen Parteien und den Regierungen gehabt. Wir brauchen uns nur zu erinnern, daß die bürgerlichen Abgeordneten im Reichstage bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung den Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt haben, die Krankenversicherung auf die Kinder der Arbeiter auszudehnen. Wie oft haben die Herren in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen die Vorschläge unserer Genossen zum Schutze der Arbeiterkinder trotz aller guten Gründe dafür schließlich doch niedergestimmt.

Dennoch dürfen wir auch hier nie ermüden. Unsere Vertreter werden in Zukunft um so nachdrücklicher den planmäßigen Ausbau des Gesundheitschutzes fordern. Sie werden aber den bürgerlichen Parteien und Regierungen nur dann die notwendigsten Zugeständnisse abzwängen, wenn die Arbeiter immer mehr Genossen in die Gemeindevertretungen, in die Landtage und in den Reichstag hineindringen.

Das Wichtigste gehört nicht zur Sache!

Wer bis jetzt noch darüber den leisesten Zweifel hegen konnte, daß auch dieser Prozeß den Schleier von dem kruppschen Korruptionssystem in seiner Totalität nicht lüften würde, dem ist durch den Verlauf der Montagverhandlung gründlich der Star gestochen worden. Nur die bisher schon bekannten Normalvergehenssachen sollen Gegenstand der Beweishebung bilden, alles andere soll rücksichtslos zur Seite geschoben werden. Wenn deshalb von Regierungsvertretern und der reaktionären Presse darauf verwiesen wurde, daß ja die Gerichtsverhandlungen volle Klarheit schaffen würden, so hat sich diese Verrosung nunmehr als völlig trügerisch herausgestellt!

Das Krupp-Panama ist ja durch den Prozeß in Roabit noch im weit höheren Maße betrieblen worden, als durch den Kriegesgerichtsprozeß. Aber der volle Umfang dieses Panamas entzieht sich noch immer, trotz dieser zweiten Verhandlung, dem Lichte der Öffentlichkeit. Die Ankläger der Firma Krupp brauchen das am wenigsten zu bedauern; sie besitzen genug der unerhütterlichen Beweise des unerhörten Korruptionssystems der Kanonenfirma. Aber die Verteidiger der Firma Krupp werden künftig um die schöne Ausrede gebracht sein, daß man ja doch erst einmal das Ergebnis der gerichtlichen Verhandlungen abwarten müsse, daß diese Verhandlungen die Unschuld der Firma im reinsten Lichte erstrahlen lassen würden. Was dem Auge der Öffentlichkeit gezeigt worden ist, hat die Schuld der Firma Krupp in einem geradezu verachtenden Maße ergeben, in einem Umfange, der die kompromittierendsten Schlüsse zuläßt auf das, was schämig der Öffentlichkeit vorenthalten wird.

Gar viele der Fragen wären ja vor der Strafkammer in Roabit noch zu erörtern gewesen. Welches Unheil hat schon Brandt mit seinen 3500 M. „Funktionszulage“ angerichtet. Und doch war seine Funktionszulage so geringfügig gegenüber den Funktionszulagen, die anderen Krupp-Beamten gezahlt wurden. Herr v. Regen z. B. erhielt 15 000 M. Funktions- oder Repräsentationszulage. Und noch eine erheblich größere Funktionszulage dürfte Herr v. Dreger, dürften zahlreiche andere Krupp-Beamte erhalten haben. Da hätte doch die Frage sehr nahe gelegen, welchem Zweck denn eigentlich diese Funktionszulagen dienen. Die Herren werden doch nicht täglich 50 M. und mehr für Autofahrten verwendet haben oder zur Anschaffung modernster Selbstbinder! Aber danach ist so wenig gefragt worden, wie nach dem doch so außerordentlich wichtigen Umstand, ob nicht in der Sache illegale, auch von der Heeresverwaltung geflissentlich geheim gehaltene Dinge durch den Verkehr mit höheren Offizieren in Erfahrung gebracht worden sind. Nach den vielfältigen Auslassungen der vernommenen Krupp-Direktoren, daß auch die geheimsten Mitteilungen Brandts der Firma ja bereits auf anderem Wege bekannt geworden seien; nach den Bekundungen der verurteilten Zeugoffiziere, daß Brandt eine geradezu überraschende Kenntnis auch der intimsten und geheimgehaltensten Dinge verraten habe, hätte doch nichts näher gelegen, als die gerichtliche Ermittlung auch einmal nach dieser Seite hin auszudehnen!

Nicht minder wichtig wären die Fragen, die von dem Zeugen Liebnecht aufgeworfen wurden. Liebnecht regte weitere Erhebung über die Beziehungen Brandts zum Reichsmarineamt an und erbot Beweis für die bedenkliche Tätigkeit des Kruppschen Nachrichtenbureaus, besonders dafür, daß die Firma Krupp ausländische Zeitungen bestochen habe, daß überhaupt der Geschäftsverkehr der Firma Krupp im Auslande auf die Geschäftsmoral der Firma ein ganz eigenartiges Licht werfe. Aber auch diese von dem Zeugen Liebnecht pflichtgemäß dem Gericht zur Kenntnis gebrachten Dinge wurden — laun daß Liebnecht aber die ersten Andeutungen hinaus war — sowohl vom Staatsanwalt als vom Gericht als nicht zur Sache gehörig abgelehnt. Man habe es hier nur mit den bereits in den Anklageakten stehenden Dingen zu tun. Und der Staatsanwalt glaubte ein übriges getan zu haben, wenn er es Liebnecht und seinen Gewährsmännern anheimstellte, ihm ihr Belastungsmaterial offiziell mitzuteilen, um so eventuell ein neues Verfahren herbeizuführen. Warum griff er denn hier nicht zu??

Das Wichtigste gehörte also nach Auffassung des Staatsanwalts und des Vorsitzenden nicht zur Sache. Eine Auffassung, über die

man auch vom formellsten Juristenstandpunkt aus sehr wohl anderer Ansicht sein kann. Denn die Schuld des Angeklagten Eccius und die Glaubwürdigkeit seiner Argumente würden zweifelsohne in eine ganz andere Beleuchtung gerückt werden, wenn sich in der Tat bei näherer Untersuchung herausgestellt haben würde, daß das Schmiergeldwesen und die unlauteren Geschäftsmänner keineswegs eine Ausnahme, sondern sozusagen die Regel in den Geschäftsgepflogenheiten der Firma Krupp bildeten. Und speziell dem Herrn Direktor Eccius selbst wurden ja in den von Liebnecht dem Gericht zur Kenntnis angebotenen Mitteilungen derartige Geschäftspraktiken nachgesagt. Insofern hätten also sicherlich all diese Dinge im engsten Logischen sowohl wie prozessualen Zusammenhange mit dem gegenwärtigen Verfahren gegen Brandt und Eccius gestanden.

Staatsanwalt und Gericht waren anderer Auffassung als der Zeuge Liebnecht, der ja doch auch Jurist ist. Die Deffentlichkeit wird sicherlich geneigt sein, sich eher der Auffassung Liebnechts als der des Staatsanwalts und der des Gerichts anzuschließen!

Es wird abzuwarten sein, wie die parlamentarische Untersuchungskommission, die ja rätselhafter Weise noch immer nicht konstituiert worden ist, ihre Aufgabe auffaßt. Sollte auch sie sich der Auffassung des Gerichts anschließen, so würde daraus die unbefangene Deffentlichkeit ohne Frage Folgerungen ziehen, die sicherlich nicht im Interesse der Firma Krupp lägen! Warten wir es also ab.

Einschweilen aber findet der Teil der Presse, der auf die Geschäftsinteressen der Firma Krupp und die Geschäftspraktiken ähnlicher kapitalistischer Betriebe keine Rücksicht zu nehmen braucht, Stoff in Halle und Jülich, um das auch so schon unter den erschwerendsten Verhältnissen zu Tage geförderte Krupp-Panama würdigen zu können!

Splendidität und Knauserigkeit!

Die Tatsache, daß Brandts Gehalt in den Jahren seiner Berliner Spionagetätigkeit nahezu verdoppelt wurde, ist von den Krupp-Beamten damit zu revidieren verucht worden, daß das ja etwas ganz Gewöhnliches sei. Das Gegenteil dieser Behauptung beweist die Nützlichkeit, mit der Brandts Bureaukollege Stern behandelt wurde. Er brachte es 1907 auf 4500 M. Gehalt und blieb bei diesem Gehalt bis zum Jahre 1912, während Brandt inzwischen an Zulagen weit mehr erhielt als Sterns gesamtes Gehalt ausmachte.

Das verrät nicht nur den vielgerühmten sozialen Sinn der „Wohltätigkeits“-firma Krupp, sondern auch, wie sie ihr scharfes Augenmerk darauf richtete, nur den Beamten höhere Gehälter zu zahlen, deren Tätigkeit für sie einen besonderen Nubeffekt hat. Stern bekam auch keinen Feinnia Weihnachtsgratifikation, während Brandt zuerst 1000, dann 1500 und schließlich 2000 M. Weihnachtsgratifikation erhielt. Außerdem erhielt Brandt noch 1000 M. Extrazulage und 3500 M. „Funktionszulage“, die im Jahre 1912 sicherlich auf 5000 M. erhöht worden wäre, wenn nicht Herr v. Regen sein Veto eingeleitet hätte.

Man sieht, nicht wahllos streut die Firma Krupp mit vollen Händen Gratifikationen, Zulagen und Funktionszulagen aus, sondern sie bemittelt ihre Gehälter genau nach der Nützlichkeit ihrer Werkzeuge!

Die ehrliche Arbeit des Stern brachte ihm sechs Jahre lang keinen Feinnia Gehaltszulage, während dem Krupp-Spion Brandt die Tausender an Zulagen aller Art nur so ausflog!

Dreger gegen Muehlon!

Herr Direktor Dreger machte am Montag eine interessante Aussage. Während Herr Direktor Muehlon behauptet hatte, daß er von der unterirdischen Tätigkeit des Brandt erst durch den alarmierenden Brief des Herrn v. Regen am 22. Juli Kenntnis erhalten habe, erzählte Herr Direktor Dreger, daß er bereits am 28. März desselben Jahres über die Geheimverhalte des Brandt mit Herrn v. Muehlon gesprochen habe. Demals seien zwar er sowohl wie Herr v. Muehlon der Meinung gewesen, daß

Die Firma diese eigenartigen Berichte Brandis entbehren könne, aber man habe deshalb nichts gegen Brandis Tätigkeit unternommen, weil Herr v. Dewitz auch damals schon die Berichte für unentbehrlich erklärt habe.

Danach muß Herr v. Muehlon denn doch nicht so ahnungslos gewesen sein, wie er es in seiner Zeugenaussage darzustellen beliebt.

Indirekt wendete sich Herr Direktor Dreger auch dadurch gegen seinen Mitdirektor Muehlon, daß er ausfragte, er habe zwar nicht genauer gewußt, von wem Brandis seine geheimen Auskünfte gegeben seien, daß er jedoch niemals Zweifel darüber gehabt habe, daß die Indiscretionen gerade von den Herren stammten, mit denen Brandis seinen geselligen Verkehr unterhielt. Herr Dreger hielt es denn doch nicht für opportun, eine Ahnungslosigkeit zu markieren, wie sie Herr Direktor Muehlon für sich in Anspruch zu nehmen sich nicht genierte.

Dreger gegen Rötger!

Noch einmal hat die Montagberhandlung das originelle Schauspiel, daß ein Direktor der Firma Krupp wider den anderen Direktor zeugte. Der Exdirektor der Firma Krupp, Landrat a. D. Rötger — derzeit Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Industrieller — hatte bekanntlich erklärt, daß er von dem Kormwalzerebetriebe keinerlei Kenntnis gehabt habe. Es war zwar festgestellt worden, daß mehrere Kormwalzer direkt an Herrn Rötger adressiert worden waren, aber der Vorsitzende des Scharfmacherverbandes deutscher Industrieller erklärte seine Unkenntnis des Kormwalzersystems daraus, daß ihm ja eine Anzahl Geheimberichte zugegangen seien und diese trübten Fluß die Brandtschen Kormwalzer völlig untergegangen seien. Nun aber hatte bereits früher Herr Direktor Dr. Dreger bekundet, daß er über die Berliner Berichterstattung — worunter er naturgemäß die Brandtsche Kormwalzer-Korrespondenz verstand — einmal bereits bei einer ganz besonderen Gelegenheit mit Herrn v. Rötger gesprochen habe. Er habe damals Herrn Rötger die Frage vorgelegt, ob denn nicht das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb die Brandtsche Spionage zu etwas Strafbarem stempeln.

Herr Rötger entgegnete demgegenüber, daß sich diese Unterhaltung nicht auf die Brandtschen Kormwalzer, sondern lediglich darauf bezogen haben könne, ob in der Fabrikspionage ein Verstoß gegen das erwähnte Gesetz enthalten sei. Herr Direktor Dreger blieb dagegen entschieden bei seiner Darstellung.

Dieser Widerspruch zwischen den Aussagen zweier Kruppischer Direktoren erscheint um so unflöher unter folgenden Gesichtspunkten: Entweder setzte Herr Direktor Dreger bei Rötger die Kenntnis der Brandtschen Spionagefähigkeit als etwas Selbstverständliches voraus — dann dürfte er sich mit Rötger in den Augen begnügt haben — oder er konnte sie nicht voraussetzen, und dann mußte er so deutlich werden, daß für ein Mißverständnis des Herrn Direktors Rötger keinerlei Raum blieb.

Man kann also die Dinge betrachten wie man will, der unflöhere Widerspruch zwischen den Aussagen der beiden Herren Direktoren bleibt bestehen.

Dreger gegen Muehlon, Dreger gegen Rötger — in jedem Falle haben sich jetzt auch die Herren Direktoren untereinander in die seltsamsten Widersprüche verwickelt. Die Unzuverlässigkeit der Zeugenaussagen der Herren Direktoren erscheint dadurch noch mehr in Frage gestellt, — wenn das überhaupt möglich ist, da gegen alle diese Herren Direktoren der schwerste Verdacht der Mitschuld bereits greifbar vorliegt.

Der Kruppische Ehrenkodex.

Herr Direktor Dreger ist bekanntlich der „väterliche Freund“ des Herrn v. Rehen. Aber Herr Direktor Dreger ist auch einer der ältesten Direktoren der Firma. Und dieser Direktor gab am Montag zu, daß er es auch nach der Enthüllung der Rehen'schen „Schweineereien“ in Italien (sein Schachergeschäft mit Herrn Wingen) für möglich gehalten habe, Herrn v. Rehen bei der Firma Krupp — sei es auch in anderer Stellung — zu halten oder ihm doch wenigstens eine finanzielle Schadloshaltung zu sichern.

Herr Dreger hat bis in den Januar und Februar 1913 hinein darüber mit Herrn v. Rehen verhandelt. Er will zwar mit seinen Vermittlungsversuchen, die er auf eigene Faust unternommen habe, bei der Firma abgefallen sein, aber das hielt ihn keineswegs ab, Herrn v. Rehen noch zu guter Letzt an Herrn v. Simson als Mittelsmann der Firma Krupp zu verweisen, ja telephonisch der Frau v. Rehen mitzuteilen, daß eine gütliche Einigung zwischen Rehen und der Firma zu erwarten sei, und daß am 11. Februar die Einigungsverhandlung stattfinden werde. Nur durch die Verhaftung des Herrn v. Rehen wurde diese Einigungsverhandlung vereitelt.

Wenn also auch Herr Direktor Dreger Herrn v. Rehen vorhielt, daß sein eigentümliches Geschäft mit Herrn Wingen nicht im Vergleich zu stellen sei mit den faulen Geschäftsmanipulationen der Firma Krupp, die vom „höheren Interesse“ der Firma aus zu betrachten sei, so muß er, der Krupp-Direktor, doch wohl der Ueberzeugung gewesen sein, daß auch die Rehen'sche Verfehlung keineswegs etwas Unvergleichliches darstelle.

Der Ehrenkodex der Firma Krupp muß doch ein verblüffend dehnbares Ding sein!

Die italienische Stichwahl.

Rom, 2. November. (Eig. Ber.) Um die Stichwahl-ergebnisse richtig zu bewerten, ist es nötig, die Taktik vor Augen zu haben, die von den verschiedenen Parteien bei der Unterstützung der Kandidaten eingehalten wird.

Die sozialistische Partei, für die der Kongreßbeschluss von Reggio Emilia nur im ersten Wahlgange alle Wahlbindnisse ausgeschlossen hat, fordert ihre Mitglieder auf, die Abgeordneten zu unterstützen, die gegen den libyschen Krieg Stellung genommen und sich schriftlich verpflichtet haben, gegen die Erhöhung der Militärausgaben einzutreten. Der Parteivorstandsbefehl führt die in Betracht kommenden Kandidaten namentlich auf. Es sind dies zunächst drei Republikaner, zwei andere sind ausgefallen, weil sie nicht gegen das Annexionsdekret gestimmt haben. Weiter wendet sich die sozialistische Wahlunterstützung vier Reformisten zu; nur von einer Unterstützung des gleichfalls in Stichwahl stehenden Reformisten Enrico Ferri ist nicht die Rede. Schließlich fordert der Parteivorstand die Genossen auf, für den Liberalen Pinchia, der ein Votum gegen den Krieg geschrieen hat, und für den Fürsten Caetani in Rom zu stimmen, der seinerzeit gegen das Annexionsdekret votierte. Der „Avanti“ kommentiert diesen

Befehl, indem er sagt, daß der Parteivorstand durch diese Entscheidung von Fall zu Fall deutlich zeige, daß es für die Sozialisten keine verwandten Parteien gibt, sondern nur Individuen und lokale Situationen, die bei der Wahl zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten den einen als das geringere Übel erscheinen lassen. Mit Rücksicht auf rein lokale Verhältnisse hat der Parteivorstand sich auch mit ganz knapper Mehrheit dazu entschlossen, den früheren Sozialisten Arturo Labriola in Neapel zu unterstützen.

Während die sozialistische Stichwahltaktik vom Parteivorstand vorgeschrieben wird, entscheiden die republikanischen Wahlkreise von Fall zu Fall. Obwohl Genosse Bacci in Ravenna von der Stichwahl zurückgetreten ist, weil der republikanische Abgeordnete mehr Stimmen hatte und er den Zustoß bürgerlicher Stimmen ablehnen wollte, zeigen die Republikaner keinerlei Entgegenkommen. In Wahlkreisen, wie Grosseto, Jesi und Lugo, wo ihre Stimmen den Ausschlag geben, haben sie strengste Wahlenthaltung beschloffen und den Zuwiderhandelnden Ausstoßung aus der Partei angedroht.

Was die Reformisten betrifft, so hat einmal Podreca seine Kandidatur gegen den Genossen Modigliani zurückgezogen, weiter haben sie in allen Wahlkreisen ihre Wähler aufgefordert, für den Parteigenossen zu stimmen. Alle ihre Redner haben sich in den Dienst der sozialistischen Wahlagitacion gestellt, wo dies erwünscht worden ist.

Die Radikalen, die in keinem einzigen Wahlkreise die Wahlunterstützung unserer Partei erhalten, treten fast ausnahmslos mit ihren Stimmen für unsere Kandidaten ein. Besonders wichtig ist diese Entscheidung in Rom, wo ihr Kandidat Borghese 1790 Stimmen erhielt, Genosse Campanozzi 1800 und der Merikale Nationalist Fedezoni 1810.

Zu dem zweiten Stichwahlkampf in Rom, dem im vierten Wahlkreise, ist zu bemerken, daß der radikale Kandidat Caetani von der Stichwahl zurückgetreten ist, nachdem ihm die Republikaner die Unterstützung verweigert hatten, oder sie doch nur unter der Bedingung gewähren wollten, daß er gleich nach seiner Wahl das Mandat niederlegte, um ihnen die Chance, es zu erobern, zu bieten. Trotz des Rücktritts Caetani's werden aber die Antiklerikalen in Rom doch für ihn stimmen, um die Wahl des Merikalen Nationalisten, Marchese Medici, zu verhindern, der durch schamloseste Korruption Stimmen zu erobern sucht. Dieses Aufrechterhalten der Kandidatur dürfte aber an dem Ausgange nichts ändern, der auch einen Rückschlag auf die lokalen Verhältnisse und die Herrschaft des antiklerikalen Blocks in der Stadtverwaltung haben muß.

Das Wahlergebnis.

Rom, 3. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auch die Stichwahlen haben unseren Genossen einen weiteren großartigen Erfolg gebracht. Im ganzen ist es uns gelungen, noch weitere 16 Mandate zu erobern, so daß die Sozialdemokratie zuzüglich der bereits in der Hauptwahl errungenen 36 Mandate insgesamt über 52 Parlamentsmandate verfügt.

Außerdem sind gewählt: 8 milde Sozialisten, 2 Syndikalisten und 23 Reformisten. Leider ist in Rom unser Genosse Campanozzi unterlegen. Beide römische Wahlkreise fallen den Merikalen und den Nationalisten zu. Der Rücktritt des bisherigen römischen Bürgermeisters, Rathan, sowie der ganzen antiklerikalen Stadtverwaltung Roms ist daher unermesslich. Andererseits sind die konservativen Kommunalverwaltungen der Städte Turin, Mailand, Florenz durch die Wahlsiege unserer Genossen erschüttert.

Politische Uebersicht.

Zum Braunschweiger Trubel.

Unsere Braunschweiger Genossen haben dem neuen Monarchen von Gottes Gnaden bereits ihren Willkommensgruß entboten. Am Sonntag fand in Braunschweig eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung statt, die zur Thronbesteigung des kaiserlichen Schwiegersohnes Stellung nahm. Genosse Richard Wagner besprach unter stürmischem Beifall die politischen Vorgänge und protestierte gegen Verwendung der Steuermittel zu byzantinischen Zwecken. Die Versammlung faßte einstimmig eine Resolution, in der es u. a. heißt:

Die Versammelten erklären sich für die Republik und gegen die Kleinstaaterei. Sie erblicken aber die nächste Aufgabe der aufgelahten Arbeiterschaft in der Erlämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts. Sie geloben, diesen Kampf mit aller Kraft und allen Mitteln durchzuführen.

Die Versammelten erklären die Bewilligung der hohen Zivilliste für einen Verrat an den Interessen des Volkes, zugleich protestieren sie gegen die Vergewandung öffentlicher Mittel zu byzantinischen Empfängen.

Die Versammlung hatte ein außergewöhnliches Polizeiaufgebot auf die Beine gebracht. Es wurden auch einige Teilnehmer verhaftet, weil sie die Marschmusik sangen; sonst fanden jedoch die mit Revolvern bewaffneten Polizisten nichts zu tun.

Amor und die Politik.

Einen niedlichen Beitrag zur großen Verhöhung der Häuserhöhenzollern und Lumberland erzählt im „März“ der Abg. Konrad Haußmann unter der Ueberschrift „Die Wels — die Waiblingen“:

Zugegeben, daß dynastische Verlobungen eine politische Seite haben, daß dies im vorliegenden Falle zutrifft und daß, auch ohne Gegenseitigkeit, die konstitutionelle Frage vom verantwortlichen Staatsmann aufgeworfen werden kann, wie von Bismarck in der Wattenberger Frage — so muß doch Bethmann Hollweg so gut wie seine Vorgänger wissen, daß die Hohenzollerische Politik seit einem Jahrzehnt auf die Beilegung des Welfenstreits durch eine Heirat gerichtet ist. Das auswärtige Amt, schon unter Bismarck und Bismarck, war dem Plan einer Vermählung des Kronprinzen mit der Schwester Ernst August's nahe getreten und nur der Abweigung des Kaufes Lumberlands ist es zuzuschreiben, wenn nicht eine Welsin fünfzig deutsche Kaiserin ist. Als diese erste Concordienformel versagte, und weil der Prince of Wales noch in sehr jugendlichem Alter steht, eröffnete sich, insbesondere nach dem Tode des ältesten Prinzen von Cumberland, die Zukunftsperspektive einer Vermählung der Prinzessin Victoria Luise mit dem nunmehr ältesten Agnaten des Welfenhauses.

Nationalliberale für ein Zuchtshausgeföh.

Der bekannte Vertreter der Unternehmerinteressen, Landtagsabgeordneter Sirsch-Essen, referierte auf einer Tagung des nationalliberalen Zentralkomitees für Rheinland und Westfalen über den Schutz der Arbeitswilligen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Das nationalliberale Zentralkomitee der Provinz Westfalen hält eine gesetzliche Regelung des stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen für ein dringendes Erfordernis. Die Erfahrungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, insbesondere beim letzten großen Bergarbeiterausstand, haben gezeigt, daß unter den gegenwärtigen Rechtszuständen alle nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeiter einem unerträglichen Druce einer radikalen Minderheit schuldlos preisgegeben sind. Das freie Recht der Arbeitsbetätigung ist eine notwendige Voraussetzung der Kooperationsfreiheit. Im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer erbötigt daher die nationalliberale Partei Westfalens von der in Wiesbaden eingesetzten Kommission unserer Reichstagsfraktion die baldige Förderung der Lösung einer immer brennender werdenden Frage.“

Die rheinisch-westfälischen Nationalliberalen sind stets rücksichtslose Scharfmacher gewesen; sie fühlten sich sogar dazu verpflichtet, denn dafür werden sie ja von den Großindustriellen bezahlt.

Der Bund der Landwirte als Stipendiat der „nationalen“ Volksversicherung?

In der Korrespondenz (Briefkasten) der Nummer 42 des „Archivs für Versicherungswissenschaft“ (vom 1. November) lesen wir:

„Der Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten soll die Kosten für den in voriger Woche stattgehabten politischen Rednerkursus des Bundes der Landwirte zur Hälfte übernehmen haben. Ob dieser nicht unbedeutliche Betrag aus dem Organisationsfonds entnommen wird, welchen die Provinzen bezug. Landwirtschaften dem Verband zur Förderung der Volksversicherung überwiefen haben, oder ob dafür die Gesamtheit der Versicherten aufkommen muß, wissen wir nicht. Dem Bund der Landwirte kann es ja schließlich nur angenehm sein, wenn ein anderer seine Agitation bezahlt.“

Vielleicht fühlt sich die „Deutsche Tageszeitung“ als das Hauptblatt des Bundes der Landwirte, auf diese Mitteilung des „Archivs für Versicherungswissenschaft“ zu antworten! Es wäre eine gar niedliche Vervollständigung der jetzt überall hervortretenden „patriotischen“ Korruptionserfahrungen, wenn sich bewahrheitet, daß die Mittel der mit so großem Lantam und Ehrfurchung ins Leben gerufenen Volksversicherung zu einem Teil zur Förderung der Agitation des Bundes der Landwirte benutzt werden.

Keine Ministerkrisis in Mecklenburg.

Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat das Entlassungsgesuch des Staatsministers Vossart abgelehnt. Der Minister hat seine Entlassung bekanntlich verlangt, weil der mecklenburgische Landtag die Verfassungsvorlage abgelehnt hat.

Preußen heumt die mecklenburgische Verfassung!

Die die „Tägliche Rundschau“ von „ununterrichteter Seite“ erfährt, hat die Frage der mecklenburgischen Verfassung bereits den Gegenstand eines Meinungsustausches zwischen der Reichsleitung und der mecklenburgischen Regierung gebildet. Das Ergebnis dieses Meinungsustausches war das, daß die Reichsleitung keine Genehmigung der mecklenburgischen Verfassungsfrage durch die Reichsinstanzen lösen zu lassen. Der Gedankengang der maßgebenden Stellen ist dabei folgender: Wenn eine Verfassung ausgenötigt würde, so würde nach der Reichsverfassung den Ständen das Recht zu, über die Rechtsgültigkeit des neuen Verfassungsgesetzes die Entscheidung des Bundesrates anzurufen. Der Bundesrat wäre gezwungen, falls eine gütliche Einigung nicht gelänge, ein Gutachten etwa des Reichsjustizamtes einzufordern und demgemäß seine Entscheidung zu treffen. Würde das Gutachten eine Geschwindigkeit festzustellen, so bliebe dem Bundesrat kein anderer Weg als der der Reichsgesetzgebung, d. h. Bundesrat und Reichstag müßten sich über einen Verfassungsentwurf für Mecklenburg einigen. Bei der heutigen Zusammenfassung des Reichstages wäre nun die Möglichkeit gegeben, daß ein Verfassungsentwurf zustande käme, das die mecklenburgischen Regierungen ablehnen müßten, da es nicht an geschichtliche Entwicklungen anknüpfte, sondern auf demokratischer Grundlage aufgebaut wäre. Auf diese Weise würden die Schwierigkeiten ins Ungeheuer vermehrt werden. Man ist daher von dem Gedanken, das Reich mit hineinanzuziehen, vollständig abgekommen.

Der Reichskanzler wollte offenbar kein Präjudiz geschaffen wissen, damit nicht auch einmal Preußen auf dem Umwege über den Reichstag zu einem anständigen Wahlrecht kommt. Preußen will nicht — deshalb muß die mecklenburgische Regierung sich dem Diktum eines ausgesucht frechen Junkertums fügen.

Als Nachcopfer der Hausbesitzer.

Im Wahlkreis Freiburg II ist Genosse Engler mit einer Minderheit von nur 74 Stimmen dem Zentrumskandidaten, Buchdruckerfaktor Raft, unterlegen. Den Ausschlag haben die Liberalen Hausbesitzer gegeben. Ihre Zahl beträgt in diesem Kreise etwa 400 bis 500; sie folgten, wie erst nach der Wahl bekannt wurde, ihrem Klasseninteresse als Hausbesitzer und piffen auf den Kampf gegen das Zentrum. Das nachstehend abgedruckte Zirkular, das in geschlossenen Kuvert verandt wurde, beweist dies unwiderleglich:

„Ein geeigneter Zeitpunkt, die Interessen der Grund- und Hausbesitzer wahrzunehmen, bildet der Wahltag. Es gilt, unsern Mitgliedern, Herrn Faktor Raft, gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten Engler zum Siege zu verhelfen. ... Der Hausbesitzer hat in der gegenwärtigen Zeit wahrlich schwer um seine Existenz zu ringen. Wollen wir Besserung herbeiführen, so müssen wir dafür sorgen, daß ein weiterer Hausbesitzer ins Parlament einzieht, der uns vor ungedrehten Verfassungen schützt; einen Mann, der nicht einseitig Mieter-, sondern auch Hausbesitzerinteressen vertritt.“

In Ihrem eigenen Interesse bitten wir Sie, bei der heutigen Wahl alle ändern Rücksichten beiseite zu lassen und Ihre Stimme für unser Mitglied Herrn Faktor Raft abzugeben.“

Das Zirkular hat seine Schuldigkeit getan: der Hausbesitzer wurde gewählt. Ein Beitrag zu dem Kapitel von der Wirkung des Klasseninteresses bei Wahlen.

Die Bevölkerungsbewegung in Preußen.

Im zweiten Vierteljahr 1913 betrug die Geburtenziffer in Preußen 27,91 gegen 28,22 im Jahre 1912, 29,54 im Jahre 1911 und 30,85 im Jahre 1910, hat also wieder abgenommen. Aber auch der Anteil der Gestorbenen hat wesentlich abgenommen; er berechnet sich auf 14,91 gegen 15,43 im Jahre 1912, 15,73 im Jahre 1911 und 16,50 im Jahre 1910. Der auf 1000 Einwohner entfallende Geburtenüberschuß, der von 1910 zu 1912 von 14,35 auf 12,89 zurückgegangen war, hat sich im Jahre 1913 auf 13,00 gehoben. In den Städten kamen auf 1000 Einwohner 24,78 (im Jahre 1911 25,06), auf dem Lande 30,82 (31,82) Geborene. Die Verhältniszahl der Gestorbenen betrug in den Städten 14,74 (15,00), auf dem Lande 15,06 (15,74). Es ergibt sich mithin ein Geburtenüberschuß in den Städten von 10,04 (im Jahre 1912 9,96), auf dem Lande von 15,76 (15,58). Das Resultat ist also Bevölkerungszunahme bei zunehmender Geburtenzahl.

Mittelstandstagung.

In Berlin begann am Montag wieder einmal eine Mittelstandstagung, die diesmal von einer Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe veranstaltet ist. Alle möglichen Regierungsstellen hatten sich vertreten lassen, und alle bürgerlichen Parteien des preussischen Landtags und des Reichstags. Man sah da neben dem Spiritus-Reich den Fortschrittler Bachmeide und neben dem antisemitischen Fünftler Hammer den — Germanen Dr. Krenbt. Geheimrat Schwarz, vom preussischen Finanzministerium feierte den Mittelstand als die wertvollste Stütze und das feste Bollwerk der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Dann wurden verschiedene Reden, natürlich in erster Linie gegen die Konsumvereine, gegen die Beamtenorganisationen, gegen Ausverläufe, Sonntagsruhe, den unlauteren Wettbewerb gehalten. Besonderen Schmerz hat es den Leuten verursacht, daß auf dem letzten evangelisch-sozialen Kongress auch schon eine gewisse Einsicht über die Notwendigkeit der Konsumistenorganisation zum Ausdruck gekommen ist.

Belgien.

Der Krupp-Prozess.

Brüssel, 3. November. Der Abgeordnete Flechet richtete an den Kriegsminister die Anfrage, ob er Erklärungen darüber geben könne, ob belgische Offiziere bei den an Krupp ergangenen Lieferungen kompromittiert seien, wie dies aus dem Berliner Krupp-Prozess möglicherweise abgeleitet werden könne.

Rußland.

Echtrussische Pogromhebe.

Vier Wochen dauert nun schon der Ritualmordprozess in Kiew. Mit ungeändertem Interesse verfolgt die öffentliche Meinung alle Einzelheiten des Gerichtsdrames, in dem die brennendsten Fragen des russischen Lebens sich zu einem unentwirrbaren Knäuel vereinigt haben. Nachdem die Arbeiterklasse als erste ihre Stimme erhob und den konterrevolutionären Kern des Kiewer Schandprozesses enthüllte, geht es wie ein Erwaachen auch durch solche Kreise, die bisher in politischer Gleichgültigkeit dahinvegetierten. Aber auch die Echtrussen rüsten und schämen sich an, wie das ja der eigentliche Zweck der Ritualmordhebe war, die politische Belebung mit neuen Strömen jüdischen Blutes zu erlösen. „Jede neue revolutionäre Bewegung wird unfehlbar zu Judenmordeleien führen!“ — das ist eingefandenermaßen die Lösung der feudal-bureaucratischen Schichten, die mit allen Nachmitteln des Staates, der Kirche und der Armee ausgerüstet, an die dunkelsten Instinkte und Leidenschaften des städtischen Pöbels appellieren, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten. In vielen Orten machen sich bereits im Anschluß an den Ritualmordprozess recht bedrohliche Anzeichen bemerkbar. Mögen auch einzelne Ausschreitungen durch die Suggestion des obrigkeitlich anerkannten Blutmardens, durch die glistigen Verleumdungen der amtlichen und der echtrussischen Presse erklärt werden können, so zeigt sich andererseits doch, daß eine fürsorglich leitende Hand am Werke ist, um die blutige Saat der Ritualmordhebe auszustreuen und für eine neue Wera der Judenpogrome den Boden vorzubereiten.

Nachstehend seien die wichtigsten Momente dieser Hebe, soweit sie an die Öffentlichkeit traten, registriert. In Minsk wurde bereits am 21. Oktober eine Proklamation der Echtrussen, die die Bevölkerung zu einem Judenpogrom aufforderte, in den Straßen verteilt. Um dieselbe Zeit eröffnete das echtrussische Organ „Wolga“ in Saratow eine unerbittliche Pogromagitatorik, die an die Hebe der Jahre 1904/05 erinnert. In Odessa beriefen die Echtrussen unter dem Vorsitz des Bischofs Anatol eine Konferenz der rechtsstehenden Gruppen zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Taktik bei den bevorstehenden Ereignissen ein. In Kiew, Kefaterinostrowa, Drel, Kamenez, Podosk u. w. wurden die verurteilten Erzeugnisse des Kiewer Pogromblattes, „Der Doppeladler“, und, was besonders bemerkenswert ist, eine Broschüre mit der „Expertise“ des Vaters Branaitis in großen Mengen vertrieben. Die Folgen dieser Hebe machen sich bereits in einigen Orten bemerkbar. Im Gouvernement Wolynien feuern „mohlgelobene“ Banditen auf vorübergehende Juden. „Zwei sind getötet und zwei schwer verwundet“, heißt es lakonisch in dem Telegramm. In Loda, Benders und Waku ist es bereits zu Zusammenstößen und Ausschreitungen gekommen. Dunkle Vorurteile, unsinniger Aberglaube werden in den unaufgeklärten Massen lebendig. Und um dieselbe Zeit sind die hochgestellten Regisseure der Hebe eifrig am Werke, dem gewedten Blutranjch neue Nahrung zuzuführen, um die wiederwachende revolutionäre Bewegung mit dem Schlamm der aus Unwissenheit, Aberglauben und glistiger Verleumdung geborenen Ritualmordpogrome auslöschen zu können.

Albanien.

Der neue Herr.

Wien, 3. November. Die „Reichspost“ erfährt von informierter Stelle, daß Prinz Wilhelm zu Wied die Kandidatur für den Thron von Albanien angenommen hat.

Aus der Partei.

Austritt aus der P. P. S.

Die Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes für Oberschlesien, Rymann, Danisch und Cepernil, welche bisher der P. P. S. angehörten, sind mit folgender Erklärung aus dieser ausgeschieden:

„Da der Dziennik Robotniczy, als Organ der Partei polnischer Sozialisten, seit längerer Zeit eine Haltung einnimmt, die wir in keiner Weise gutheißen können und verschiede Angriffe gegen uns erhebt, sowie gegen die allgemeine sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands heftig streitet, was uns nachteilig für die Gewerkschaften ist, so erklären wir hiermit unseren Austritt aus der P. P. S.“

Ratowig, den 1. November 1913.

Rymann, Danisch, Cepernil.“

Der Austritt dieser drei Genossen aus der P. P. S. bedeutet für diese Partei einen schweren Verlust. Rymann war Vorsitzender der Kontrollkommission und Cepernil gehörte dem engeren Vorstande an. Der Dziennik Robotniczy wandelt immer mehr auf national-polnischen Wegen, was am deutlichsten folgende Tatsache erweist. Das Mitglied der P. P. S. Wodowski-Gannobert, Beamter des Fabrikarbeiterverbandes, war einem Aufseher der Hamburger Genossen, bei der Nachwahl in dem Kreis unseres verstorbenen August Weber eine Versammlung in polnischer Sprache abzuhalten, gefolgt und hatte, wie das ganz selbstverständlich ist, zur Wahl Stoltenz aufgefördert. Im Dziennik Robotniczy erschien auch ein Inserat für diese Versammlung. Aber am Tage nach der Wahl wurde Genosse Wodowski, weil er nach Hamburg gegangen war und dort in einer polnischen Versammlung zur Wahl Stoltenz aufgefordert hat, gehörig gerüffelt, und zwar in einem besonderen Leitartikel. In dem Artikel heißt es unter anderen großen Ausfällen auf die Partei, daß es den Mitgliedern der P. P. S. gleichgültig sein könnte,

ob ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands oder ein Nationalpolen in den Reichstag käme. Auf alle Fälle aber hätten die Mitglieder der P. P. S. sich der Stimme zu enthalten und kein Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu wählen.

Glänzender Stadtverordnetenwahlsieg.

Berlin, 3. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Montag fanden hier die Wahlen der Stadtverordneten statt. Unsere Genossen, die einen heißen Kampf zu bestehen hatten, siegten über die vereinigten Gegner mit einer Majorität von 800 Stimmen. Die Zahl der bisherigen sozialdemokratischen Stadtverordneten betrug 11. Am Montag wurden noch neun Mandate hinzugeordnet, so daß die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament jetzt 20 beträgt. Dadurch ist die ganze dritte Klasse in den Besitz der Sozialdemokratie gelangt.

Gemeindefahrgesetz. In Eberswalde (Oberbarnim) gewannen am Sonnabend unsere Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen ein Mandat der dritten Klasse, so daß sie jetzt 5 von den 36 Sitzen im Stadtparlament innehaben.

Dolzeitliches, Gerichtliches usw.

Der Reiteroberst und die vaterlandslosen Gesellen.

Im Juni d. J. beging das 2. bayerische Ulanenregiment in Aushach sein Regimentsjubiläum, wobei die üblichen Festlichkeiten stattfanden. Die Mehrheit der Aushacher städtischen Kollegien hatte hierzu eine Stiftung von 10 000 M. gemacht. In der Kaserne wurde für die aktiven Ulanen eine „Festmenage“ veranstaltet, für die aktiven Unteroffiziere und ehemaligen Soldaten des Regiments ein „Festessen“. Bei beiden Gelegenheiten hielt der Regimentskommandeur Oberst v. Sartor Ansprachen, in denen er sich auch auf das politische Gebiet wagte und die Leute ermahnte, sie sollten sich von den „vaterlandslosen Gesellen“ fernhalten. Damit konnte er natürlich nur die Sozialdemokraten gemeint haben. Der sozialdemokratische Gemeindebevollmächtigte Genosse Pörschmann sah sich durch diese Verhörungen veranlaßt, im Gemeindefestessen eine Erklärung abzugeben, in der die Angriffe des Herrn Obersten gebührend zurückgewiesen wurden. Nach einer kurzen Bemerkung, daß „es den Sozialdemokraten eigentlich gleichgültig sei, was solche ein Marschjäger sage“, wurde gesagt, der erwähnte Ausdruck sei eine Beleidigung eines Teiles der Aushacher Einwohnerschaft, denn in der 10 000 M. Stiftung seien auch Steuergrößen von solchen vaterlandslosen Gesellen enthalten. Wenn nun Herr Oberst v. Sartor wünsche, daß aktive und ehemalige Ulanen mit den vaterlandslosen Gesellen nicht in Berührung kommen sollen, so hätte er auch konsequenterweise die Stiftung ablehnen sollen, denn Aushach berge in seinen Mauern über 1000 solcher vaterlandsloser Gesellen. Dazu scheine ihm aber der Mut zu fehlen, und zweitens werde er dem Grundbesitz huldigen: Geld stinkt nicht.

Auf Grund dieser Erklärung stellte der Oberst Beleidigungsklage gegen den Genossen Pörschmann, die am Freitag vor dem Aushacher Landgericht verhandelt wurde. Pörschmann wählte nochmals entscheidend seinen Standpunkt, wies die Anweisungen des Offiziers abermals scharf zurück und nahm den Schutz des § 193 in Anspruch. Während der Staatsanwalt sich damit begnügte, 150 M. Geldstrafe zu beantragen, verlangte der als Nebenkläger zugelassene Oberst eine „exemplarische Gefängnisstrafe“ für Pörschmann. Dieser wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, die Wahrung berechtigter Interessen wurden ihm nicht zuerkannt.

Bermorsene Revision.

Das Reichsgericht hat am Sonnabend ein auf zwei Monate Gefängnis lautendes Urteil der Erfurter Strafkammer gegen Genossen Redakteur Pörschmann wegen Sondernarbenbeleidigung durch Verwertung der Revision bestätigt. Genosse Pörschmann hatte nachweisen können, daß er am Erscheinungstage der angeblich die Beleidigung enthaltenden Notiz nicht in der Redaktion beschäftigt war, da er auswärts einen Gerichtstermin wahrnehmen mußte. Der Revisor der Zeitung erklärte außerdem, daß angeordnet war, den Namen des Genossen Pörschmann als verantwortlicher Redakteur aus dem Blatt herauszunehmen, welche Anordnung aber aus Versehen nicht ausgeführt wurde. Trotzdem war die Verurteilung erfolgt.

Soziales.

Das Aufräumen nach Feierabend ist eine verbotene Beschäftigung.

Zu den „Bestimmungen für alle Betriebe, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden“, gehört auch der § 135 der Gewerbeordnung. Er bestimmt:

„Kinder unter 13 Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Kinder über 13 Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind. — Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren darf die Dauer von 6 Stunden täglich nicht überschreiten. — Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen nicht länger als zehn Stunden täglich beschäftigt werden.“

Soll, der verantwortliche Leiter einer Kupferschmelze in Troffen, wo in der Regel mehr als 10 Arbeiter beschäftigt werden, war wegen Übertretung des § 135 angeklagt worden. Die zehnstündige Arbeitszeit der im Betriebe beschäftigten Lehrlinge im Alter von 14 bis 16 Jahren endete abends um 6 Uhr. Diese Lehrlinge mußten aber noch nach 6 Uhr die Werkstatt aufräumen, was eine Viertelstunde bis eine halbe Stunde in Anspruch nahm. Deshalb wurde Soll vorgeworfen, er habe die Lehrlinge länger als 10 Stunden „beschäftigt“.

Die Strafkammer in Guben sprach den Angeklagten frei, weil er nicht das Bewußtsein einer Geschwindigkeit gehabt habe. Das entnahm die Strafkammer daraus, daß die Handwerkskammer zu Frankfurt a. O. Formulare für Lehrlingsverträge herausgegeben habe, wonach der Lehrling nach Schluß der Arbeitszeit verpflichtet sei, die Werkstatt aufzuräumen. Der Angeklagte habe sich danach für befugt gehalten, die Lehrlinge nach Schluß der Arbeitszeit mit Aufräumen zu beschäftigen.

Das Kammergericht, bei dem der Staatsanwalt Revision einlegte, hat jetzt das Urteil der Strafkammer aufgehoben und im Einverständnis mit dem Oberstaatsanwalt den Angeklagten zu der aufläufig niedrigen Strafe verurteilt.

Begründend wurde ausgeführt:

Der § 135 der Gewerbeordnung schreibe ausdrücklich vor, daß in den betreffenden Betrieben junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nicht länger als 10 Stunden „beschäftigt“ werden dürfen. Beim Aufräumen und Reinigen der Werkstatt handele es sich um eine Nebenbeschäftigung, die aber auch in den Betrieb hineingehöre. Es liege deshalb hier eine Übertretung der gesetzlichen Beschäftigungszeit vor. Das Reichsgericht habe sich übrigens schon auf den Standpunkt gestellt, daß selbst Arbeiten, die außerhalb des Betriebes, aber für dessen Zwecke vorgenommen würden, wie das Briefe austragen und dergleichen nach Feierabend, als eine Beschäftigung im Sinne des Gesetzes anzusehen seien. — Wenn nun der Angeklagte den Irrtum der Handwerkskammer mitmachte, so sei das ein Irrtum über das Recht, der ihn von Strafe nicht befreien könne. Da er aber durch das Formular der Handwerkskammer zu dem Irrtum verleitet werden konnte, so habe der Senat in Übereinstimmung mit dem Oberstaatsanwalt die niedrigste zulässige Strafe für angemessen gehalten und gleich die Verurteilung ausgesprochen.

Aus dem Innungsstichtungsgericht.

Sitzung vom 3. November.

1. Eine Schneiderin klagte gegen die Firma Rosenthal, Kurstraße, auf Zahlung von 18,50 M. Lohn für sechs gefertigte Kleider. Die Sache hatte das Gericht schon einmal beschäftigt. Die beklagte Firma behauptete, die Kleider seien nicht ordnungsgemäß gearbeitet, hatte zunächst die Annahme verteidigt, dann auf Herausgabe geklagt, und will nun, wo sie die Kleider im Besitz hat, den Lohn nicht zahlen. Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung, da die Klägerin kein vertretbares Verschulden trüft.

2. Ein Schneidergehilfe klagte gegen den Meister Steuer auf vierzehntägige Lohnentschädigung wegen Abdingungsloser Entlassung. Trotzdem ihm dringend geraten wurde, die Klage zurückzunehmen, weil im W a h s c h u e i d e r t a r i f allgemeiner Abdingungsausschluß festgesetzt ist, tat er es doch nicht. Er mußte deshalb abgewiesen werden.

3. Fünf Lehrlinge klagten gegen die Firma Sperlich u. Grentlich, Kaiserstr. 6/7. Die Mädchen waren nach Zahlung von 10 M. bei der Firma in die Lehre getreten, sollten dort in acht Tagen das Schneiderern erlernen. Es war ihnen außerdem nach Ablauf der „Lehrzeit“ wöchentlich ein Verdienst von 15 M. in Aussicht gestellt. Die Mädchen wurden jedoch nicht ausgebildet, sollten in ungeheizten Räumen sich aufhalten und wollel bemerkt haben, daß jeden Tag Mädchen angenommen wurden — natürlich gegen Zahlung des Lehrgeldes. Darauf verließen sie die Lehrstelle und forderten je 10 Mark zurück. Die Firma wurde durch Berufungsurteil verurteilt.

Wie kann es nur noch Mädchen geben, die glauben, in acht Tagen das Schneiderern erlernen und nach Ablauf dieser Zeit wöchentlich 15 M. verdienen zu können! Will übrigens nicht einmal der Innungsoberrichter sich um die „Lehr“-Firma kümmern?

Aus Industrie und Handel.

Einschränkung der Papierproduktion. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger beschäftigte sich mit dem Beschlusse des Verbandes Deutscher Druckpapierfabrikanten, die Papierproduktion einzuschränken, um eine Steigerung der Papierpreise herbeizuführen. Einstimmig wurde die Haltung des Verbandes als volkswirtschaftlich feindselig und die Interessen der deutschen Zeitungsverleger aufs schmerzhaftigste bezeichnet. Diesen Verreibungen gegenüber, die darauf hingielen, in Zeiten niedrigerer Konjunktur das Zeitungsgewerbe zu erschweren und den Konsum zu verteuern, wurde beschlossen, die Papiereinkaufsstelle des Vereins Deutscher Zeitungsverleger energisch zu fördern und, soweit irgend möglich, gegenwärtig Papierläufe überhaupt nicht vorzunehmen, keinesfalls aber auch nur die geringste Preiserhöhung zu bewilligen, da die Marktlage dies in keiner Weise rechtfertige.

Tabakbau in Deutschland. Zu den angeblich wohlthätigen und beschäftigenden Wirkungen der Schutzzölle gehört auch die Förderung des Tabakbaues in Deutschland — Säug der nationalen Arbeit. Was zeigt die Wirklichkeit? Rückgang auf der ganzen Linie. 1902 gab es in Deutschland 117 925 Tabakpflanzler, 1913 ist die Zahl auf 87 090 gesunken. Die bebauten Fläche hatte eine Größe von 17 325 Hektar im Jahre 1902, 15 775 Hektar im Jahre 1913 und 14 181 Hektar im Jahre 1913. Daß die „Schutzzölle“ den Tabakbau gefördert hätten, kann man wirklich nicht behaupten. Selbst die höchsten Zölle können nicht die klimatischen Vorbedingungen für das Gedeihen einer Pflanze herbeiführen.

Submissionsliste. Bei der Vergebung der Bahnhofs-erweiterungsarbeiten in Dieringhausen betrug das niedrigste Angebot 1,041 Millionen, während der Höchstfordernde 2,317 Millionen verlangte. Die Differenz war höher als das niedrigste Angebot um 120 Prozent.

Letzte Nachrichten.

Wilhelm Schröder gestorben.

Gestern abend in später Stunde erhielten wir aus Wilmersdorf die traurige Nachricht, daß unser Genosse Wilhelm Schröder seinem schweren Leiden, das ihn seit vielen Wochen aus Krankenlager fesselte, erlegen ist. Mit ihm verliert die Partei einen sehr befähigten und arbeitsfreudigen Genossen. Von Beruf Zigarrensortierer, kam er, nachdem er eine Zeitlang als Korrektor in Hamburg tätig gewesen war, im Jahre 1893 nach Berlin, um in die Redaktion des „Vorwärts“ einzutreten. Hier leitete er bis zum November 1905 den lokalen Teil unseres Blattes. Nach seinem Ausscheiden aus unserer Redaktion wurde er in das bald darauf gegründete Pressebureau der sozialdemokratischen Partei berufen, wo er bis zu seiner letzten Erkrankung tätig war. In Wilmersdorf, seinem jetzigen Wohnort, bekleidete Wilhelm Schröder seit mehreren Jahren das Amt eines Stadtverordneten und war als solcher eifrig bestrebt, die kommunalen Verhältnisse dieser aufblühenden Stadt zugunsten der Arbeiterklasse zu beeinflussen. Als Redakteur des „Vorwärts“ mußte Wilhelm Schröder auch mehrere Male mit dem Gefängnis Bekanntschaft machen.

Der Charlottenburger Stadtschreiber Riese verhaftet.

London, 3. November. (W. T. N.) Der frühere Beamte der Charlottenburger Stadtverwaltung Johann Riese und seine Ehefrau sind am Sonnabend in Richmond verhaftet worden. Beide erschienen heute in der Auslieferungsverhandlung vor dem Polizeigericht in der Bowstreet unter der Anklage, sich unter solchen Vorbedingungen in Deutschland Geld verschafft zu haben. Riese leugnete, daß er städtische Gelder angegriffen habe, erklärte vielmehr, er habe in Deutschland nur Privatschulden hinterlassen. Die Verhandlung wurde vorläufig verlagert.

Drohender Bergarbeiterstreik im belgischen Kohlenrevier.

Brüssel, 3. November. (P. C.) Die belgischen Kohlenbergwerke sind, nachdem kaum die Folgen des letzten großen Bergarbeiterausfalls beseitigt sind, abermals von einer großen Streikgefahr bedroht. Da die Direktoren der Kohlenbergwerke der Vorlage heute den Grubenarbeitern bekanntgaben, daß ihnen vom heutigen Tage ab 10 Proz. ihres Arbeitslohnes abgespart werden würden, um so eine bessere Rentabilität der Gruben zu erzielen, haben 2000 Arbeiter der Henn-Mine beschlossen, in den Streik einzutreten. Man fürchtet, daß der Streik nicht nur auf diese eine Mine beschränkt bleiben wird und daß sich andere Gruben dem Streik anschließen werden.

Durch Kohlenfengase getötet.

Saarbrücken, 3. November. (W. T. N.) Wie das „Saarbrücker Journal“ aus Dillingen (Saar) meldet, wurden heute auf einer dortigen Grube zwei Kohlenarbeiter, die einen für sie verbotenen Raum betreten hatten, durch Kohlenfengase getötet. Drei andere Arbeiter, die hinzulamen, wurden belüftet, konnten aber wieder zum Leben zurückgerufen werden.

Absturz in den Alpen.

Zinsbrunn, 3. November. (W. T. N.) Im Wasserloch ist der Magistratsbeamte Jenner aus Zinsbrunn abgestürzt. Der Verunglückte war sofort tot, die Leiche wurde von einem Begleiter Jenners geborgen und nach Zinsbrunn gebracht.

A. Wertheim heute billige Lebensmittel

Fleisch, Wurstwaren, Geflügel, Fische, Obst, Gemüse

Sechster Wahlkreis. Öffentl. Kommunalwählerversammlungen

am Dienstag, den 4. November, abends 8¹/₂ Uhr

für den **29. Kommunalwahlbezirk**
in den **Berolina-Sälen**, Schönhauser Allee 28
Referent: Reichstagsabgeordneter **Dr. Oskar Cohn**;

für den **31. Kommunalwahlbezirk**
in **Süßmilchs Festsälen**, Bornholmer Straße 7
Referent: Stadtverordneter **Karl Koblenzer**;

für den **37. Kommunalwahlbezirk**
im **Artushof**, Perleberger Straße 26
Referent: Reichstagsabgeordneter **Dr. Karl Liebknecht**.

Am Mittwoch, den 5. November, abends 8¹/₂ Uhr:

für den **32. Kommunalwahlbezirk**
in den **Mila-Sälen**, Schönhauser Allee 130
Referent: Reichstagsabgeordneter **Artur Stadthagen**;

für den **44. Kommunalwahlbezirk**
in **Frankes Festsälen**, Badstraße 19
Referent: Stadtverordneter **Theodor Fischer**.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie im Noten Hause.
2. Diskussion.

231/16*
Die sozialdemokratischen Wahlkomitees. 136/10

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Riederstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Dienstag, den 4. November 1913, abends 8¹/₂ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelauer 15.

(Fortsetzung der Versammlung vom 30. Oktober.)

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorstandes.
 2. Kassenbericht für das 1., 2. und 3. Quartal 1913. Verbandsangelegenheit.
- Nur Mitgliedsbuch legitimiert! 135/17
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 6. November 1913, abends 8¹/₂ Uhr:

Sektions-Versammlung der Lackierer

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Unternehmensnachweis — Paritätischer Arbeitsnachweis. Referent: Kollege Krog.
 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten.
- Wir erwarten, daß die Mitglieder vollständig erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Sektionsleitung.

2. Wahlkreis 7. Kommunal-Wahlbezirk.

Morgen Mittwoch, den 5. November, abends 8¹/₂ Uhr,
in Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5-6:

Öffentliche Wählerversammlung.

Tagesordnung:
1. Die Stadtverordnetenwahlen. Referent: Landtagsabgeordneter **Adolf Hoffmann**.
2. Ansprache des Kandidaten Stadtverordneten **Dr. Alfred Bernstein**.
3. Diskussion.
Das Wahlkomitee.

Deutscher Bauarbeiter - Verband. Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche. Gipsbaubranche.

Mittwoch, den 5. November 1913, abends 8 Uhr,
bei Jannasch, Inselstr. 10:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Neuwahl des Gruppenvorstandes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Kollegen! Die noch nachträglich bewilligte Unterstützung für die Kollegen Fuher, Spanner und Träger, welche während der Lohnbewegung der Gipsbranche die Arbeit eingestellt haben, gelangt zur Auszahlung, soweit dieselben noch Mitglieder der Organisation sind und ihre Beiträge auf dem laufenden haben.

Zu dieser Versammlung laden wir hierdurch alle Kollegen ein und erwarten bestimmt, daß jeder Kollege erscheint.
146/5* Der Sektionsvorstand.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV. 3014.



PILSATOR
EIN GUTER TRUNK
AM STAMMTISCH UND IM HAUSE
Geberall zu haben in Flaschen, Kannen und Biphors
BÖHMISCHES BRAUHAUS
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3098, 4083/00

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 5. November 1913, abends 8¹/₂ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmanns.
 2. Bericht der Werkstätten-Vertrauensleute.
 3. Verbandsangelegenheiten.
- In diesen Versammlungen erfolgt die Feststellung über den Beschäftigungsgrad der einzelnen Betriebe.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungslokale:

Tischler.

Südwesten und Westen: in Gabels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Süden: bei Glicke, Belfortstr. 68.
Südosten I u. II: im Lokal Zädel, Baldemarstr. 75.
Osten I: bei Kluge, Langestr. 53.
Osten II: bei Guth, Warthauer Str. 61.
Osten III: bei Bergmann, Borchgänger Str. 26.
Oestliche Vororte: bei D. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzengasse 47, Ude Schrammbergstraße.
Nordosten: bei Wertmann, Gr. Frankfurter Str. 16.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obiglo, Schwebler Straße 23.
Wedding und Moabit: bei Kaczarowski, Rabenstr. 6.
Weißensee: im Prälaten, Lehderstr. 122. Abends 5¹/₂ Uhr.
Neukölln: im Ideal-Kasino, Weißestr. 8.
Schöneberg: um 5¹/₂ Uhr bei Henkel, Reiningen Str. 8.
Charlottenburg: bei Thunack, Wielandstr. 4.

Küchenmöbelbranche bei Knörrig, An der Stralauer Brücke 3.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahoff, Admiralsstr. 18c.
Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 85.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glicke, Kopenhagener Str. 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Zache, Lindower Str. 26.
Bezirk 5: Neukölln bei Zehent, Rosenstr. 24.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter

Osten: bei Voeter, Seberstr. 17.
Südosten: im Märktischen Hof, Admiralsstr. 18c.
Norden: bei Günther, Brunnenstr. 96.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Rosin, Gubener Str. 19.
Südosten und Südwesten bei Tinius, Ritterstr. 129.
Die Vertrauensleute aus den Luxusmöbelwerkstätten gehen nach den Versammlungen der zuständigen Tischlerbezirke.
Maschinenarbeiter abends 8 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.
Einsetzer im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 9.
Korbmacher bei Kranke, Mariannenplatz 8.
Bürstenmacher bei Preuß, Holzmarktstr. 65.
Perlmutter-, Horn- u. Steinmetzwerker um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Melchiorstr. 5.
Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wählich, Skalitzerstr. 22.
Bodenleger 6¹/₂ Uhr bei Hülla, Rungestraße 9.
Vergolder im Luisenstädtischen Kasino, Dramenstr. 190.
Kammacher im Hermel's Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
Stellmacher bei Hummel, Gophenstr. 5.
Jalousiearbeiter abends 8¹/₂ Uhr bei Walter, Adalberstr. 62.
Kisten- und Koffermacher abends 8 Uhr im Hermel's Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
Musikinstrumenten-Arbeiter abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal V.
Modell- und fabriktischler abends 8 Uhr, bei Waldt, Pfingststraße 5.

Donnerstag, den 6. November, abends 8 Uhr:

Laden- und Kontormöbelbranche
bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

Sonntag, den 9. November 1913, in den Konzerts- und Festsälen (Obiglo, früher Keller), Koppen-Strasse 29:

Theater-Vorstellung

Zur Aufführung gelangt: **Der Probekandidat.**

Drama in vier Aufzügen von Max Dreyer.
In Szene gesetzt von Fritz Witte-Wild.

Eintritt 6 Uhr.

Nach der Vorstellung: **Ball** bis 2 Uhr.

Anfang 7¹/₂ Uhr.

Eintrittskarten a 60 Pf. inkl. Tanz sind auf allen Poststellen, beim Gastwirt Kollegen Greive, Rungestraße 30, und im Bureau zu haben.
Die Ortsverwaltung.

Veranst. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inserententel. berontn. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter- und Unternehmerorganisationen.

Das Kaiserl. Statistische Amt veröffentlicht Zusammenstellungen über Organisationen und Verbände, wobei es zwischen Unternehmer- und Arbeitervereinen unterscheidet.

Unter den angeblichen Arbeiterorganisationen befinden sich aber manche, deren Mitgliedschaft stark mit Unternehmern durchsetzt ist; andere Vereine verfolgen keine wirtschaftlichen Zwecke und wieder andere sind sogar zu dem Zwecke gegründet worden, den Gewerkschaften Steine in den Weg zu stellen, sie zu schwächen, zu desorganisieren.

Andererseits behandelt die Reichsstatistik die Angestelltenverbände, von denen einige den Gewerkschaften in Tendenz und Taktik viel näher stehen, als die meisten konfessionellen und alle sogenannten wirtschaftsfriedlichen Organisationen.

Die Organisationen der Unternehmer zeigen folgende Entwicklung:

Table with 4 columns: Year (1910, 1911, 1912, 1913) and rows for Zahl der Verbände, Mitglieder, and Arbeiter.

Im Laufe der letzten vier Jahre ist die Zahl der Verbände um 31 Proz., die der Mitglieder um 26 Proz., und die der von dieser beschäftigten Arbeiter um 24 Proz. gestiegen.

Die Veränderung im Mitgliederbestand der Angestelltenverbände veranschaulicht diese Uebersicht:

Table with 4 columns: Year (1910, 1911, 1912, 1913) and rows for Kaufmännische Verbände, Techniker-Verbände, Verbände d. Bureaubeam., Verbände landw. Beamt., Verschiedene Verbände, and Verbände überhaupt.

Hier ergibt sich eine Steigerung des Mitgliederbestandes um 23 Proz. Die kaufmännischen Vereine sind mit ihrem Zuwachs hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben.

Betrachten wir nun die Arbeiterorganisationen nach dem Stande am Jahresabschluss, dann ergeben sich diese Resultate. Es betrug die Zahl der Mitglieder:

Table with 4 columns: Year (1909, 1910, 1911, 1912) and rows for Freie Gewerkschaften, Hirsch-Dundersche Vereine, Christl. Gewerkschaften, Sogen. unabh. Vereine, and Konfessionelle, Mitgl.

Wir haben in der vorstehenden Zusammenstellung die sogenannten nationalen Vereine mit den Werkvereinen zusammengestellt. Weil sich in den letzten Jahren durch Verschmelzungen usw. sehr große Neubildungen vollzogen, ver-

zichten wir auf eine Angabe der Zahl der Vereine. Aus der Uebersicht ist zu entnehmen, daß die freien Gewerkschaften in den letzten Jahren eine starke Zusammenschlußbewegung durchgemacht haben.

Table with 2 columns: Organization type and number of members.

Trotz der konzentrierten Hege gegen die freien Gewerkschaften, trotz der Begünstigung der Zersplitterungsorganisationen mit allen Mitteln pfälischer, kapitalistischer und staatlicher Macht haben die freien Gewerkschaften doch mehr Mitglieder gewonnen, als der ganze übrige Mißmach zusammengekommen. Die Veränderung im letzten Jahre kennzeichnet für die eigentlichen Konkurrenzorganisationen der freien Gewerkschaften — Hirsch-Dundersche und christliche Gewerkschaften — einen Stillstand, während die vielbefindeten, vielverleumdeten Freien immer noch einen respektablen Zuwachs konnten.

Berlin und Umgegend. Streik der Klabafterarbeiter.

Die Klabafterarbeiter nahmen in einer Branchenversammlung zu dem Streik bei der Firma Gutter, Högel, Sappeler und Küster erklarten, sich gegenseitig erganzend, Bericht und führten etwa aus: Im Laufe des Jahres sind mit zwei Firmen der Branche Vereinbarungen getroffen, die den Arbeitern wesentliche Verbesserungen brachten.

für „eine“ Arbeiter als ausreichend hält, wird den schließlichen Sieg nicht verhindern können.

Deutsches Reich.

Zum Stettiner Hafenarbeiterstreik.

In einer Flugchrift des Stettiner Spediteurvereins wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die nächste Zeit Gewißheit bringen würde, ob der Kampf noch weitergeführt wird.

Lohnbewegungen der Mühlenarbeiter.

Die Leiter der technisch vollkommensten Großmühlen sind mit wenigen Ausnahmen am rückständigsten in der Beurteilung von Arbeiterfragen und die stärksten Gegner der Arbeiterorganisationen.

Bei der jetzt beginnenden Lohnbewegung in vier Großmühlen in Mannheim ist nun wieder in diesem Herrenhandpunkt der Unternehmer Vresche gelegt worden. Die Jugeständnisse, die den Arbeitern gemacht wurden, sind ganz wesentliche.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen erzielte bei den Kaufmannsgerichtswahlen in Hamburg einen erfreulichen Erfolg. Seine Stimmengahl stieg von 19 559 im Jahre 1910 auf 27 767, also um 42 Proz.

Erfolgreiche Lohnbewegung in der Wurfmaschine von Gebrüder Rosdorf in Elmshorn. Nach längeren Verhandlungen wurde mit genannter Firma ein Vertrag abgeschlossen, der den Gesellen eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche brachte.

Kleines feuilleton.

Bürgertum und Dichter. Das Interesse des Bürgers an der Literatur ist ein negatives. Wie sollte er, der ganz im Materieellen verfangen ist, sich zur Ahnung einer geistigen Welt aufschwingen?

Zur Charakteristik des literarischen Interesses solcher Vereine gab uns einmal ein bekannter Lyriker, der nun bald fünfzig wird und sehr viel auf Vortragsreisen war, einen hübschen Beleg.

Ein Apostel der Kartoffelst. Der dänische Arzt Dr. Hindhede, der sich besonders mit den Problemen der Ernährung beschäftigt, ist auch außerhalb der Grenzen seines Vaterlandes bekannt geworden.

bis acht Pfund konsumierte. Dabei verrichtete er physische Leistungen von geradezu verblüffender Art.

Wir beabsichtigen keineswegs auf die ernsthaften Versuche Hindhedes irgendwelchen Schatten zu werfen. Vorläufig aber gibt es doch ein ganzes Heer von Zeugen, das mit hohlen Wangen und degeneriertem Typus ein blutiges Zeugnis gegen ihn ablegt.

In einigen Gegenden Deutschlands werden die Armen ja leider schonenweise zu unfreiwilligen Anhängern der Kartoffelernährung gekehrt. Wer aber diese Resultate der Kartoffelst gelassen hat, wird schwerlich von ihr begeistert sein.

Eine Ausnahme freilich, die ein — kapitalistisches Gemüt zu rauschenden Rhythmen begeistern könnte.

Wer so beschaffen ist, daß er sein Gemüt nur auf Kartoffeln richtet, dabei aber ohne Schlaf 37 Stunden zu arbeiten vermag, dürfte ein so ideales Ausbeutungsobjekt sein, daß ihm die Scharfmacher aller Länder im Grunde schon bei Lebzeiten eine Statue errichten müßten.

Wir anderen halten es vorläufig noch mit einer solideren Kost; und mit einem vernünftigen Wechsel zwischen Arbeit und Ruhe.

Der umgekehrte Film. Vor einiger Zeit erheiterte die Besucher der Berliner Kinetheater ein lustiger Film mit dem Titel „Das verkehrte Berlin“. Alle Vorgänge spielten sich in diesem Film von hinten nach vorne ab.

teuern. Nach Dr. Desreggers Erfindung kann jede Kinetkamera, die derartige Vorrichtungen nicht besitzt, auf optischem Wege denselben Erfolg erzielen.

Die Leipziger Ordensnot und Goethe. Just vor achtzig Jahren gab Goethe die spöttischen Strophen, die unter dem Titel „Politica“ zusammengefaßt sind.

Wollt ihr in Leipzigs Gauen Denkmal in die Wolken richten, Wandert, Männer all' und Frauen, Frommen Umgang zu verrichten! Jeder werfe dann die Karrheit, Die ihn selbst und andre quälet, Zu des runden Hausens Starrheit, Nicht ist unser Jued verfehlet. Pziehen Junker auch und Peäulen Zu der Wallfahrt stillen Frieden, Wie erhabne Meisenfäulen Wachsen unsre Pyramiden.

Sollte man nicht meinen, daß der alte Olympier bei diesen Versen auch solcher Laten gedachte, aus denen jetzt dem Leipziger Festen ein so wirkungsvolles Satyrspiel erwachsen ist?

Notizen.

— Eine „Höhere Fachschule für Theaterkunst“ wurde in den Ateliers der „Schule Reimann“ eröffnet.

— Wie tief ist die Milchstraße oder: wie lange braucht ihr Licht, um bis zu uns zu kommen? Wilhelm Herschel suchte zu beweisen, daß das Licht der entferntesten Milchstraßensterne zwei Millionen Jahre gebraucht, um bis zur Erde zu gelangen.

— Ein neues Polarland. Neuere russische Versuche, von Wladivostok aus die Nordspitze Asiens zu erschließen, sind bisher erfolglos gewesen, haben aber letzten dazu geführt, 400 Kilometer nördlich vom Kap Tscheljuskin ein noch unbekanntes Polarland zu entdecken, das von beträchtlicher Größe sein soll.

jähriger Beschäftigung erfolgt je 1 M. Zulage pro Woche. Die Beschäftigten haben zwar nicht alles Gewünschte erreicht, können jedoch immerhin zufrieden sein; denn neben den erreichten Vorteilen bedeutet der Abschluß einen nicht zu unterschätzenden Erfolg. Es läßt leider der Ernst und die Festigkeit innerhalb der Organisation noch viel zu wünschen übrig. Der Erfolg wäre sonst sicher noch ein größerer gewesen.

Wanarbeitsperrung auf der Insel Wangeroo.

Seit Ablauf des dort bestehenden Vertrages im Jahre 1909 haben Vohnerhöhungen nicht mehr stattgefunden. Da sich durch die jetzigen Kasernenbauten eine flote Konjunktur geltend macht, wollten die Arbeiter mit den Unternehmern in Verhandlungen die Arbeitsverhältnisse besprechen. Es wurde vereinbart, die Bezirksverbände sollten einen Verhandlungstermin festlegen. Trotz dieser mündlichen Vereinbarung wurden am selbigen Tage zehn Maurer entlassen. Die übrigen circa 50 Mann wurden am nächsten Tage ausgesperrt. Da die Kasernenbauten drängen, werden Arbeitskräfte dringend benötigt. Zugang ist fernzuhalten.

Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Wien, den 1. November.

Den Bericht des Parteivorstandes

erstattet Abgeordneter Skaret: Die Entwicklung der Parteiorganisation war nicht so befriedigend wie früher. Die wirtschaftliche Depression und die Mobilisierung haben uns einen Verlust von 3500 Mitgliedern gebracht. Da ist es bedauerlich, daß die Anregung des Vorstandes, eine besondere Werbeaktion zu veranstalten, von einzelnen Ländern abgelehnt worden ist, und zwar gerade von solchen, die Mitgliederverluste erlitten haben. Wien und Nieder-Oesterreich haben am 19. Oktober mit einer „Roten Woche“ eingeseht und große Erfolge erzielt. Während des Parteitages noch sollte eine Konferenz der Landesvertreter abgehalten werden, um eine Werbeaktion für das ganze Reich zu beschließen. Das ist sehr notwendig, weil in einem Teil der Organisationen das Parteilieben im Sinken geraten zu sein scheint. Das Agitationsblatt „Das Volk“, das bisher als Flugblätter wirkt, hat jetzt einen Abzug von 70 000 Exemplaren. Er mühte noch höher sein, und die Befürchtung der Genossen, daß wir damit unserer losen Parteipresse Konkurrenz machen, ist unbegründet. Die Abonnentenzahl der wissenschaftlichen Zeitschrift „Der Kampf“ ist gestiegen, aber noch nicht genügend. Das „Kommunale Korrespondenzblatt“ wird noch nicht von allen 1498 sozialdemokratischen Gemeindevorstreitern gehalten. Die Jugendorganisation hat Fortschritte gemacht. — Nebner bespricht die einzelnen Anträge und erklärt sich mit dem Antrag der Organisation Reichenberg einverstanden, der die Berichterstattung der Organisationen einheitlich regeln und für den ersten Monat (Juli) des neuen Geschäftsjahres vorschreiben will. Dagegen erklärt er sich gegen einen Antrag Graz, der die Einsetzung eines Reichsbildungsausschusses fordert. Die Zeit dazu sei noch nicht gekommen.

Abgeordneter Ellenbogen erstattet den Massenbericht. Die Entwicklung unserer Einnahmen läßt zu wünschen übrig. Die Ursache liegt in der wirtschaftlichen Krise. Daß dem früheren raschen Aufstieg eine langsamere Entwicklung gefolgt ist, braucht uns nicht zu betrüben. Die Welle geht einmal in die Höhe und dann wieder etwas herunter. Die wenig wir Ursache haben, besorgt zu sein, zeigt das Ergebnis der roten Woche. Wir haben in Wien über 7000 neue Mitglieder gewonnen. (Beifall.) Da die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen zu wünschen übrig liegen, mühen die Beiträge aus den Parteiministern erhöht werden. Die Parteidrucker und die „Arbeiterinnenzeitung“ haben sich dreimal soviel als bisher zu leisten verpflichtet. Aus Anlaß des Todes unseres Schuhmeier haben wir einen Schuhmeier-Fonds gegründet, der jetzt 18 000 Kronen beträgt. Aus ihm sollen Arbeiter, die höhere Beiträge haben, ausgebildet werden, weil dadurch das Andenken Schuhmeiers am besten geehrt wird. Nebner regt an, das Geld für die Kranzspenden — jüngst sind beim Tode eines hervorragenden Parteigenossen für Kranz 30 000 bis 40 000 Kronen ausgegeben worden — künftig dem Schuhmeier-Fonds zuzuführen.

Im Namen der Kontrollkommission beantragt Dr. Czsch Entlastung.

Daran schließt sich eine ausgedehnte Diskussion, die sich auf organisatorische Einzelfragen erstreckt.

Die Tätigkeit der Fraktion.

Verichterstatter Abg. Seib: Das abgelaufene Jahr war ein Jahr der Kriegshebe und der Kriegsgesahr. Da war es die erste Pflicht der Fraktion, unausgesetzt für den Frieden zu wirken und die Notwendigkeit der Kriegshebe an den Pranger zu stellen. Ohne Ueberhebung können wir sagen: daß wir einen großen Teil dazu beigetragen haben, den Staat vor einem wahnwichtigen Kriege zu bewahren. Leider haben wir trotzdem fast alles Unglück über uns ergehen lassen müssen, das ein verlorener Krieg über das Volk bringt: Den Abbruch unserer Handelsbeziehungen mit dem Balkan, die Ermordung aller Geschäftseigenen in den Balkanländern, die wahnwichtige Feuerung der Lebensmittel, die Arbeitslosigkeit, die schweren Opfer der Familien der Reservisten. Und wir haben vor der Gesahr, daß wir die ungeheuren neuen Steuern und neuen Konsumforderungen des Militarismus zu leisten haben. In der Beurteilung dieser Politik stehen die Arbeiter nicht allein, auch ihre schroffen Antipoden, die Unternehmer, haben auf ihrem Kongress in Böhmen dem Leiter unserer auswärtigen Politik das schärfste Mißtrauen ausgesprochen. Man hätte erwarten müssen, daß gerade in dieser Zeit der schweren Opfer die Parlamentarier die besondere Intensivität hätte sein müssen. Aber wir haben noch nie so wenig Parlamentarier gehabt wie diesmal. Das Parlament des allgemeinen Wahlrechts wurde nach Hause geschickt, weil man fürchtete, dort die Wahrheit zu hören. So sind die parlamentarischen Erfolge klein; ja, wir konnten nicht einmal Anschläge auf die Arbeiterinteressen durchgängig abwehren; vor allen nicht die der Militärverwaltung. Die Gesetze über die Kriegshebe konnten wir nicht verhindern. Ein agrarischer Staat kann Militärlasten nicht ertragen; wir aber haben nur ein kleines Industriegebiet, und das muß die Lasten miterschleppen. Den ärgsten Ausschreitungen der Soldatenmissionen haben wir aber Einsicht geboten.

In der Sozialpolitik ist einiges erzielt worden, aber das Erreichte steht in keinem Verhältnis zu dem, was wir wollen. Mit dieser Mühe ist es uns gelungen, eine Novelle zum Vereinsgesetz durchzubringen, die den Frauen das gleiche Vereinsrecht wie den Männern sichert, aber das Herrenhaus hat das Gesetz wieder zurückgeschickt. Die sozialpolitischen Gesetze werden hinausgeschoben mit der Begründung der nationalen Schwierigkeiten. Hier zeigt sich das ganze Elend Oesterreichs. Was die Arbeiter empört, ist, daß dieser Stillstand im Parlament zugleich sich vollzieht in der Zeit einer wirtschaftlichen Krise. Daher der Unmut, der Unwille. Wir sollten aber nicht solange lamentieren, sondern uns ein Beispiel an den deutschen Genossen nehmen. Wenn unsere Brüder draußen im Parlament schlecht abgeschrieben hatten, dann ist ein Sturm in der ganzen Arbeiterschaft aufgeflammt, dann hat es geheißen: Man tritt uns, man knechtet uns, also müssen wir uns um so fester zusammenschließen, um diese unerträgliche Klassenherrschaft zu stürzen. (Stürmischer Beifall.) Das ist proletarische Politik! Mag die Krone das Notrecht des § 14 behalten, wir haben dann in entscheidenden Fällen das Notrecht der Wehrschützen. (Stürmischer Beifall.) — Nun ist die Idee aufgetaucht, wir müßten obstruieren. Obstruktion wird bei uns zur Genüge betrieben. Ja, es gibt Finanzminister, die sich die Obstruktion absichtlich züchten, um zu verhindern, daß das Budget beraten wird. Von diesem Gesichtspunkt aus waren wir immer Gegner der Obstruktion, ja selbst die Träger einer Geschäftsordnungsreform, die die Obstruktion bis zu einem gewissen Grade ausgeschlossen hat. Immerhin hätten wir die Möglichkeit, gegen die Wehrreform und die Steuererlässe zu obstruieren, bis die Regierung die Sozialversicherung beschloßen

und unsere sozialpolitischen Forderungen erfüllt hat. Wir können damit auf eine Stufe mit den Russen, die der Regierung sagen: Wir fordern jetzt eine Subvention von einer Million für diesen oder jenen landwirtschaftlichen Zweck in Galizien, und solange das nicht bewilligt wird, obstruieren wir. Aber schauen Sie sich die Rehrseite der Medaille an. Glauben Sie, daß daraufhin die Regierung plötzlich die Sozialversicherung und die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter erfüllen wird? Glauben Sie, daß das Parlament sie annehmen und daß durch die Drohung mit der Obstruktion mit einmal aus den Vertretern der Fabrikanten, der Jüngler und Agrarier moderne Sozialpolitiker werden würden? Und nehmen Sie an, unsere Forderung wird erfüllt. Jetzt aber heiße es, Du Bruder zahle. Denn wenn wir erklärt haben, daß wir gegen die Wehrreform solange obstruieren, bis die sozialpolitischen Forderungen erfüllt sind, dann mühen wir, sobald die Bedingung erfüllt ist, die Wehrreform passieren lassen. Das wäre also die Erfüllung des alten Schlagwortes: Kanonen für Volksworte. — Eine solche Taktik können wir im Parlament niemals einschlagen. Der Wehrreform werden wir Sozialdemokraten im Parlament stets den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen müssen.

Die Diskussion über dieses Thema ist nicht sehr angenehm. Sie ist so peinlich wie die Diskussion auf dem letzten reichsdeutschen Parteitag über den Generalstreik. Wenn wir heute, veranlaßt durch die Anträge auf Obstruktion, sagen müssen: Wir sind Gegner jeder Obstruktion, so ergibt sich ein schiefes Bild. Die Wahrheit ist nämlich, daß die Obstruktion gewiß ein Mittel unserer Taktik sein kann, daß sie aber nicht unbedingt und gegenüber allen Gesetzen anwendbar ist. Sie ist falsch zum Erpressen irgendwelcher positiver Vorteile. Sie ist aber selbstverständlich anwendbar als Abwehrmittel gegenüber Gesetzen, die uns unumkehrbar Schaden zufügen würden, also z. B. gegen ein Gesetz, das uns das Koalitionsrecht nehmen würde. Gegen ein solches Gesetz würde ich sofort mit allen Mitteln der Obstruktion aufzutreten. Warum? Weil ich sehr genau weiß, daß keine Regierung den Mut hätte, ein solches Gesetz mit dem § 14 zu verfügen und weil angesichts einer solchen Obstruktion auch keine Parlamentsmehrheit den Mut hätte, sich hinter die Regierung zu stellen. Wir können vielleicht auch einmal gegen eine Wehrreform obstruieren, wenn wir es damit zu einem Appell an die Wähler bringen und eine andere Parlamentsmehrheit herbeiführen könnten. Wenn ich aber nur weiß, daß dieselbe Mehrheit zurückkehren würde, werde ich mich dieser Arbeit überhaupt nicht unterziehen. Obstruktion kann unser letztes Mittel sein in allen Fällen, wo es sich um große Rechte des Volkes handelt. Dann wird sie kein des Spiel sein, wie die der Russen und Slowenen, sondern sie wird sein die Revolution im Parlament, begleitet von der Empörung auf der Straße (Lebhafter Beifall.) Die Obstruktion ist unser äußerstes Abwehrmittel, aber kein Tauchmittel im Nullgeschäft der Parlamente. Das Parlament ist nichts als das Spiegelbild der tatsächlichen Machtverhältnisse im Staat. Unsere Arbeit im Volk muß uns die Macht erobern, dann haben wir auch die Macht im Parlament. Nichts leichter, als das Parlament durch eine Obstruktion zu zertrümmern. Wir haben dieses Parlament des allgemeinen Wahlrechts gezimmert. Wer das Parlament braucht als Tribüne für das freie Wort, als Maschine im Staatsorganismus, kann unmöglich eintreten für seine Vernichtung. Ich hoffe, daß das Ergebnis unserer Beratung nicht der Auftrag sein wird, das Parlament zu zerlegen, sondern es zu erobern durch die Macht und Stärke der Organisation der Arbeiterklasse! (Stürmischer Beifall.) Die Debatte wird auf Sonntag verlegt.

Wien, 2. November.

2. Verhandlungstag.

Die parlamentarische Obstruktion fordern zwei Anträge. Der erste geht von der Bezirksorganisation Wien XII aus und lautet:

„Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses auf, den Kampf gegen die neuen Militärvoelagen mit allen, auch den schärfsten Mitteln zu führen.“

Der Antrag der Bezirksorganisation Graz lautet:

„Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Reichsrath, die Militärvoelagen und die Staatsnotwendigkeiten mit allen Mitteln, eventuell mit der Obstruktion zu bekämpfen, solange die Regierung, das Herrenhaus und die bürgerlichen Parteien die Arbeiterschutzgesetze und die Sozialversicherung obstruieren.“

Lindner-Graz: Die Ursachen für die Stagnation der Partei liegen tiefer. Die Vertrauensmänner erklären übereinstimmend, daß allgemeine Unzufriedenheit über die parlamentarische Taktik unter den Arbeitern herrschen. Die Arbeiter begreifen nicht, daß das Sozialversicherungsgesetz, das schon lange Jahre dem Parlament vorliegt, nicht erliebt werden kann, während für den Roloß Militarismus in kürzester Zeit Millionen bewilligt werden. Wir Grazler glauben, daß es Situationen gibt, wo die Fraktion mit den schärfsten Mitteln einsteigen muß. Seib meint, damit würden wir das Parlament zertrümmern. Erstens glaube ich nicht, daß das Haus bei einer Obstruktion sofort aufgelöst wird, zweitens meine ich, daß die Bewässerung der Partei nicht trocken, sondern ihr dankbar sein wird, wenn sie sich mit allen Kräften gegen die Bewilligung so ungeheurer Summen für den Militarismus wehrt. Durch unsere Aengstlichkeit davor zu radikal zu sein, fällen wir nur das Kräftegefühl unserer Gegner.

Witternig-Salzburg: Unsere Abgeordneten haben fleißig gearbeitet, aber sie haben den Resonanzboden des Parlaments nicht angestoßen, um das Echo draußen in den Massen zu wecken. Unsere Abgeordneten sollen proletarische Politik treiben und nicht eine Politik nach der Manier der Doctoren.

Dr. Deutsch-Wien: Eine Diskussion über die Obstruktion läßt sich gar nicht vermeiden. Möglich, daß die Gegner einiges Material aus unseren Reden schöpfen, das kann aber nicht verhindern, daß wir uns selbst vertheidigen. Die Diskussion über den Massenstreik in Jena erscheint Seib aus peinlich, aber sie hat gleichfalls notwendig. In den Reihen des Proletariats besteht eine starke Parlamensverdrossenheit, wir mühen sorgen, daß sie nicht zur Parteiverdrossenheit werde. Es ist begreiflich, daß wir unser Kind, das Parlament des allgemeinen Wahlrechts, nicht umbringen wollen, aber dies Parlament ist ein so ungerathenes Kind geworden, daß es gar nicht schaden würde, wenn sich die Vaterliebe der Sozialdemokratie etwas abkühlen würde. Es fällt uns gar nicht ein, die Obstruktion als normales Kampfmittel zu verlangen. Wir wollen sie nur für bestimmte Fälle, wo sie der Stimmung der arbeitenden Massen entspricht. Wenn die Jüngler im sozialpolitischen Ausschusse passive Resistenz machen, so können wir sie ebenso gut im Wehrschutz üben. Sollen wir nur den Buckel für die Prügel herhalten, ohne gegen die anderen loszuschlagen? Es wird gesagt, mit dieser Taktik zerstören wir das einzige Element der Demokratie in Oesterreich. Aber dies Element sieht merkwürdig aus: es steht beständig unter dem Damoklesschwert des Absolutismus. Es könnte die Frage aufstehen, ob es nicht besser wäre, wenn wir den nackten Absolutismus hätten. Statt dieser Scheindemokratie. Wann sollen wir anders zur Obstruktion greifen, als wenn es sich um Fragen von großer Bedeutung handelt, und was hat größere Bedeutung für uns, als die Fragen des Militarismus und Imperialismus? Der Militarismus droht uns zu erdrücken. Da sage ich: Lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende! Wenn man das Parlament als eine so ungeheuer wichtige Institution hinstellt, vor der wir als freiwillige Schutzwache stehen müssen, so ist das eine Ueberhöhung des Parlamentarismus. Unsere Tätigkeit in den Massen wird vielfach dadurch unterbunden, daß wir wie hypnotisiert auf das Parlament warten. Wir wollen eine schärfere Taktik im Parlament, damit die Oeffentlichkeit und die Regierung die Stimmung der breiten Massen erkennen, die entschlossen sind, sich Provolationen nicht bieten zu lassen und den Kampf mit schärferen Waffen zu führen. (Beifall.)

Therese Schiesinger-Wien: Die Generalstreikdebatte in Jena und unsere Obstruktionsdebatte entsprechen dem gleichen Gefühl. In Deutschland wie bei uns besteht eine große Fraktion und da wie hier die Ohnmacht, für die Volksbedürfnisse etwas

auszurichten. Deshalb in beiden Ländern der Ruf nach schärfere Waffen. Das Verlangen nach Obstruktion ist ein Ausdruck der Parlamensmüdigkeit, hervorgerufen durch die Unfruchtbarkeit des Parlamentes. Da mühen wir das Bewußtsein in die Massen bringen, daß wir das Parlament nicht als ein Abwehrmittel gegen die österreichischen Räte ansehen, sondern als Tribüne, als politische Waffe.

Abg. Seliger-Zeplich: Uns Abgeordneten steht der Fiel über die parlamentarischen Zustände bis zum Halse. Aber wir mühen auf unseren Posten auszuhalten, so unangenehm er ist. Dem österreichischen Proletariat fehlt die große Schule des parlamentarischen Kampfes, den die deutsche Partei genossen hat. 1908 wurden wir mit einem Male 57 Mann stark auf das parlamentarische Kampffeld gestellt, und da wäre es ein Wunder gewesen, wenn das österreichische Proletariat auf eine plötzlich so starke Fraktion unmittelbar nach der Zeit völliger parlamentarischer Nachtlosigkeit der Sozialdemokratie nicht die unmöglichsten Hoffnungen gesetzt hätte. Wenn sich nachher Enttäuschung einstellt, so ist das begreiflich. Wir mühen die Arbeiterschaft erst daran gewöhnen, Niederlagen und Zeiten der parlamentarischen Fruchtlosigkeit zu begreifen und zu ertragen. Ich halte grundsätzlich die Obstruktion für uns als Mittel der parlamentarischen Aktion für ausgeschlossen. In dem Augenblicke, wo wir Sozialdemokraten Obstruktion treiben, haben wir als Verbündeten das Herrenhaus, alle Nachbarn, vielleicht auch den Rationalverband, die Christlichsozialen und die Polen, kurz alle, die das Haus des allgemeinen Wahlrechts nicht wollen, wie sie die Wehrreform selbst nicht wollten, weil das allgemeine Wahlrecht der Arbeiterklasse eine so große Nachposition gegeben hätte. Die erste Obstruktion muß das Parlament zertrümmern. Was aber dann? Welches Instrument geben wir der Arbeiterschaft in die Hand, um ihren politischen Willen auszudrücken? Darum möchte ich auch nicht wie Seib sagen: in diesem und jenem Falle Obstruktion. Ich werde es mir sehr überlegen, ob wir ein Attentat auf das Koalitionsrecht mit Obstruktion beantworten sollen oder nicht. Das kommt ganz auf die Umstände an, vor allem auf die Frage: Wie stark sind wir außerhalb des Parlaments? (Lebhafter Beifall.)

Rapoldi-Innsbruck: Im Grunde wurzelt das Verlangen nach Obstruktion in der echt österreichischen Ansicht, daß jeder Schaden und jedes Unheil nur durch Zerstörung gut gemacht werden kann. In Oesterreich wird seit langen Jahren obstruiert, und diese lange Obstruktion hat eine unheilvolle Erziehung der österreichischen politischen Oeffentlichkeit zur Folge gehabt. Wer verlangt, daß wir dieses „Erziehungswerk“ fortsetzen, trägt nur wirklichen Schaden nicht bei. Man hat die Generalstreikdebatte in Deutschland mit unserer heutigen Debatte verglichen. Dieser Vergleich aber ist unmöglich: in Deutschland hat man ein Kampfmittel erzwungen, das der Partei das Wahlrecht in Freuen erzwingen soll, wir erzwängen ein Kampfmittel, das unser Wahlrecht vernichten soll. Hätte die Fraktion gegen die Wehrreform obstruiert, so wäre sie vielleicht enthusiastisch gefeiert worden. Die Bürgerliche aber hätten gesagt: Gott sei Dank, daß den Sozialdemokraten der Einsatz gekommen ist. Sie haben uns der unangenehmen Aufgabe entzogen, für die Wehrreform zu stimmen. Also, Regierung, sperr! die Wunde zu und verordne die Wehrreform mit dem § 14. Und dann hätten die Parteien weiter gesagt: Wenn die Wehrreform so schlecht ist, dann sind die Sozialdemokraten schuld. Wir waren bereit, sie zu verbessern, aber die Sozialdemokraten mit ihrer dummen Obstruktion haben uns die Möglichkeit genommen. Und die Regierung hätte nicht nur die Wehrvorlage, sondern die Steuern gleich mit oktroyiert, und wir hätten Soldaten und Steuern mit dem § 14. Das wäre das Resultat der Politik, die hier gewünscht wurde.

Dr. Friß Adler: Die Debatte hat sich von der Kritik unserer Fraktion zur Erörterung des Problems des Parlamentarismus überhaupt erhoben. Die letzte Wurzel der Unzufriedenheit scheint mir darin zu liegen, daß die Genossen den Parlamentarismus überschätzen und ihm Unmögliches zumuten. Das ist wieder eine Folge unseres Wahlrechtskampfes. Wer da weiß, welche ungeheure Energie ausgeübt werden mußte, um das Wahlrecht zu erzwingen, der wird es jedem Genossen verzeihen, wenn er dem Parlament manchmal mehr zutraute, als es leisten kann. Ich glaube, wir sollen uns ein Muster nehmen an der deutschen Sozialdemokratie, die ohne nennenswerte positive Erfolge Jahr um Jahr gearbeitet hat. Bei uns sagen die Leute: Was nicht das Parlament, wenn keine positiven Erfolge da sind. Da mühen wir sie aufklären, daß wir das Wahlrecht brauchen, einmal als sozialdemokratische Volkszählung, damit wir wissen, wie weit unsere organisatorische Tätigkeit Früchte gezeitigt hat und zweitens als Instrument der Kritik am Massenstaat. Wir wollen jeden Erfolg, den wir haben können, herbeibringen, auch die deutschen Genossen tun es so. Aber so groß ein solcher Erfolg auch sein kann, er muß doch eine Lebensfähigkeit bleiben gegenüber der Organisation der arbeitenden Massen auf das sozialistische Endziel hin. Wir mühen in die Massen hinausgehen und ihnen sagen: Wir wollen keinen parlamentarischen Erfolg anschlagen, aber wir haben ein großes Ziel. In der deutschen Sozialdemokratie haben wir das große Muster. Sagen wir während des ersten Wahlrechtskampfes: Wir wollen belgisch reden, rufen wir in späteren Wahlrechtskämpfen den Herrschenden zu: Wir wollen russisch reden! so muß heute die Parole lauten: Wir wollen endlich einmal deutsch reden. (Lebhafter Beifall.)

Kreuzer-Salzburg: Die Massen empfinden es als eine Schwäche unserer Fraktion, daß zu einer Zeit, wo die Volkswendigkeiten im Parlament gar keine Beachtung mehr finden, immer unerhörte Forderungen des Militarismus gestellt werden. Sie haben noch nicht erlernen gelernt, daß die Schwäche der Fraktion nichts anderes ist wie ihre eigene organisatorische Schwäche. Darüber mühen sie aufgeklärt werden, und hierzu erforderlich ist ein inniger Kontakt der Abgeordneten mit der Arbeiterschaft. Ich bin der Ansicht, daß zwischen der Obstruktion der heutigen Taktik der Fraktion noch Raum für eine etwas entschlossener parlamentarische Taktik vorhanden ist. Ich hoffe, daß für die Fraktion und für die Massen diese Diskussion ein Erziehungsmittel sein wird. (Bravo!)

Abg. Ruchitsch-Graz: Auch in diesem soviel verlästerten Parlament haben wir einiges für die Arbeiterschaft durchgesetzt. Es ist eine Ueberreizung, zu sagen, daß fast gar nichts erreicht worden sei. (Zustimmung.) Unsere Tagespresse sollte vor allem wieder mehr an sozialistischer Erziehung leisten und nicht immer nur das Parlament behandeln.

Kutzerlich-Wien: Die große sozialdemokratische Leistung der Fraktion und der sozialdemokratischen Oeffentlichkeit während der Balkankriege muß unterstrichen werden. Die Tatsache, daß ein dem Kriege durchaus abgeneigtes Proletariat vorhanden war und daß wir die ganze Kriegshebe mit nie derjogender Kritik begleitet haben, hat die Abenteuerlust der Herrschenden sichtlich gedämpft. Auf einem Parteitage, auf dem eine so laute, überlaute Kritik gegen das parlamentarische Wirken erschallt, dürfte diese Tatsache nicht unerwähnt bleiben. Der Fraktion wird eine neue Taktik empfohlen. Es wird beklagt, daß das Parlament durch eine unausführliche Obstruktion seine Arbeitsfähigkeit verloren hat, und von der sozialdemokratischen Obstruktion wird ein Druck auf das Parlament erwartet. Der Fraktion wird vorgeworfen, daß sie trotz ihrer Größe den Druck des Proletariats auf das Parlament nicht wirklich gemacht hat. Unzweifelhaft liegt hier eine Analogie mit den Vorgängen in der deutschen Partei vor. Dort ist eine Richtung vorhanden, die da sagt: Unsere Partei von 110 Mann kann auf das Parlament Einfluß gewinnen, aber nur dann, wenn sie auf eine Majorität mit bürgerlichen Parteien eingeht und auf diese Weise langsame, aber soviel unmittelbare Einfluß gewinnt, als dem Proletariat in einer gegebenen Epoche zu gewinnen überhaupt möglich ist. Die andere Richtung sagt: Die Arbeiterpartei hat die Wichtigkeit; je mehr wir uns mit dem bürgerlichen Parlament einlassen, desto mehr lassen wir uns auch mit dem bürgerlichen Staat ein und werden allmählich in seinen Mechanismus verstrickt, so daß die revolutionäre Energie des Proletariats leiden muß. Diese Tendenz will die ganze parlamentarische Tätigkeit verneinen und ihr Augenmerk ausschließlich auf das große Ziel richten. Als

Weg zu diesem Ziel betrachtet sie die Erfüllung der Köpfe mit revolutionärem Feuer. Diese letzte Auffassung hat in der österreichischen Partei eigentlich nur Anklang gefunden. Aber wir haben auch zwei Tendenzen: Die einen sagen: Das Parlament ist ein unerlässliches Mittel des Fortschritts und der Entwicklung der Arbeiterklasse. Es steht unter den Instrumenten des proletarischen Kampfes an erster Stelle. Wir müssen seine Gebreite heilen und seine Arbeitsfähigkeit unaufhörlich fröhren. Die andere Richtung sagt: Wir stellen dem Parlament die Forderungen des Proletariats. Wenn es sie nicht zu erfüllen vermag, geschlagen wir es, weil es dann aufhört, ein nützliches und brauchbares Instrument unseres Kampfes zu sein. Denn eine Obstruktion der Sozialdemokratie würde unmittelbar die Verschlagung des Parlaments bedeuten. Diese Obstruktion aber würde unumwiderrücklich zur Demoralisation der Partei führen. Bei jeder Wahl sind wir, denen das allgemeine Wahlrecht nicht als Geschenk von der Einsicht der Herrschenden geworden, sondern die wir es gegen die Welt des österreichischen Stumpfsinns erobert haben, gewungen, die Wichtigkeit des Parlaments zu überbetonen. Und wenn wir es durch die Obstruktion verneinen, wird das Proletariat dieses Doppelspiel nicht verstehen. Das wäre eine selbstmörderische Politik. In der Beurteilung der Obstruktion als Sprengungsmittel schwante ich also nicht. Freilich, wenn eine Mehrheit sich fände, die den freien Mut hätte, an ein proletarisches Grundrecht zu greifen, gäbe es für das Proletariat und seine Abgeordneten nur eine Politik: diese Leute so zu behandeln wie unter Baden. (Lebhafte Zustimmung.) Darüber, daß die Obstruktion ein zulässiges Kampfmittel zur Behinderung von Gesetzen ist, hat in Europa nie eine Meinungsverschiedenheit bestanden. Und die Idee, auf die Regierung mit allen Mitteln der parlamentarischen Taktik einen Druck auszuüben, ist durchaus nicht unlogisch. Sie ist schwierig, aber wenn wir sie unterziehen, würde uns das allerdings ein gutes Stützezeugnis eintragen, aber man hätte doch das Gefühl, daß wir die Wurzeln unserer guten Sitten sind. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will nicht sagen, daß der Parteitag eine solche Taktik festlegen soll. Ihre Möglichkeit hängt von außerordentlich viel Umständen ab. Mit solchen Formeln wie: das wäre ein Austausch von Kanonen gegen Volksworte, soll man da nicht kommen. Sie gehen nicht in das schlichte Empfinden eines Proletariats ein, der das Bedürfnis hat, daß die Faktion auch einmal die Regierung zwinkt, bis sie verstehen lernt, daß nicht bloß die Ruthenen und Slowenen existieren, sondern vor allem eine Klasse, die ebenso berechnete Forderungen an den Staat zu stellen hat wie irgendeine Nation. In unserem Parlament kommt das ganze eklektische Oesterreich zur Erscheinung, und es ist nicht anzunehmen, daß es den Arbeitern weiter gefällt. Da sie nicht die Möglichkeit haben, die eigentlich Verantwortlichen über die Bank zu legen, so nehmen sie unsere Faktion her. (Große Heiterkeit.) Die Überbetonung des Parlaments, die in ihm ein Mittel der ökonomischen Verbesserung sieht, muß aus unseren Reihen herkommen.

Verma. Leplik empfiehlt folgende Resolution:
 „Der Parteitag lehnt die Obstruktion als ein normales Mittel der parlamentarischen Taktik ab. Die Obstruktion ist nur unter besonderen Umständen, nur als äußerstes Mittel parlamentarischer Abwehr anwendbar. Der Parteitag vertraut dem Mut der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, daß er die Waffe der Obstruktion gebrauchen wird, wenn die Umstände dies erfordern und einen Sieg des Obstruktionskampfes erhoffen lassen. Der Parteitag vertraut der Arbeiterklasse, daß sie in diesem Falle dem Obstruktionskampf im Parlament Rückhalt und Schwung geben wird in organisierter Kampfesform außerhalb des Parlaments. Der Parteitag warnt vor der Überbetonung der Möglichkeit, durch Kunstgriffe der parlamentarischen Taktik Erfolge zu erzielen. Die Macht unserer Abgeordneten ist immer nur bestimmt durch die Zahl, die Geschlossenheit, durch die Reife und Kampfbereitschaft der Klasse, deren Beauftragte sie sind. Die Organisierung der Massen und ihre Erfüllung mit sozialistischer Erkenntnis ist daher der einzige Weg zu Stegen im Parlament wie außerhalb des Parlaments. In dieser Erkenntnis geht der Parteitag über die Anträge der Bezirksorganisation Graz und Wien XII zur Tagesordnung über.“

Dr. Bauer-Wien: Die Diskussion leidet vor allem unter dem Fehler, daß sich hinter dem Worte Obstruktion die verschiedensten Begriffe verstecken. Gewisse Arten der Obstruktion sind in unserem Parlament von jeher gebräuchlich und von jeher von uns angewandt worden. Hier aber kommt eine andere Obstruktion in Frage, die da sagt: dies Gesetz, das die Mehrheit beschließen will, wollen wir verhindern, und wenn alle Bulddel dazugeben. Die Entschiedenheit, mit der wir die Forderung nach dieser Obstruktion bekämpfen, hat ihren Grund darin, daß wir glauben, daß sich hierin eine gewaltige Überhöhung dessen, was durch bloße tatsächliche Kunstgriffe diesem Parlament abzurufen ist, ausdrückt. Die österreichischen bürgerlichen Parteien haben es mit ihrer proletarischen Gefolgschaft noch sehr bequem. Und unsere Hauptaufgabe ist es, nicht zu obstruieren, sondern ihnen im Parlament die Larve vom Gesicht zu reißen und neue Arbeiterdichten von ihnen zu lösen. Unsere Abgeordneten sollen im Parlament nicht für die Geschäfte abspielen, sondern die große Arbeiterzahl, die heute noch nicht sozialdemokratisch ist, den bürgerlichen Parteien entreißen und diese durch die Furcht davor allmählich zur Radikalität erziehen. Das ist fruchtbarere Arbeit, und vor allem die einzige sozialdemokratische Arbeit. (Lebhafte Zustimmung.) Die Erfolge, die sich die Arbeiter erräumen, sind überhaupt nicht zu haben in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Oesterreich sieht sich nach dem Vorkriegsstand in einer geradezu katastrophalen Situation, die mit keiner Soldatenverwaltung zu beseitigen ist. Das Parlament lebt in einem Zustand der Unmöglichkeit, weil die Mehrheit jeder Rinderheit völlig preisgegeben ist. Das kann ein Höchstmaß nicht ertragen. In einer solchen Zeit muß man es sich deutlich überlegen, mit den Slowenen dabei zu sein. Unsere Aufgabe ist, die Gefahr einer absolutistischen Entscheidung zu zeigen, die Massen zum Kampf dagegen aufzurufen, und wenn eine Lösung überhaupt noch möglich ist, zum Kampf um eine Lösung auf dem Wege der Demokratie! Lehnen wir die Genossen erkennen, daß die Welt umgewälzt und weiter umgewälzt wird, daß jede technische Fortschritt große Veränderungen hervorbringt, daß jede Veränderung in Wien, jede Gärung in Indien, jede Revolution in China ungeheure Wirkungen für die ganze Welt hat, und daß solche Umwälzungen für uns bedeuten, daß für uns in einer Stunde geboren werden kann, was sonst in Jahren nicht möglich ist. Lehnen wir sie glauben, daß Oesterreich nicht allein existiert, daß unsere Geschichte nicht entschieden werden im Parlament, sondern durch das große Weltgeschehen der kapitalistischen Entwicklung. Wenn die Genossen das verstehen, werden sie nicht feimig sein. Sie werden hoffen auf die Entwicklung. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Viktor Adler: Daß die Massen in keiner angenehmen Stimmung sind, begreift sich. Auch wir sind in keiner angenehmen Stimmung, und jeder, der einmal ein paar Wochen im Ausland gewesen ist, hat, wenn er das erste schwarze Gesicht sieht, das Gefühl, er schwänke, ob er in ein Gefängnis oder in ein Irrenhaus zurückkehre. (Große Heiterkeit.) Wenn ich nach Oesterreich herinkomme und überlege, was uns hier fehlt, dann ist es mein letzter Gedanke, daß uns die Obstruktion noch fehlt. (Große Heiterkeit.) Davon haben wir schon recht viel. Koch nie aber ist mir eingefallen, daß man die Schwächen des Parlaments am besten dadurch kuriert, daß man das Parlament erschlägt. Trotzdem begeire ich die Stimmung. Es ist die echt österreichische Stimmung: wenn es nicht weiter geht, dann hau'n wir all's z'samm! Programmatisch hat sich diese Stimmung in verschiedenen Schlagworten ausgesprochen. In alten Zeiten hieß es: Mit allen Mitteln, das hat geheißen mit Dynamit womöglich. Die Zeiten sind ruhiger geworden. Wir haben heute Leute, die parlamentarische Geschichte studiert haben und Bücher schreiben. Die drücken sich nicht so aus, die sagen: Mit den schärfsten Mitteln. Das ist nicht mehr Dynamit, sondern etwas viel Parafoseres, nämlich Obstruktion. Wir sind feinerzeit von den „alten Mitteln“ zurückgekommen und haben das Amendement gemacht: Mit allen zweckdienlichen Mitteln. Die Obstruktion in Oesterreich halte ich nun für kein im allgemeinen zweckdienliches Mittel. Außerlich ist es ein gefährliches Wort ausge-

sprochen, als er sagte: Wir sind die Wurzeln des Parlaments! Ja, die wollen wir auch sein, das heißt wir sind so davon durchdrungen, daß wir in Oesterreich das Parlament als eines der Mittel der Entwicklung für unsere Völker brauchen, daß wir die Bewusstheit haben, uns mit Selbstverleugnung in den Dienst dieses Parlaments zu stellen. Unsere Arbeiterklasse mit der Meinung zu erfüllen, daß wir Wirkungen erzielen können, aber unsere wirkliche Kraft hinaus, heißt die Massen irritieren. Es ist ein Aberglaube, daß nur ein Sprung ist von der Ohnmacht zur Macht. Macht wird nur allmählich durch harte Arbeit gewonnen. Wer freilich so agiert hat, daß er gesagt hat: wenn ich gewählt werde, wird die Milch billiger und das Fleisch, der hat sich die Folgen seines Unverstandes und seiner Demagogie selbst zuzuschreiben. (Lebhafte Zustimmung.) In Deutschland lautete der klassische Ausdruck gegen die Faktion feinerzeit: Ihr seid nicht ruppig genug! Hier sagte man uns, unsere Taktik sei die geprügelte Jungen. Solche Vorwürfe verraten nicht jene gewissenhafte Erfassung der Funktion unserer parlamentarischen Vertretung, wie sie von Genossen auf hervorragenden Posten unbedingt verlangt werden muß. Dann wird der Spieß umgedreht und gesagt, man kann uns doch nicht zumuten, auf die Obstruktion zu verzichten. Ich meinerseits verzichte auf gar nichts. Es ist ja möglich, daß in irgendeiner Situation die Obstruktion ein vernünftiges Mittel sein kann, und wenn ich den Versuch habe, diesen Moment zu erkennen, dann werde ich obstruieren, aber ganz allgemein zu sagen, ihr müßt mehr verschärfte Mittel anwenden, das heißt Obstruktion machen, das ist, wie wenn ein unvernünftiger Arzt sagen würde: Es muß im allgemeinen mehr Chinin angewendet werden. Wichtig bleibt, und wenn die Diskussion das unterstreicht hat, wor sie gut, daß wir über der täglichen Arbeit nicht vergessen dürfen, daß wir Sozialdemokraten sind, und daß wir Sozialdemokraten zu gewinnen haben und nicht allein Parteimitglieder. (Lebhafte Zustimmung.) Nicht um das Proletariat mit Erfolgen zu füttern, die in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu holen sind, sondern um es unzufrieden und zugleich kampfbereit und kampftrotz zu machen, um es vorwärts zu treiben, arbeiten wir. Gewiß, es ist eine schlechte Zeit, und ich gebe zu, wer da steht, wie durch die Komplikation von Krise und Lebensmittelverknappung und Belastung mit neuen Steuern das Elend steigt, kann traurig werden. Aber

der einzige, der nicht traurig bleiben kann, ist der Sozialdemokrat, denn der weiß, daß das nicht so bleiben muß, weil er die Entwicklung kennt, in der der Kapitalismus selber zum Sturze des Kapitalismus treibt. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen. Schlußwort und Abstimmung erfolgen morgen.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 206 Delegierte anwesend, darunter 37 Frauen. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Wien, 2. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auf dem Parteitag wurden heute die Anträge, die von der Faktion die Anwendung der schärfsten Mittel, nämlich der Obstruktion, forderten, mit der Begründung zurückgezogen, daß für die Antragsteller die Debatte die Hauptsache war. Angenommen wurde eine Resolution der deutschböhmisches Delegation, die die Obstruktion als normale parlamentarische Taktik ablehnt und sie nur unter besonderen Umständen als äußerstes Mittel parlamentarischer Abwehr für anwendbar erklärt, worüber die Abgeordneten die Entscheidung haben. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der Faktion das unerschütterliche Vertrauen auszusprechen.

Es folgte ein vierstündiges Referat des Abgeordneten, Genossen Karl Leuthner über auswärtige Politik und Militärforderungen. Seine Resolution, die die gesamte Arbeiterklasse auffordert, den Kampf gegen den Militarismus und Marinismus mit der äußersten Entschlossenheit zu führen und die Unterstützung der Rüstungspolitik als Werk der Feinde der Volkskraft und der Zerstörer der Volkswirtschaft zu bekämpfen, wurde einstimmig angenommen.

Hierauf referierte Otto Bauer über den Stillstand der Sozialgesetzgebung und die Verschleppung der Sozialversicherung, gegen die der Parteitag nach kurzer erklärender Debatte einstimmig einen scharfen Protest beschloß. Morgen geht der Parteitag zu Ende.

Bekanntmachung betr. die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Pankow.

Die Wahlen finden statt am Freitag, den 5. Dezember 1913, im Restaurant von Kochschl. in Berlin-Pankow, Kreuzstr. 3-4. Die Arbeitgeber wählen von 5-8 Uhr nachmittags in den vorderen Restaurationsräumen, die Versicherten von nachmittags 3 bis abends 9 Uhr im kleinen Saal, Eingang vom Garten. Es sind zu wählen aus der Mitte der Arbeitgeber 30 Vertreter und 60 Ersatzmänner, aus der Mitte der Versicherten 60 Vertreter und 120 Ersatzmänner. Gewählt wird auf die Dauer von vier Jahren. Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeitgeber und Versicherten der Ortskrankenkasse für Pankow. Wählbar als Vertreter der Arbeitgeber sind nur solche Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtig Beschäftigten Beiträge an die Allgemeine Ortskrankenkasse zu zahlen haben. Arbeitgeber, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern nur dann, wenn sie regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtig Beschäftigte; andernfalls zu den Versicherten. Für die Wählbarkeit stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Jeder wahlberechtigte Versicherte hat eine Stimme, die Arbeitgeber führen, sofern sie nur einen Versicherten beschäftigen, eine Stimme. Arbeitgeber, die mehrere versicherungspflichtig Beschäftigte beschäftigen, führen bis zu 100 versicherungspflichtig Beschäftigte für je angefangene 10, und bezüglich der über 100 hinausgehenden Zahl für je angefangene 20 Beschäftigte eine Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen.

Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche.

Jeder wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unabhängig Beschäftigter als solche, und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstande sind. Ferner versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen.

Nicht wählbar ist:

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Beleidigung öffentlicher Beamter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist;
2. wer infolge gerichtlicher Knordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er:

1. das letzte Lebensjahr vollendet hat;
2. mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet;
3. durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsmäßig zu führen;
4. mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften sehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsversammlung einer Gegenvormundschaft gleich;
5. während der unmittelbaren vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens zwei Jahre geführt hat.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorstand des Vorstandes mit Geldstrafe bis zu fünfshundert Mark bestraft werden.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundätzen der Verhältniswahl nach näherer Bestimmung der Wahlordnung.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge geordnet für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten anzuhellen und dem unterzeichneten Vorstand spätestens bis zum 20. November 1913 unter der Adresse:

Wahlbureau der Ortskrankenkasse für Pankow, Berlin-Pankow, Breitestr. 31a einzureichen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens 30 Stimmen unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterzeichnung auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gesetzten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal so viel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt und nach Familien- und Vornamen, Beruf, Wohnort und Wohnung zu bezeichnen. Bei Verkürzten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit dem Wahlvorschlag ein Versichertes ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. In dies unterbleiben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Beteiligung einmaliger Versammlungen abzugeben.

Die Anträge müssen spätestens bis zum 20. November 1913 bei der Kasse sein. Bis zu diesem Zeitpunkt können Wahlvorschläge auch zurückgenommen werden. Die zugelassenen Wahlvorschläge werden eine Woche vor der Wahl im Klassenlokal während der Zeit von 8 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachmittags zur Einsichtnahme für die Wähler ausliegen. Dasselbe können auch die Arbeitgeber- und Mitgliederlisten eingesehen werden und etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung bei Vermeidung des Ausschusses spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Beweismitteln geltend gemacht werden.

Enthält ein Wahlvorschlag mehr Bewerber, als zugelassen sind, so werden diejenigen vorgeschlagenen gestrichen, deren Namen den in der zulässigen Zahl vor ihnen Genannten folgen.

Die Wahlvorschläge sind unanfällig, wenn sie verspätet eingereicht werden, oder wenn sie nicht mit den erforderlichen Unterschriften versehen, oder wenn die Bewerber nicht in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sind, es sei denn, daß die Ränge rechtzeitig befestigt werden.

Die Stimmabgabe ist an die Wahlvorschläge gebunden.

Sind auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur so viele wählbare Bewerber benannt, wie Vertreter zu wählen sind, so gelten sie als gewählt. Sind weniger Bewerber vorgeschlagen, so gelten diese ebenfalls als gewählt. Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung durch eine Bescheinigung auszuweisen, welche denjenigen Wahlberechtigten, welche bei der Ortskrankenkasse für Pankow versichert sind, auf ihren Antrag in der Zeit vom 20. November bis 4. Dezember 1913 während der Bureaustunden von der Kasse ausgestellt werden.

Die beteiligten Arbeitgeber können sich in derselben Zeit dabeistell befehlen lassen, wieviel Stimmen sie bei der Wahl führen.

Der Wahllokal ist besetzt, die Wahl- und Stimmberechtigung jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen.

Ist der Wähler nicht im Besitz einer Wahlkarte resp. Bescheinigung, so wird er zur Wahl nur zugelassen, wenn er in einer sämtliche Mitglieder des Wahlschusses überzeugenden Weise seine Wahlberechtigung nachweisen kann. Als Nachweis genügt in der Regel für die Arbeitgeber die Quittung über die zuletzt gezahlten Klassenbeiträge. Für die Klassenmitglieder eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung, daß der Betreffende am Tage der Wahl noch in Beschäftigung steht.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe eines Stimmzettels ausgedrückt.

Der Wähler erhält einen der Umschläge, die mit dem Stempel der Kasse versehen und im Wahlraum bereit zu halten sind, tritt sodann an einen abgetrennten Tisch, wo er seinen Stimmzettel unbeeachtet in den Umschlag legt und überlegt hierauf den Umschlag unbeeachtet unter Auswählung seiner Wahlkarte dem Vorstehenden oder dem von diesem bezeichneten anderen Mitgliede des Wahlschusses. Dieser legt die Abgabe des Stimmzettels vermerken und weist dann den Umschlag in die Wahlurne. Arbeitgeber mit mehrfachen Stimmrecht haben so viel Stimmzettel je in einem besonderen Umschlag abzugeben, als sie Stimmen haben und abgeben wollen. In diesem Falle ist die Zahl der abgegebenen Umschläge zu vermerken.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und dem Vorstehenden des Wahlschusses zu übergeben, dürfen sich der Beistufe einer Vertrauensperson bedienen.

Der Stimmzettel, der dem Wähler im Wahllokal ausgedrückt wird, muß die Ordnungsnummer des Wahlvorschlags, dem der Wähler seine Stimme geben will, enthalten. Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einer Ordnungsnummer der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt.

Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe sein. Stimmzettel, die von diesen Bestimmungen abweichen, sind unzulässig, wenn das Abweichen die Abgabe einer Kennzeichnung wahrnehmlich macht.

Stimmzettel, die außer der Bezeichnung einer zugelassenen Ordnungsnummer irgendeinen Vermerk tragen, oder deren Umschlag ein Vermerk haben, welches die Abgabe einer Kennzeichnung wahrnehmlich macht, oder die unterschrieben sind, sind unzulässig. Dasselbe gilt von Stimmzetteln, die sich in einem nicht mit dem Stempel der Kasse versehenen Umschlag befinden. Unzulässig ist ferner der Inhalt eines Stimmzettels, soweit er ungesetzlich ist. Befindet sich in einem Umschlag, der nur für einen Stimmzettel bestimmt ist, mehrere Stimmzettel, so werden sie, wenn sie vollständig übereinstimmen, nur einzeln gezählt, andernfalls als unzulässig angesehen.

Die Wahl wird zu der festgesetzten Zeit geschlossen; nur die am Schluß der Wahlhandlung im Wahlraum anwesenden Wähler dürfen dann noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Achtung! Wahlberechtigt sind ferner die am 1. Januar 1914 durch die Reichsversicherungsordnung neu in die Krankenversicherung einbezogenen volljährigen Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Pankow und die volljährigen Arbeitgeber solcher Mitglieder. Ausgenommen hiervon sind die Arbeitgeber unabhängig Beschäftigter als solche, sowie unabhängig Beschäftigte, die nach § 435 der Reichsversicherungsordnung keine Beitragsstelle haben, und ferner solche versicherungspflichtigen, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen. Die wahlberechtigten Personen werden aufgefordert, sich zwecks Eintragung in die Wählerliste bis spätestens den 27. November 1913 vormittags 8-1 Uhr im Bureau der Ortskrankenkasse für Pankow einzufinden. Die Arbeitgeber haben sich dort durch eine Bescheinigung ihrer Arbeitgeber über das bestehende Arbeitsverhältnis auszuweisen. Den in die Wählerliste aufgenommenen Personen wird im Klassenbureau eine Wahlkarte als Ausweis zur Ausübung ihres Stimmrechts am Wahltag ausgedrückt werden. Die oben angeführten Bestimmungen über den Gang der Wahl haben für die hier genannten Personen in allen Punkten Geltung.

Berlin-Pankow, den 4. November 1913.

Ortskrankenkasse für Pankow.
 Der Vorstand.
 Otto Rihmann, Vorsitzender.

278/17



Eile zu Weile
Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S., 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz.

1000 Pelzstolas
Schals, Colliers, Muffen nur prima
offeriere ich infolge günstiger
Abschlüsse
zu hervorragend billigen Preisen.

Echt Skunks-Stola . . . von 85 M. an
Nerzmurmel-Stola von 18.50 M. an
mit Köpfen und Schweifen.
Alaska-Fuchs-Imitation . . . 7.50 M.
Marder, Nerz, Persianer,
Oppossum, Bilher, Itis etc.
in allen modernen Formen stets
am Lager.

genau auf die Firma
Bitte Eile zu Weile
Dresdener Str. 119 zu achten.
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.
Sonntags 12-2 geöffnet.

Eigene Kürschnerei.
Reparaturen
gut, schnell, billigst.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O13, Rigaer Str. 71-73a

empfehlte
gute preiswerte Möbel
Einrichtungen von
187 M. bis 10,000 M.

154 Musterräume
Lagerräume: 6696 q-Mtr. groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge gratis und franko!

Gegründet 1876

Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

1 Mark
wöchentl. Teilzahlung
liefere elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass
S. Boltuch
Frankf. Allee 75
Eing. Theater
Strasse

Anton Boekers Festsäle
Weberstr. 17
Telephon: Amt Königsstadt 134 14.

Empfehle den werten Vereinen und Gesellschaften meine
Säle, 100 und 750 Personen fassend, zur Abhaltung von Ver-
sammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zu günstigen
Bedingungen. In der Saison noch einige Sonnabende und
Sonntage zu vergeben.
Ihm geneigten Zuspruch bittet
Anton Boeker.

Passauer Gänse
beherbergt mit Fett u. Innerem, 4-6
Stück schwer, per Pfd. 85-90 Pf., inkl.
Frankfurter u. Verpackung geg. Zah-
nahme in nur frischer Ware. 2317*

Joh. Hagers Wwe.
Passau (Böhern).

Franz Bollfraß
Fruchtstr. 36a.
Empfehle allen Freunden und
Bekanntem mein neu eröffnetes Lokal
und bitte um geneigten Zuspruch.

Spezialarzt
f. Haut, Harn, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinranke jeder
Art, Ebrlich Gata - Kuren in
u. G. f. f. f.
Laborat. f.
Blut-
untersuchung, Baden f. Harn usw.
gegenüber
Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81, Panoptikum.
Spr. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Theater.
Dienstag, 4. November 1913.
Anfang 6 Uhr.

Cines Palast am Zoo. Varietés-
Lichtspiele.
Anfang 6 1/2 Uhr.

Cines Nollendorf-Theater. Varietés-
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Barbier
von Sevilla.

Kgl. Schauspielhaus. Freund
Fritz.
Deutsches. Emilia Galotti.
Königsgräber Straße. Die Kron-
braut.
Lefina. Der Gant.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Leidenschaft.
Theater in der Königsgräber Straße
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: Hinter Mauern.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Lessing-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Peer Gynt. Von Ibsen.
Theater am Nollendorfplatz 5.
Abendlich 8 Uhr:
Der lachende Dreieck.
Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
8 Uhr: **Kampf.**
Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a.
8 Uhr: Goliath, Fritz Maffay, Julius
Spielmann: **Die ideale Gattin.**
8 Uhr: Residenz-Theater
Hoheit - der Franz!
Aufsässige Gräfin in 3 Akten von
Arthur Landberger und Bill Wolff.
Musik von Robert Winterberg.
Norg. u. f. Lage: Hoheit - der Franz!

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Geheimrat Prof. Dr. Flamm:
**Sicherheitseinrichtungen
moderner Seeschiffe.**
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. C.
Kahner: Wettervorhersage.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
**Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.**
Gr. Ausstattungsst. m. Ges. u. Tanz in
19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. u. Dir. Richard Schultz.
**Karl Bachmann, Joseph Giampietro,
Guido Thieischer, Alfred Schmasow,
Leopold Wolf, Ludwig Wolf,
Helene Ballot, Ida Russka, J. de Lande.**

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Willard
der wachsende Mann.
Grete Freund Paul Beckers
Operetten- Komiker
Diva
Crispi und Farren
Excentr. Tanz-Duo
und die übrigen
November-Attraktionen!
Rauchen gestattet!

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, 4. November,
abends 7 1/2 Uhr:
**Das große
November-Programm.**
Besonders hervorzuheben:
die unergieblichen
The Orig. Boston Bros,
sowie die Hauptattraktion
Max, Morik und Eddy,
das lustige Menschen-Affen-Trio.
Zum Schluss:
die neue große Ausstattungs-
Pantomime
Aus unseren Kolonien.

**Zirkus
Alb. Schumann.**
Heute Dienstag, 4. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Prolongiert!
10 Bengal-Königs-Tiger
vorgeführt von Herrn Sawade.
The 2 Coenen
in ihrem Perche- u. Leiterakt.
MIB Zoo.
Entkleidungs-Szenen in der Luft
u. die übrigen Nov.-Attraktion.
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimische Burleske
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

Urania, Geheimrat Prof. Dr. Flamm:
Sicherheitseinrichtungen moder-
ner Seeschiffe.
Hörsaal: Prof. Dr. C. Kah-
ner: Wettervorhersage.
Kammertheater, Bürger Schappel.
Theater am Nollendorfplatz.
Der lachende Dreieck.
Theater des Westens. Polenblut.
Deutsches Künstler-Theater.
Kampf.
Deutsches Opernhaus. Der Trou-
badour.
Deutsches Schauspielhaus. Die
heitere Leidenschaft.
Neues Operntheater (Kroll).
Geschlossen.
Recliner. Die einst im Mai.
Thalia. Die Langoprinzeßin.
Komödienhaus, Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale
Gattin.
Schiller O. Die Großstadtluft.
Schiller Charlottenburg. Wenn
der neue Wein blüht.
Residenz, Hoheit - der Franz.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Kaffino. Ferdinand der Jugend-
hafte.
Kleines. Belinde.
Trionon. Seine Geliebte.
Herrnsfeld. Was sagen Sie zu
Leibsch?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Cines Apollo-Theater. Varietés-
Lichtspiele.
Cines Friedrich-Wilhelmstadt.
Varietés-Lichtspiele.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Noie. Im weißen Röhl.
Lustspielhaus. 777: 10.
Luisen. Von Stufe zu Stufe.
Solis Caprice. Ritter Baldrian.
Die Wiggbert. Das Adoptiv-
kind.
Walhalla. Der Liebesonkel.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Der ledige
Opa.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Cines Nollendorf-Theater. Varietés-
Lichtspiele.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Im weißen Röhl.
Lustspiel in 3 Akten von
Blumenthal u. Stabelburg.
Abends 8 1/2 Uhr.
Wittwoch: **Im weißen Röhl.**
Sonntagsabend 4 Uhr: Schneewittchen

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zidenbeu's Künstler-
agentur.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen:
Zidenbeu's
Künstler-
agentur.
Sog. 1. R., Saal 75 Pf., Entree 39 Pf.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
Dienstag, 8 1/2 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Ges. u. Tanz in 5 Bild.

Voigt-Theater
Badstraße 58.
Morgen Mittwoch, 5. Novbr. 1913:
Mein Leopold.
Vollst. m. Ges. i. 3 Akt. u. Ad. P. Arronge
Stoffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Casino-Theater
Königsgräber Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-Bohnen-Schlagel
Ferdinand der Eugendhafte.
Das droff. Stück seit Bestehen d. Theat.
Vorher das erstl. Spezialität.-Progr.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Mutterliebe.

**Zirkus
Barum
Schau**
Standplatz:
Neukölln
Pflügerstraße.
Premiere
**Heute Dienstag
den 4. November**
abends 8 1/2 Uhr
mit **22 Weltattraktionen.**
Trotz meiner
Leipziger Löwenjagd
Vorführung der dressierten
Löwenmeute,
in welcher sich ebenfalls die
wieder lebend eingefangenen
3 Löwen
aus d. Blücherstraße
Hotel Blücher
befinden.
Billetverkauf:
Zigarrenhaus
Richter & Franke,
Hermannplatz,
Ecke Weserstraße.

**Die
CINES
Theater**
Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags 3 Uhr **Matinée.**
Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.
Apollo-Theater
Täglich Anfang 8 Uhr.
Komplettes Programm
grosser Variété-Akte sowie
unsere renommierten
Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.
Tägl. nachm. 5 1/2 Uhr:
Lichtspiel-Vorstellungen
Nur zwei Preise
35 Pfennig und 60 Pfennig
Friedr.-Wilhelmst.
Comesse Ursel
Film-Lustspiel mit
Henny Porten
u. unsere anderen renommierten
Lichtspiele
Ununterbrochene Vorstellung
täglich von 4 Uhr an.
Nur zwei Preise
35 Pf. und 60 Pf.
Keine teuren Plätze.
Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
Morgen Mittwoch, 5. November:
Zum 100. Male! **Cleopatra.**
Jede Dame erh. 1 Jubiläumsgabe
Wochentags Anfang 6 1/2 u. 9 Uhr
Sonntags 4, 6 1/2 und 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Großstadtluft.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Wittwoch, nachmittags 3 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Wittwoch, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnt. Am. 3 1/2, 11: Der Hebe Augustin.

**MARMOR-
HAUS**
LICHT-
SPIELE
(An der
Kaiser-
Wilhelm-
Gedächtnis-
Kirche)
Kurfürstendamm 236.
**Der Riesenerfolg
der Saison!**
**Die blaue
Maus**
mit Madge Lessing
5, 7, 9 Uhr.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
Als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.
Musikkorps Kaiser-Franz-Garde-Grnad.-Regts. Dirig. Oberm. A. Becker.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.

UT
Moritz-UT Platz Weinbergsweg 16-17 (2 Min. v. Rosenth. Tor) UT
Hasen-UT heide Reinickendorfer UT Str. 14.
Carl Clewing **Die Botschafterin**
vom Königl. Schauspielhaus in dem Drama Ein diplomatischer Roman in drei Kapiteln.
Der Thronfolger
Aktualitäten:
**Einzug des braunschweigischen Herzogs-
paars.**
Pégouds Sturzflüge.
Humoristisches Programm:
Moritzplatz: **Schwiegermutter kommt zum Besuch.**
Hasenheide: **Max bleibt ledig.**
In der Hauptrolle: **Max Linder.**
Weinbergsweg 16-17 (2 Min. v. Rosenth. Tor) **Maxens Sommer-Reise.**
In der Hauptrolle: **Max Linder.**
Reinickendorfer Str. 14: **Seebäder im Hause.**
Anfang 6 Uhr.

Passage-Panoptikum
**50 wilde
Kongoweiber**
Männer und Kinder
in einem eigens auf-
gebauten Kongodorfe
in ihren Sitten u. Gebräuchen.
Und die anderen Attraktionen.
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Folies Caprice.
Ritter Baldrian
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt
Anfang 8 1/2 Uhr
Für den Inhalt der Zuzerate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

1. Oktober 1911 bis 30. September 1913.

Gesundheitswesen.

Die Organisation des öffentlichen Gesundheitswesens ist für die Gemeinde von großer Bedeutung. Wohl bestehen für einzelne Zweige des Gesundheitswesens bestimmte Deputationen, aber eine einheitliche Organisation mit einem Hochmann an der Spitze fehlt.

Die Anstellung des Stadtmedizinalrats wurde einstimmig beschlossen. Von sozialdemokratischer Seite wurde bei dieser Gelegenheit betont, daß endlich auch eine planvolle hygienische Organisation des gesamten Gesundheitswesens in die Wege geleitet werden müsse.

Licht-, Luft- und Sonnenbäder in öffentlichen Anlagen einzurichten, darum hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat bei früheren Gelegenheiten ersucht. Der Magistrat teilte den Stadtverordneten am 31. Dezember 1911 mit, daß er diesem Ersuchen nicht beitreten könne, weil er die Verantwortung für derartige Maßnahmen nicht übernehmen könne.

Walderholungsstätten für Kinder einzurichten, ist von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt verlangt und schließlich auch in der Stadtverordnetenversammlung durchgesetzt worden. Widerstand leistete aber der Magistrat, welcher die Ausführung auf die lange Bank schob.

Wirkstände im Irrenwesen wurden in den Sitzungen am 13. Februar 1913 gelegentlich der Beratung einer Petition an den Landtag und bei Besprechung der Kündigung des Vertrages mit der Charité am 20. Mai 1913 zur Sprache gebracht.

Die Verstaatlichung des Rettungswesens, eine seit Jahren von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Einrichtung, wurde in der Berichtsperiode zur Wirklichkeit. Die bisherige Zersplitterung in Unfallstationen, Sanitätswachen und Rettungstationen kam durch die Übernahme des Rettungswesens in Regie der Stadt in Fortfall und ermöglichte eine viel planmäßigere Organisation des Rettungsdienstes über das Reichbild der Stadt Berlin.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. Januar 1913 wandte sich die Fraktion durch einen Antrag gegen die Benutzung von Waisenkinderen als Versuchskaninchen. Dem Antrage lag die Tatsache zugrunde, daß in dem Waisenhaus in Nimmelsburg Waisenkinder mit einem Tuberkuloseheilmittel geimpft worden waren, ohne jede Kenntnis der Waisenvorwaltung.

Die Verpflegung der Kranken und des Personals in den städtischen Krankenanstalten wurde in der Sitzung vom 27. März 1913 von unserer Fraktion zur Sprache gebracht und die sehr auffällige Tatsache festgestellt, daß für Verpflegung pro Kopf der Kranken und pro Tag mit 9 Pf. berechnet wird, während auf den Kopf des Arztes pro Tag 3 M. entfallen.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Der Kommunalstreik will seine ganze Kraft bei den diesmaligen Wahlen nur auf bestimmte Bezirke der dritten Abteilung richten, den größten Teil der zur Wahl stehenden Bezirke aber wegen Aussichtslosigkeit kampflös der Sozialdemokratie überlassen.

Posten sein, um nicht überrascht zu werden und müssen alles daran setzen, um am 9. November mit großen Stimmenzahlen den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten herbeizuführen.

Sand in die Augen.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Welt am Montag“: „Die liberale Presse behauptet, die im 26. 28. und 41. Berliner Gemeindevahlbezirk für die dritte Klasse aufgestellten Herren Bitterhof, Alt und Weiser seien die „alleinigen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien“.

Hoffentlich werden unsere Genossen in den oben genannten Bezirken mit doppelter Kraft für die sozialdemokratischen Kandidaten wirken.

Partei-Angelegenheiten.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung.

Die ordentliche Generalversammlung des Verbandes findet auf Beschluß des Zentralvorstandes am Sonntag, den 23. November 1913, in den Konzert- und Festsälen, Köpenickerstraße 29 statt.

Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht, Bericht der Revisoren.
2. Die Arbeitslosenversicherung. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Wolfenbutz.

Für die Besetzung der Generalversammlung gilt der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 10. November 1912 in Verbindung mit § 12 des Verbandsstatuts. Demnach sind von den einzelnen Kreisen die folgende Anzahl Delegierte zu entsenden:

Table with 2 columns: Location and Number of Delegates. Includes Berlin I (10), Berlin II (31), Berlin III (15), Berlin IV (128), Berlin V (13), Berlin VI (164), Zehlendorf (180), Niederbarnim (99).

Summa 640 Delegierte

Etwasige Anträge sind dem Verbandsbureau einzureichen. Der geschäftsführende Ausschuss.

An die Bildungsausschüsse und Organisationsleitungen.

Die Karten für die von uns angekündigten Theater- und Opernvorstellungen am 16. November und 14. Dezember sind vergriffen. Wir machen nun auf die am 28. Dezember 1913 im Deutschen Opernhaus stattfindende Vorstellung von „Zar und Zimmermann“ aufmerksam und empfehlen den Organisationen die baldige Bestellung der Gutscheine.

Das neue Jugendchriften-Verzeichnis ist erschienen und den Organisationen zugegangen. Eine billige Ausgabe des Verzeichnisses wird in den Ausstellungen gratis zur Verteilung gelangen. Wir besitzen noch einen kleinen Rest von der dafür bestimmten Auflage; Organisationen, die mit der ihnen überwiegenen Anzahl nicht ausreichen, können davon noch kleinere Posten erhalten.

Auch das Mitteilungsblatt Nummer 3 des Zentral-Wildungsausschusses ist den Bildungsausschüssen zugegangen. Wir machen ganz besonders auf die darin enthaltenen Darlegungen über die Lichtbildergentrale aufmerksam und empfehlen den Organisationen und Bildungsausschüssen, sich bei der Veranstaltung von Lichtbildervorträgen stets dieser eigenen Einrichtung der Arbeiterbewegung zu bedienen.

Der Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin Lindenstraße 2, Hof 1.

Zweiter Wahlkreis. 7. und 8. Abteilung. Heute abend: Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Charlottenburg. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, finden öffentliche Kommunalwählerversammlungen statt. Für den 2., 4. und 6. Bezirk in den Charlottenburger Festsälen (früher Schulz), Kaiser-Friedrich-Straße 24. Tagesordnung: 1. Kommunale Interessenvertretung wie sie ist und wie sie sein sollte.

Heute Dienstag hält die 7. Gruppe einen Extrazahlabend bei Hunsack, Wielandstr. 4, ab. Vortrag des Genossen Hirsch.

Steglitz-Friedenau. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schellhase, Hornstr. 15, die Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugendheim Steglitz-Friedenau statt.

Lankwitz. Der Bildungsausschuss veranstaltet bei H. Schulz, Mühlstr. 4, Vorträge über „Die Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“.

Neukölln. Mittwoch, den 6. November, findet wieder ein so beliebt gewordenes Märchenvorlesungen statt, und zwar nicht in den Jugendheimen, sondern bei Bartsch, Hermannstr. 49.

Dranienburg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Waldhaus Sandhausen“, Schützenstr. 34: Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung. Tagesordnung: 1. Deshalb wählen wir

Sozialdemokraten ins Stadtparlament? Referent: Genosse Ostwald Grauer-Pläthenberg. 2. Die Tätigkeit unserer Fraktion. 3. Freie Diskussion. Ansprache des Kandidaten.

Berliner Nachrichten.

Vom Kampfe gegen den Alkohol!

Der Arbeiter-Abstinenz-Bund, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet für die Zeit vom 2. November bis einschließlich 9. November d. J. in den Ausstellungsräumen des Gewerkschaftshauses eine Antialkohol-Ausstellung, verbunden mit einer sehr reichhaltigen Literatur-Ausstellung.

Die Ausstellung ist ein Versuch. Es ist sicher, daß die Abstinenzbewegung ungemein viel zur Hebung der Kampfesfreudigkeit des Proletariats tun kann; das zeigt uns die Ausstellung selbst mit ihren anschaulich dargestellten Resultaten.

Die Ausstellung ist geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Hoffentlich sorgt die Ausstellungsgesellschaft für die genügende mündliche Belehrung, am besten wäre ein geschulter Führer, damit man sich jederzeit über das Wesen der Abstinenzbewegung unterrichten kann.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose. Im Monat Oktober nährigten im Männerasyl 15 213 Personen, wovon 6962 bedeten, im Frauenasyl 2715 Personen, wovon 658 bedeten.

Neue elektrische Lampen wird die Staatsbahnverwaltung demnächst auf Berliner Fernbahnhöfen erproben lassen. Es handelt sich dabei um die sogenannte „Nitra-Lampe“, bei welcher die den Leuchtkörper umgebende Glode nicht mit verdünnter Luft, sondern mit Stickstoff gefüllt ist.

Aus der Gewerbe-Deputation.

In der letzten Sitzung der Gewerbe-Deputation wurde über einen Antrag der Berliner Handwerkskammer verhandelt, die Handwerkskammerkosten nicht, wie jetzt üblich, auf die Handwerksbetriebe allgemein umzulegen, sondern den Teil dieser Kosten, der auf die gewerbesteuerfrei veranlagten Handwerksbetriebe entfällt, von den Einnahmen aus der Warenhaussteuer zu decken.

Ein früherer Antrag des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins um Unterstutzung seines an den Polizeipräsidenten gerichteten Gesuchs, den Gehalt der Verkaufszeit in den Blumengeschäften auch während der Wintermonate auf 2 Uhr nachmittags festzusetzen, war zunächst den Arbeitgeberorganisationen überwiegen worden, um auch diese zu hören.

Diesem durch Sachkenntnis wirklich nicht getrüben Urteil wurde selbst von Stadtverordneten aus Arbeiterkreisen energisch zu Leide gerückt, die mit Recht darauf hinwiesen, daß die Lohnzahlung am Freitag in den Arbeiterkreisen schon viel Anhänger gefunden habe, was die Handelskammer nicht zu wissen scheint.

Der Antrag des Polizeipräsidenten, einem Wäckermeister in der Petersburger Straße die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen zu entziehen, wurde abgelehnt. Die hierüber eingelegten Informationen hatten sich zum Teil als übertrieben, teils als gänzlich unwahr herausgestellt.

ein „handwerksmäßiger“ wäre und der Gewerbeinspektor daher dort nichts zu suchen habe. Auf Grund eines eingeholten Sachverständigen-Gutachtens erachtete die Deputation für festgestellt, daß in der Fabrik wissenschaftlich-physikalischer Instrumente von fünf Lehrlingen, drei Gesellen, die sich um die Lehrlinge nicht kümmern können, und einem Werkmeister ganz gewöhnliche grobe Schlosserarbeiten verrichtet wurden. In der Fabrik „Lorbedo“ wurden neben einem Werkmeister und zwei Gesellen neun Lehrlinge beschäftigt! Die Deputation genehmigte die Anstellung des Rechtsanwalts Schade zum stellvertretenden Vorsitzenden des hiesigen Innungsgerichtes. Ein Antrag aus der Mitte der Deputation, die für das Jahr 1914 bereits festgesetzten Ausnahmestage in ihrer Zahl zu erhöhen, wurde wegen der Ausschließlichkeit der Genehmigung durch die Polizeibehörde abgelehnt.

Die Massenvergiftungen im Osten.

Zu den Massenvergiftungen im Osten der Stadt, über die wir gestern morgen berichteten, werden noch weitere Erkrankungen gemeldet. So sind unter schweren Vergiftungserscheinungen der Schlächtermeister Kaschada, der Arbeiter Raak sowie dessen Ehefrau und der Tischlermeister Herold, alle in der Holziger Straße wohnhaft, erkrankt. Außerdem sind gestern in der Voigtstraße 17 der Arbeiter Palm, dessen Ehefrau und die beiden Kinder, eine Tochter von 16 und ein Junge von 8 Jahren, erkrankt. Ein weiteres Opfer der Vergiftungen ist der Fleischer Bleu aus der Eldenaer Straße 23 geworden. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Die sämtlichen Erkrankten hatten Fleisch gegessen, das von einem Schlächtermeister in der Samariterstraße gekauft worden war. Alle Personen liegen zu Bett und befinden sich in Behandlung der Ärzte Dr. Keller und Dr. Cohn. Als man bei dem Schlächtermeister eine Droschke vornahm, wurde von dem in Betracht kommenden Fleisch nichts mehr vorgefunden. Jedoch erhielt Dr. Keller von einer der erkrankten Frauen einen Rest des Fleisches, der der Kriminalpolizei übergeben wurde. Das Resultat der polizeilichen Untersuchung steht noch nicht fest.

Ueber den entsetzlichen Unglücksfall auf dem Bahnhof Waldmannslust, bei dem, wie wir in unserer Montagsnummer berichteten, der 20-jährige Dora Huffod (nicht Hufen) aus der Müllerstr. 30 in Berlin von einem Eisenbahnzuge beide Beine abgefahren wurden, wird uns noch folgendes berichtet mitgeteilt: Die Verunglückte wollte nicht einen nach Berlin fahrenden Zug besteigen, sondern war mit einem von Berlin kommenden Zuge in Waldmannslust angekommen. Da sie unterwegs ein Unwohlsein befallen hatte, wollte sie sich nach der Bahnhofstoilette begeben. Dabei rutschte sie aus und fiel auf das Gleis, auf dem gleich darauf ein Zug nach Berlin einfuhr. Ehe jemand helfend hinzuspringen konnte, war das Unglück geschehen. Die Bewahnerwerte hegt jetzt im Roabiter Krankenhaus (nicht am Urban) schwer danieder.

Differenzen im Berliner Lehrerverein. Im Berliner Lehrerverein ist ein bedauerlicher Zwiespalt ausgebrochen, der den bisherigen Vorstand veranlaßt hat, seine Ämter niederzulegen. Es wird der „Voss. Zeitung“ darüber berichtet: In der Versammlung des Vereins vom 24. Oktober d. J. hatte ein Antrag des Vorstandes seitens der Versammlung nicht die genügende Unterstützung gefunden. Der Vorstand hatte die Streichung eines Passus aus den Thesen über Lehrerbildung beantragt, die den Verhandlungen des Preussischen Lehrervereins, die in Posen im Dezember d. J. stattfanden, zugrunde liegen werden. Eine allerdings nur geringe Mehrheit der noch in späterer Stunde anwesenden Mitglieder hat jedoch diese von dem Vorstand beantragte Streichung abgelehnt. Da der Vorstand diese in einer vorhergehenden Sitzung einstimmig beschlossen hatte, glaubt er nunmehr nicht in der Lage zu sein, den Beisitz des Vereins auf der Posener Tagung mit ganzem Herzen vertreten zu können. Aus diesem Grund ist die Niederlegung der Ämter der Vorstandsmitglieder erfolgt. Die dadurch geschaffene Situation soll in einer außerordentlichen Vereinsversammlung geklärt werden, die der bisherige Vorstand auf Dienstag, den 4. November, abends 8 Uhr, nach dem Lehrervereinssaal einberufen hat.

Die Pulsabern durchschnitten haben sich der 84 Jahre alte Arbeiter August Wangel aus der Wollitzer Straße und seine Geliebte, das Dienstmädchen Frida Halle aus der Linienstraße 141. Beide wurden bewußlos aufgefunden und nach der Charité geschafft. Sie wollten aus dem Leben scheiden, weil sie nicht heiraten konnten. Wangel konnte die Scheidung von seiner Ehefrau, die vier Jahre von ihm getrennt lebte, nicht erreichen.

Vorort-Nachrichten.

Spandau.

Der Ausgang der Stadtverordnetenwahlen.

Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen hatten folgendes Ergebnis:

2. Wahlbezirk: Wahlberechtigte Stimmen 1600, abgegebene Stimmen 510. Davon erhielten: Vereinigte bürgerliche Vereine 165—172 Stimmen, Kommunalwahlverein 289—271 Stimmen, Sozialdemokratische Kandidaten 68 Stimmen. — Gewählt: Kommunalwahlverein.

3. Wahlbezirk: Wahlberechtigte Stimmen: 2640. Abgegebene Stimmen 823. Davon erhielten: Vereinigte bürgerliche Vereine 90—96 Stimmen, Kommunalwahlverein 418—423 Stimmen, Sozialdemokratische Kandidaten 96—101 Stimmen. — Gewählt: Kommunalwahlverein.

6. Wahlbezirk: Wahlberechtigte Stimmen: 1200. Abgegebene Stimmen: 420. Davon erhielten: Vereinigte bürgerliche Vereine 48 Stimmen, Kommunalwahlverein 204 Stimmen, Sozialdemokratische Kandidaten 173 Stimmen. — Stichwahl zwischen Kommunalwahlverein und Sozialdemokraten.

7. Wahlbezirk: Wahlberechtigte Stimmen: 2900. Abgegebene Stimmen: 831. Davon erhielten: Vereinigte bürgerliche Vereine 111—112 Stimmen, Kommunalwahlverein 374—383 Stimmen, Sozialdemokratische Kandidaten 337 Stimmen. — Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Kommunalwahlverein.

8. Wahlbezirk: Wahlberechtigte Stimmen: 2500. Abgegebene Stimmen 642. Davon erhielten: Sozialdemokrat 350 Stimmen, Kommunalwahlverein 210 Stimmen, Vereinigte bürgerliche Vereine 78 Stimmen. — Gewählt der Sozialdemokrat Pieper.

Es haben demnach stattgefunden zwei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und dem Kommunalwahlverein.

Eine Liebesstragödie hat sich vorgestern in Spandau zugetragen. In der Wohnung eines Leutnants vom 5. Garde-Grenadier-Regiment erschloß sich eine junge Dame aus Berlin, angeblich die Tochter eines angesehenen Berliner Großkaufmanns. Die Dame, die sich in Abwesenheit des Offiziers Zutritt zu seiner Wohnung verschafft hatte, stand mit dem Leutnant schon längere Zeit im Verkehr. Sie hatte den Offizier ausgelacht und wollte mit ihm eine Rücksprache nehmen. Der Vater der jungen Dame war dieser nachgehores und wollte sie abholen. Als sie ihn kommen hörte, erschloß sie sich im letzten Augenblick mit einem Jagdgewehr des Offiziers, der während des Vorfalls in Berlin weilte.

Treptow-Saunschulweg.

Mahnahmen der sozialen Fürsorge beschäftigten die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 31. Oktober. Die Tribüne war voll besetzt und sie hätte den Andrang gar nicht fassen können, wenn

Zuhörerhaft ausschloß. Die Frage der Fleischversorgung hatte deren eine ganze Anzahl angeleitet, doch wurde ihnen der Zutritt verweigert. Dabei läge es durchaus im Interesse der Gemeinde, wenn besonders bei diesem Punkte die Frauen mit ihrer Sachkenntnis zuhören und noch besser mitraten könnten. In der Sache selbst schloß sich die Gemeindevertretung dem Vorschlage der Feuerungskommission an, wonach die Gemeinde den Vertrieb des russischen Fleisches in eigener Regie übernimmt. In jedem Ortsteil wird ein Laden eingerichtet, in dem der Verkauf an bestimmten Tagen der Woche stattfindet. Die Fleischermeister hatten beklammert die Uebernahme des Vertriebes abgelehnt.

Eine eingehende Aussprache rief der von unseren Genossen und dem Demokraten Kröbel gestellte Antrag hervor, für die Gemeinde Treptow eine Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System einzurichten. Anschließend an die Verlesung des Antrages flüchtete zunächst der Gemeindevorsteher selbst kurz das Genter System und gab einen Ueberblick über die bisherigen Maßnahmen der Gemeinde zur Bekämpfung der Not sowie die durch den Antrag zu erwartende Belastung. Die letztere ist danach für den 2/3 Millionen-Etat der Gemeinde recht unerheblich. Die Prüfung der Hanslisten hat ergeben, daß sich um Mitte Oktober 333 Personen, die sich auf 40 Verufe und 7 Arten ungelerner Arbeiter verteilen, als arbeitslos bezeichnen. Einen durchschnittlichen Unterstützungsbetrag wie bei der Schöneberger Versicherung im Jahre 1912 von 18 M. angenommen, ergebe für Treptow 5994 M. im Jahre, eine Summe, die aber nicht erreicht wird, weil doch nicht alle Arbeitslosen organisiert oder Sparrer sind. Nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl gegenüber Schöneberg, das sich wie 1:5 verhält, sei auf eine jährliche Ausgabe von 3380 M. zu schließen. Demgegenüber habe eine Denkschrift Neutöllns für Treptow rund 5800 M. berechnet (wobei der für Groß-Berlin gedachte Betrag nach der Steuerkraft der Gemeinden umgelegt ist). Für Bedürftige gibt die Gemeinde Treptow schon jetzt auch außerhalb des Rahmens der Armenunterstützung Rohmaterialien, wie Hülsenfrüchte und Kartoffeln ab. Dauten, deren Verschleppung Arbeit bringen könnte, sind jedoch leider nicht vorhanden. Namens des Gemeindevorstandes schlug der Vorsitzende vor, sich an den vorbereitenden Arbeiten Groß-Berlins zu beteiligen, da eine Zerspaltung schädlich sei und die Einführung dieser Versicherung eine Aufgabe des Reiches bleiben müsse. Außerdem solle ein Kommission eingesetzt werden, die weitere Maßnahmen beraten könne. Genosse Röhner begründete sodann in längerer Rede den Antrag, wobei er auf den Umfang der Arbeitslosigkeit im allgemeinen wie in Groß-Berlin hinwies, und auf die vielen Fälle in der Gemeinde selbst, wo Familienväter ohne eigenes Verschulden schon über 20 bis 30 Wochen ohne regelrechten Erwerb sind. Er schilderte die Not der Familien und die Folgen jener sozialen Krankheit, wie auch deren Ursachen und betonte die Leistungen der Gewerkschaften, die 1912 allein in Groß-Berlin 2 1/2 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung aufgewandt und damit die Armenliste entlastet haben. Der Redner verwies sodann auf die entsprechenden Maßnahmen anderer Gemeinden und empfahl die Einführung des Genter Systems noch den in Schöneberg geltenden Regeln, um damit einer Einheitsfront in Groß-Berlin die Wege zu ebnen. Darüber hinaus müßten für die Uebergangszeit Einrichtungen der Voraussetzungen geschaffen werden, damit in diesem Winter zunächst auch die Arbeitslosen unterstützt werden könnten, die bereits in den Gewerkschaften ausgeteuert und ohne Sparguthaben sind. Eine solche Hilfsmaßnahme für eine Bevölkerungskategorie sei auch in Treptow nichts Neues, da man hier ja den Hausbesitzern bereits mit der Hypothekenanstalt beigeprungen sei. Die Betrüftung auf Groß-Berlin und das Reich könne den jetzt Notleidenden nichts helfen. Der Vorsitzende des Kommunalvereins, Gemeindevorsteher Kopp, wandte sich sodann gegen die prinzipielle Zustimmung zu dem Antrage, da er dem Arbeiter die Verpflichtung zum Sparen nicht abnehmen wolle, die Arbeitslosigkeit auch nicht nur die Arbeiter, sondern auch Kaufleute und sonstige Privatangehörige treffe. Er vermißt auch den amtlichen Arbeitsnachweis und befürchtet, daß die kommunale Einführung des Reichs davon abhalte. Man solle deshalb in einzelnen Notfällen helfen und im übrigen der Groß-Berliner Resolution zustimmen. Demgegenüber betrat Genosse Hartmann besonders wirkungsvoll die Forderung sofortiger Hilfe, indem er sich gegen platonische Liebeserklärungen wandte, die nichts lösten, und nachwies, daß starke Familien bei der anhaltenden Teuerung auch in guten Tagen nennenswerte Ersparnisse nicht machen können. Gemeindevorsteher Kröbel zeigte, wie unter dem Einfluß der Not das Familienleben demoralisiert und zum anderen die kommende Generation geschwächt werde. Ferner wies er auf die hohe Stellenlosigkeit bei den Privatangestellten hin, die dadurch von der geplanten Versicherung ebenfalls Nutzen ziehen würden. Etwas mehr zugänglicher als der erste bürgerliche Redner zeigten sich die folgenden, die ebenfalls die herrschende Notlage anerkannten und ihre Bereitwilligkeit erklärten, von der Gemeinde aus etwas zur Linderung der Folgen von Arbeitslosigkeit zu tun, das nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen dürfe. Angenehm berührte im allgemeinen der Ernst, mit dem die vorliegende Frage in der ganzen Gemeindevertretung behandelt wurde. Der Antrag unserer Genossen auf sofortige Erklärung für das Genter System fand außer den Stimmen der Antragsteller nur noch die eines bürgerlichen Vertreters, dagegen wurde sodann einstimmig beschlossen, den Antrag auf Einführung der Arbeitslosenversicherung einer Kommission zu überweisen, die schon der nächsten Plenarsitzung Bericht erstatten soll, und der Petition Groß-Berlins an das Reich beizutreten. Von den Antragstellern gehören der Kommission Röhner und Kröbel an.

Steglich.

Der Erweiterungsbau des Stadtbades, für den im Juli d. J. 20 000 M. bewilligt wurden, ist nunmehr vollendet und wird am heutigen Tage dem Betriebe übergeben. Die Vergrößerung kommt lediglich der Heilbäder-Abteilung zugute. Die Heilbäderabteilung hat nunmehr 5 Auskleidekabinen und 19 Ruhestellen und kann den ganzen Tag (von 8 bis 8 Uhr) benutzt werden, während bisher die Stunden von 12 bis 3 Uhr den Frauen reserviert waren; durch die neu geschaffene Frauenabteilung ist den Frauen nunmehr die gleiche Bequemlichkeit wie den Männern gesichert. Sonntags werden Heilbäder nur vormittags von 8 bis 12 Uhr verabfolgt. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß Bestellungen auf Heilbäder auch telefonisch angenommen werden. Prospekte sind an der Kasse kostenlos zu haben. — Wünschenswert wäre auch die Errichtung eines zweiten Schwimmbassins, um beiden Geschlechtern Vordelagenheit während des ganzen Tages bieten zu können. Unter den jetzigen Umständen sind beruflich tätige Frauen und Mädchen (Wadezeit 2 1/2 bis 12 Uhr und 3 bis 5 1/2 Wochen tags) von der Benutzung des Schwimmbades völlig ausgeschlossen.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm, nachdem der Vorsitzende das Andenken der verstorbenen Genossin Freitag durch anerkennende Worte gelehrt, den Kassendbericht vom letzten Quartal entgegen. Den Bericht über die Ferienreise gab Genossin Bierchen. Sie teilte mit, daß sich durchschnittlich 150 Kinder an den Ausflügen beteiligt hätten, worunter sich ein großer Teil Kinder bürgerlicher Eltern befunden habe. Nebenbei richtete an die Versammelten den Wunsch, an den kommenden Ferienreisen ihre Kinder in größerer Anzahl teilnehmen zu lassen. Die Berichte von der Kreis- sowie der Verbandsgeneralversammlung wurden ohne Debatte entgegengenommen. Als Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden die Genossen Bierchen, Hüser, Kiefer und Wilhelm Schmidt gewählt.

Mit den Beschlüssen der Reorganisationskommission, worüber der Vorsitzende berichtete, sollen sich erst die Zahlhabende befassen. Die vom Bibliothekar angelegte eventuelle Verlegung der Bibliothek sowie der Ausbau derselben wurden bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt.

Grünau.

Der Arbeitergesangverein „Sangeslust“ feiert am Sonnabend,

Stiftungsfeier. Am demselben Abend findet auch ein Vergnügen des bürgerlichen Vereins „Liebeslänge“ in dem für die Arbeiterkassette geperrten Lokal „Gesellschaftshaus“ statt. Leider gehören diesem Verein noch viele Arbeiter an, die dadurch unsere Gegner unterziehen. Der Vorstand des Wahlvereins erwartet von allen organisierten Arbeitern, daß sie Einschlachten zu diesem Vergnügen zurückweisen, dagegen den Verein „Sangeslust“, der bei allen Veranstaltungen der Arbeiterkassette in uneigennützigster Weise zur Verfügung steht, rege unterstützen.

Neutölln.

Nord- und Selbstmordversuch. Im Hause Pflügerstr. 60 verfuhrte der dort wohnhafte 33 Jahre alte Buchhalter Venno Hochstet in der vergangenen Nacht seine Frau, eine dreizehn Jahre alte Tochter aus erster Ehe und sich selbst durch Leuchtgas zu vergiften. Die Tat wurde rechtzeitig von Hausbewohnern entdeckt und verhindert. Der Vorgang hatte in dem genannten Hause ungeheure Aufregung verursacht. Allgemein glaubt man, daß H. in einem Anfall von Geistesgestörtheit gehandelt hat. Er war in zweiter Ehe verheiratet und lebte in wirtschaftlich schlechten Verhältnissen. Zuletzt war er Bundessekretär des Anarchistenverbandes. Vor der Ausführung seines Mordplanes richtete er an die Redaktion des Anarchistenblattes „Freier Arbeiter“ einen Brief, in dem er von seinem Vorhaben Mitteilung machte. Hausbewohner, die die Tat entdeckten, benachrichtigten die Feuerwehr und diese sorgte für Ueberführung der drei Personen nach dem Krankenhaus in Budow.

Remisendorf.

Dem russischen Fleischverkauf stellen sich unerwartete Schwierigkeiten entgegen. Wieder sind es, wie es im Vorjahre, die Schlächtermeister, die der Versorgung der Bevölkerung mit billigem Fleisch Widerstand bereiten. Die stetig steigenden Preise machen schon jetzt den Arbeiterfamilien den Fleischgenuss fast zur Unmöglichkeit. Wie soll es aber erst im Winter werden? Der Gemeindevorstand war daher gut beraten, als er der Gemeindevertretung empfahl, den Verkauf des russischen Fleisches wieder aufzunehmen und wegen Bezug des Fleisches das Erforderliche mit Berlin zu vereinbaren. Die der Gemeindevorstand damals mittelte, sollte die Schlächtermeister beschließen haben, den Fleischverkauf wieder zu übernehmen. Doch scheinen die Herren Schlächtermeister auf die Beschlässe ihrer Innungen zu pfeifen oder eines anderen haben „belehren“ lassen. Sie lehnen es jetzt ab, den Verkauf des russischen Fleisches zu übernehmen. Jedenfalls ist der Verdienst, der ihnen zugesichert wird, nicht groß genug. Sie sind höhere Profite gewohnt, und eine Notstandsaktion findet nur ihren Beifall, wenn sie zur Vergrößerung ihres Profites dient.

Dieser Unerschämtheit gegenüber fordern wir den Gemeindevorstand auf, sofort eigene Schlächterläden zu errichten. Es muß den harrtenen Prozen gezeigt werden, daß es auch ohne sie geht. Die Gemeinde hat die Pflicht, die Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu versorgen, trotz Junkertum und immungsrauerlichem Progentum!

Gerichts-Zeitung.

Ein Polizeispiegel.

Eines Nachts traf der Glasarbeiter Strauch in der Bernmannstraße zu Neutölln auf zwei junge Männer, von denen der eine den anderen am Arm vornwärts zog, wogegen dieser Einwendungen machte. Strauch fragte, was los sei und erfuhr von dem jüngeren der beiden Männer, einem 16-jährigen Lehrling, daß er von dem anderen, einem angeblichen Kriminalbeamten, arretiert worden sei. Der Grund der „Arrestierung“ war der, daß der Lehrling vor der verschlossenen Tür des Hauses, in dem er wohnte, saß und auf jemand wartete, der einen Hauschlüssel bei sich führte. Strauch kam die Sache verdächtig vor. Besonders fiel ihm auf, daß der angebliche Kriminalbeamte für einen Weanten doch viel zu jung war. Strauch ersuchte den Vertreter, sich, falls er Kriminalbeamter sei, zu legitimieren. Das geschah nicht. Strauch folgte den beiden bis zum nächsten Schuhmannsposten und ersuchte denselben, die Feststellung der Persönlichkeit des angeblichen Kriminalbeamten zu bewirken. Der Schuhmann lehnte das ab und forderte Strauch auf, sich zu entfernen. Strauch wandte sich an einen zweiten Schuhmann. Doch da ging es ihm ebenso. Nun ging es zur Polizeiwache. Hier wandte sich Strauch an den Wachtmeister mit dem Ersuchen, die Persönlichkeit des angeblichen Kriminalbeamten festzustellen. Der Wachtmeister lehnte das ganz entschieden ab. Dagegen wurden die Personalien Strauchs und des Lehrlings festgestellt. Strauch erhielt später ein Strafmandat, das ihn schuldig, bei der Auseinandersetzung mit den Schuhleuten ruhestörenden Lärm verursacht und ihrer Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet zu haben.

Das Schöffengericht Neutölln hat gestern das Strafmandat bestätigt, indem es Strauch für jeden der beiden Uebertretungsfälle zu 3 M. Geldstrafe verurteilte. Ueber die geheimnisvolle Persönlichkeit des Mannes, dessen Feststellung die Polizeibeamten beharrlich verweigert haben, erfuhr man auch vor Gericht nichts Näheres. Nur der Name des Mannes wurde so nebenbei erwähnt. Er heißt K e h l e r. Das wird unsere Neutöllner Parteigenossen interessieren. Denn sie haben einen jungen Menschen namens Kehler schon lange im Verdacht, daß er die Jugendbewegung zu bescheln sucht. Im Neutöllner Jugendheim hat sich Kehler nach dieser Richtung hin verdächtig gemacht, man hat aber rechtzeitig Vorkehrungen gegen sein Treiben getroffen. Zweifellos ist dieser Kehler identisch mit dem Kehler, der im Falle Strauch eine Rolle spielt. Hier ist mit Sicherheit festgestellt, daß Kehler mit der Polizei in Verbindung steht.

Wie die Polizei für die arbeitende Jugend sorgt.

Man weiß, wie sehr die Polizei sich bemüht, den Nachwuchs der Arbeiterklasse zu behüten vor einer Verführung mit all dem, was sie „Politik“ zu nennen beliebt. Aus dieser Sorge heraus kam das Berliner Polizeipräsidium im Februar dieses Jahres auf den Einfall, die zum 28. Februar angeforderten unpolitischen Versammlungen für Jugendliche wegen des Vortragsthemas „Die wahren und falschen Freunde der Arbeiterjugend“ im voraus für „politisch“ zu erklären und die mit der Ueberwachung zu betrauten Beamten anzuweisen, daß sie Jugendliche von vornherein nicht in den Versammlungen dulden sollten.

Die nach der Löwenbränerie einberufene Versammlung wurde durch den zur Ueberwachung erklärten Polizeileutnant sogleich nach der Eröffnung aufgelöst, weil der Leiter das schon vor der Eröffnung an ihn gerichtete Verlangen des Leutnants, die Jugendlichen aus dem Saal zu entfernen, für ungesetzlich gehalten und daher nicht befolgt hatte. Hinterher erhielt der Leiter, ein Arbeiter Habersant, ein Strafmandat von 15 Mark wegen angeblicher Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes, gegen dessen Vorschriften er dadurch gefehlt haben sollte, daß er nach seiner vom Leutnant abgegebenen Erklärung der Versammlungsauflösung sich nicht sofort entfernte.

Das Schöffengericht Berlin-Weidling, dem Habersant die Sache zur Entscheidung vorlegte, sprach im Juni ihn von der Anklage der Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes frei, weil die Verlesung des Gesetzes auf Grund nicht dieses Gesetzes, sondern des Allgemeinen

Landrechts erfolgt war. Die Amtsverwaltung legte Berufung ein, so daß gestern das Landgericht Berlin III durch Strafkammer 4 (unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehrede) das Schöffengerichtsurteil nachprüfen mußte.

Polizeileutnant Kulle, der jene Versammlung hatte überwachen sollen, leitete seine Zeugnisaussage ein mit dem Satz: „Die Versammlung war eine politische“. Das Polizeipräsidium habe auf Grund eines Erkenntnisses des Oberverwaltungsgerichts sie im Hinblick auf das als Einladung verbreitete Flugblatt von vornherein als politisch angesehen und daher die Instruktion gegeben, daß Jugendliche nicht darin zu dulden seien. Wie erklärte er's, daß er nach Habersaath's Weigerung, die Jugendlichen hinauszuweisen, die Versammlungsauslösung mit dem Allgemeinen Landrecht begründete? Er habe, nachdem der Versammlungsleiter seine Mitwirkung zur Entfernung der Jugendlichen verweigert habe, aufstehen müssen — weil sonst die Jugendlichen, weiter in der „politischen“ Versammlung bleibend, sich fragbar gemacht hätten.

Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten zu 15 Mark Geldstrafe zu verurteilen. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Selbst auf Grund des Allgemeinen Landrechts habe hier keine Auflösung erfolgen dürfen, denn dieses spreche von Versammlungsausslösung zur Verhütung unmittelbarer Gefahr für Gesundheit und Leben der Teilnehmer, die hier doch gewiß nicht anzunehmen gewesen sei. Die Polizei habe doch nur gefürchtet, daß Jugendliche einen ihr als „politisch“ geltenden Vortrag anhören und durch Verweilen in der angeblich „politischen“ Versammlung sich strafbar machen würden. Aber selbst wenn die Auflösung als berechtigt angesehen werden sollte, so könne, eben weil sie unter Bezugnahme auf das Allgemeine Landrecht und nicht aus einem der im Reichsvereinsgesetz aufgeführten Gründe erfolgt sei, der Angeklagte nicht wegen Übertretung dieses Gesetzes verurteilt werden.

Das Gericht entschied, Habersaath sei wegen Übertretung des Reichsvereinsgesetzes zu drei Mark Geldstrafe zu verurteilen. Das Gesetz habe stillschweigend auch andere als die ausdrücklich angeführten Auflösungsgründe für möglich gehalten, namentlich Gründe der allgemeinen Sicherheit. Die Vorchrift, daß nach der Auflösungsentscheidung die Versammlungsteilnehmer sich sofort zu entfernen haben, gelte auch dann, wenn die Auflösung etwa unberechtigt sei. Daher habe das Gericht nicht zu prüfen brauchen, ob sie in dem vorliegenden Fall berechtigt war. Es könne, schloß der Vorsitzende die Urteilsbegründung, ein Auflösungsgrund auch in der Ermüdung gefunden werden, daß Jugendliche, wenn sie an einer politischen Versammlung teilnehmen, gegen das Gesetz verstoßen.

Eine nette Vereinsfreiheit.

Heiratschwindel.

Der vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I verhandelte große Heiratschwindel-Prozess gegen den Ingenieur Walter Thomas und Genossen ist nach mehrtägiger Beweisaufnahme zu Ende geführt worden. Es handelte sich, wie wir berichtet haben, um die umfangreiche Ausbeutung der heiratslustigen Tochter einer begüterten Hofbesitzerin Schrader in Crona bei Sülztingen sowie der letzteren selbst und einer anderen Tochter. Der verheiratete und von seiner Ehefrau nicht geschiedene Thomas hatte „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ als Heiratslustiger sich brieflich mit dem Fräulein Lina S. in Verbindung gesetzt, sich mit ihr verlobt und dann verstanden, aus den drei Familieneidern eine Summe herauszulockern, deren Gesamthöhe auf circa 41 000 M. berechnet worden ist, wovon allein 30 000 M. als Schaden, der der „Braut“ zugefügt worden, angenommen wurde. Das Mädchen ist durch die auf sie einwirkenden Vorgänge geisteskrank geworden, hat längere Zeit in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Göttingen zugebracht, ist aber soweit wieder hergestellt, daß sie als Zeugin vernommen werden konnte. Die Verhandlung war reich an dramatischen Momenten. Dem Angeklagten Thomas sprang die Hauptbelastungszeugin hilfreich bei, indem sie erklärte, daß sie den Angeklagten nach wie vor zu heiraten beabsichtige, daß dieser ihr alle Hindernisse, die einer baldigen Eheschließung entgegenständen, abgedeutet habe, und daß sie entschlossen gewesen und auch jetzt noch entschlossen sei, alle Hindernisse zu überwinden. Während sie anfänglich nur unbestimmte Angaben in dieser Beziehung gemacht hatte, trat sie zum Schluß der Verhandlung mit der ganz bestimmten Behauptung hervor: sie bestimme sich jetzt, daß ihr der Angeklagte über seine persönlichen Verhältnisse, daß er noch verheiratet sei usw. Mitteilung gemacht habe. Sie entwickelte in dieser Beziehung einen solchen Eifer zugunsten des Angeklagten, daß sie vom Vorsitzenden mehrfach zur Ruhe, und als sie die Unterbrechungen nicht unterließ, aus dem Saal geführt werden mußte. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte unter den obwaltenden Umständen von der Anklage des Betruges gegen Lina S., bei dem ein

Vermögensschaden von 30 000 M. in Frage stand, freigesprochen werden müsse; das Gericht hielt aber das betrügerische Treiben des Angeklagten auch gegenüber der Mutter der Hauptzeugin für so horrend, daß es Thomas zu vier Jahren Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft und drei Jahren Ehrverlust verurteilte. Der mitangeklagte Kommissionsärz Paul Rade wurde zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die übrigen Angeklagten, die unter der Beschuldigung der Beihilfe standen, wurden freigesprochen.

Forscherreferendar von Knobloch vor den Geschworenen.

Vor dem Schwurgericht Frankfurt a. O. begann gestern die zweite Verhandlung gegen den Forscherreferendar von Knobloch. Am 2. Januar hatte der Angeklagte den Buchhalter Hederich erschossen. Knobloch bestritt auf dem Speicher der Expeditionsfirma Pinnow seine Möbel. Hederich führte ihn hierbei. Knobloch behauptet, er, der Hauptmann der Landwehr ist, sei von Hederich angetroffen. Da habe er sich bedroht gefühlt, den Revolver gezogen und Hederich niedergeschossen. Das Schwurgericht hatte Knobloch im Juni für schuldig der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang erklärt. Die drei gelehrten Richter nahmen aber einstimmig an, Knobloch sei nicht zurechnungsfähig gewesen, die Geschworenen hätten sich bei ihrem Schuldpruch zugunsten des Hauptmanns der Landwehr geirrt und verwiesen die Sache an ein zweites Schwurgericht. Dies tagte gestern.

Die einzige den Geschworenen unterbreitete Schuldfrage lautete auf Totschlag. Der Vertreter der Anklage, Assessor Dr. Scholz, beantragte die Verneinung der Tatfrage und wandte sich dann mit folgenden Worten an die Geschworenen: „Fürchten Sie nicht, daß, wenn der Angeklagte für nichtschuldig erklärt und freigesprochen wird, er von neuem auf die Menschheit losgelassen wird. Es ist seitens der Staatsanwaltschaft dafür Sorge getragen, daß der Angeklagte kein Unheil mehr anrichten kann.“

Der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt Bornau, schloß sich dem Antrage des Staatsanwalts an. Nach kurzer Beratung der Geschworenen wurde die Schuldfrage auf Totschlag verneint. Der Gerichtshof sprach auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen den Angeklagten vom Totschlag frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Der Angeklagte nahm den Freispruch völlig gleichgültig entgegen.

Er wurde zunächst in die Untersuchungshaft zurückgeführt, bis die Formalitäten mit der Polizei auf Ueberführung in die Irrenanstalt erledigt sind.

Aus aller Welt.

Die Typhusepidemie in Libyen.

Aus Rom wird uns geschrieben: Der Militärberichterstatler des „Avanti“ macht darauf aufmerksam, daß die Hospitaltschiffe aus Libyen in den letzten 87 Tagen 2200 Kranke und Verwundete in Italien ausgeladen haben. Es handelt sich vorwiegend um Typhuskranken. Im ganzen sind in den zehn Monaten vom 1. September 1912 bis 30. Juni 1913 35,3 pro Mille der Garnison in Libyen an Typhus erkrankt und 7 pro Mille gestorben, während in Italien die Erkrankungsrate im Meer nur 3 pro Mille und die Todeszahl nur 0,4 pro Mille beträgt. Da es außer Zweifel steht, daß die Impfung gegen Typhus einen wenn auch nur zeitweiligen aber doch fast sicheren Schutz gewährt, muß es als unverantwortlich angesehen werden, daß in dem betreffenden Zeitraum nur 16 000 Impfungen vorgenommen wurden. Vor allem hat man es verläumt, die Soldaten vor der Abreise zu impfen. Die Erkrankungen und Todesfälle beziehen sich fast ausschließlich auf die ungeimpften Truppen.

Luftmord in Hamburg.

In den Anlagen am Millerntor in Hamburg ist am Montag früh die Leiche der achtjährigen Gertrud Siefert aus der Petersstraße aufgefunden worden. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Luftmord handelt. Das Mädchen ist am Sonntag beobachtet worden, als es von einem unbekanntem Manne angelockt wurde. Seitdem war es verschwunden.

Ein General unter Mordverdacht.

Eine geheimnisvolle Angelegenheit bildet in Madrid den Gesprächsstoff. Auf Grund eines Verhaftbefehls des Untersuchungsrichters wurde der Inspektor des militärischen Gesundheitsdienstes, General Venadite Guizero, der in einem Alter von 66 Jahren lebt, verhaftet. Am vergangenen Montag fand man im Abort seiner Wohnung die Leiche eines Kellners namens Ambregio auf. Bei der Leichenschau wurde festgestellt, daß zwischen dem Kellner und einem Unbekannten, dem wahrscheinlichen Mörder, ein Kampf stattgefunden habe. Daraufhin wurden die Frau und das Dienstmädchen Ambregios verhaftet. Trotzdem wurde jetzt auch der General Guizero, der bei dem Kellner in Pension war, verhaftet, da die Polizei glaubt, daß der General bei der Ermordung des Kellners beteiligt gewesen ist oder sonst in einer noch zu ermittelnden Weise die Hand in der dunklen Angelegenheit im Spiele hat.

Kleine Notizen.

Familien-drama. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag verübte in Elberfeld der Agent Rudolf Reisel mit Familie, bestehend aus der Frau, einem Knaben von zwölf und einem Mädchen von zehn Jahren, Selbstmord durch Strang- und Berggattung.

Brennende Petroleumquellen. Am Sonntag geriet in der Gegend von Moreni (Rumänien) ein Petroleumbohrloch durch Explosion in Brand. Das Feuer griff auf 15 benachbarte Bohrlöcher über. Das ganze Tal, in dem die Quellen liegen, bildete ein Flammenmeer. Die Lösbarkeit ist außerordentlich schwierig, doch ist es nach großer Mühe gelungen, den Brand zu ersticken.

Einbruch eines Konzertsaales. In dem kleinen italienischen Orte Trato ist am Sonntag während eines Konzerts das Dach der Konzertsaal eingestürzt. Von den 200 Personen, die dem Konzert beiwohnten, wurden gegen 100 verletzt; 14 von ihnen so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Automobilkatastrophe in der Schweiz. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Sonntag im Kanton Waadt. Der Wagen eines reichen Italieners Castagli stürzte bei einer Vergnügungsfahrt zwischen Lausanne und Genf infolge falscher Steuerung in einen acht Meter tiefen Abgrund. Castagli und seine Schwägerin wurden sofort getötet, während Frau Castagli, zwei Kinder und eine Erzieherin schwer verletzt wurden.

Jugendveranstaltungen.

Neußlln. Dienstag, den 4. November: Vortrag des Herrn Jarwig über: „Die Kulturgeschichte der Bronzezeit.“

Marktpreise von Berlin am 1. November 1912. nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. Weizen (misch), gute Sorte 16,50—16,90, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Weizen (randert), gute Sorte 14,40—14,90, mittel 13,90—14,00, geringe 13,50—13,60. Hafer, alt 6,20—7,50.

Marktpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—60,00. Weizenbrot, weiße 35,00—60,00. Rindfleisch, vom der Keule 1,50—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,80—1,90. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—6,60. 1 Kilogramm Karbonen 1,20—2,40. Holz 1,40—3,00. Kanter 1,20—3,20. Getreide 1,20—2,60. Weizen 1,00—2,40. Schale 1,60—3,20. Mehl 0,80—1,80. 60 Stück Klee 1,00—30,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 2. 11.		Wasserstand	am 1. 11.	
	m	cm		m	cm
Remel, Müst	163	0	Saale, Großh	88	0
Bregel, Jüterburg	—2	—2	Havel, Spandau ²⁾	38	+1
Beißel, Ebn	164	—4	Spre, Spremberg ²⁾	76	+4
Dber, Naibor	110	—2	Beser, Rindn	95	+15
• Krollen	107	0	• Rindn	180	+2
• Frankfurt	110	0	• Rhein, Magdalenkan	230	0
• Warte, Schrum	98	0	• Saab	117	—2
• Landsberg	11	0	• Rsin	91	—3
Rege, Borden	—8	—1	• Redar, Heilbronn	25	—15
Elbe, Zellmeritz	—42	+11	• Rain, Danau	—	—
• Dresden	—174	—2	• Mosel, Trier	—	—
• Barba	55	—3			
• Magdeburg	54	—3			

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ²⁾ Unterpegel.

Warum lachst er?



Er freut sich, weil er kostenlos unsere neuesten Pathé-Platten hört! Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Wenn nicht, so lassen Sie sich sofort unseren trichterlosen Luxus-Sprechapparat nebst einer Kollektion von 20 Stücken auf 10 Pathé-Doppelplatten kommen.

Sie brauchen kein Geld dazu!

Wir senden Ihnen alles kostenlos 5 Tage zur Probe, mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen! — Pathé-Platten sind eine Weltmarke und bringen stets das Neueste und Beste. Sie spielen ohne Nadelwechsel mit einem immerwährenden Saphirstrahl und sind daher unverwundlich. Herr E. H. in Nürnberg schreibt unzufrieden: „Ich habe eine Pathé-Platte“



Alle Preise für Pathé-Fabrikate sind die von der Fabrik festgesetzten.

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Fa. Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/644

Senden Sie mit einem allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 5 Tage zur Probe. Wenn 20 cm großen Pathé-Platten. Ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Ihre Adresse franco zurücksende, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose 60.— Mark und für die 10 Pathé-Doppelplatten 230 Mark in 10.— 3.— Mark gütigen, Erfüllungsort Breslau.

Vor- u. Zunahme:

Beruf: _____ Ort: _____

Strasse - Platz - Nr. _____

Unser Apparat

besitzt hochfein poliert. Eichengehäuse v. 37x37x20 cm Größe, Präzisions-Pedewerk, akust. Tonarm, und kostet einschließlich der echten Pathé-Konzert-Schalldose nur 60.— Mark. Sie können nirgends reeller kaufen

Illust. Spezialkataloge über andere Sprechapparate, Violinen, Celli, Mandolinen, Zithern, pholog. Apparate, Waffen, Uhren, Ferngläser etc. gratis

Bial & Freund

Postfach 120/644 Breslau II



Wenn ich die Kochvorschriften auf dem Paket genau beachte, schmeckt mir Kathreiners Malzkaffee ganz vorzüglich. Machen Sie einen Versuch!

Der neue Krupp-Prozess.

Berlin, 3. November 1913.

9. Tag.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Karsten, verkündet zu Beginn der heutigen Sitzung den Beschluß des Gerichts, den General a. D. Erzengel von Büding in Darmstadt über den Fall Döge zu vernehmen und ebenso den für die Vernehmung von Offizieren zur U. P. K. zuständigen Degeneranten der Feldzeugmeisterei, Major Ahlers. Beide Zeugen sollen morgen vernommen werden, und der eine der militärischen Sachverständigen wird unmittelbar beim Kriegsminister die Genehmigung zur Aussage für die beiden Offiziere einholen.

Es wird hierauf die Vernehmung des Zeugen Dreger

fortgesetzt. Der Zeuge trägt zu seiner Aussage vom Sonnabend nach, daß bei der Herfindung Wehens nach Berlin der Grund maßgebend war, daß man die Verichterstattung Brandts durch Erlangung nur offizieller Nachrichten erledigen wollte. Brandt war nur nach Berlin geschickt worden, um die Nachrichten, die Herr v. Schüb nicht erlangte, zu beschaffen. Von dem Augenblick der Herfindung Wehens nach Berlin ist bereits die Zurückberufung Brandts ertört worden. — Vorf.: Er wurde aber hier gelassen!

— Zeuge: Ja. — Auf nochmaliges Befragen erklärt der Zeuge, daß ihm bekannt war, daß Brandt seine Nachrichten durch Indiskretionen erlangt hatte, aber niemand hatte den Gedanken an strafbare Handlungen. Der Zeuge erzählt weiter, daß er während der italienischen Reise Wehens Direktor Ruchlon in Essen gesagt habe, jetzt wäre wieder eine Zeitpunkt, die den Zeugen bedrückende Sache mit den Indiskretionen aus der Welt zu schaffen. Auf die Dauer bleiben ja doch solche Dinge, die ein Duzend Leute erfahren, nicht geheim. Ruchlon stimmte zu, sagte, er sei ein wenig informiert über die Kornwalzerangelegenheit, er habe nicht den Eindruck, daß man die Brandtschen Berichte nicht entziffern könnte; er fragte aber Herrn v. Dewitz; der sagte nur, er brauche diese Berichte immer noch zur Kontrolle seiner eigenen Beobachtungen. Daraufhin wollte Ruchlon das entscheidende Wort dem Direktorium vorbehalten. Gelegentlich einer Gehaltssteigerung für Herrn sagte mir Brandt, daß er sich trotz seiner Gehaltssteigerungen nicht besser fühle, als in Essen. Er schreibe das seinem großen gesellschaftlichen Verkehr zu, der seine freie Zeit und seine Gattin zu sehr beanspruche. Er werde gezwungen, den Verkehr bei sich zu Hause zu pflegen, ins Theater zu gehen usw. — Vorf.: Das heißt doch, er mußte das,

um die Nachrichten zu bekommen!

— Zeuge: Das sagte er nicht, aber daran ist kein Zweifel, daß die Herren, die bei ihm verkehrten, dieselben sind, von denen er seine Informationen bekam; ich hatte keinen Zweifel daran. — Vorf.: Sie sind doch ein

so weisere Mann,

haben Sie nicht gleich übersehen, daß Brandt damit sagen wollte: Ich bin gezwungen, ich muß die Leute ausführen? — Zeuge: Ja, bis zu einem gewissen Sinn zweifellos; daher auch meine Frage: Gehen Sie nicht zu weit? Diese Frage kam später, als ich die Veranlassung dazu hatte, jetzt war das noch nicht der Fall. — Vorf.: Wieso nicht? — Zeuge: Ich war ja nicht sein Vorgesetzter. — Vorf.: Und auf die Frage: Gehen Sie nicht zu weit? Was sagte er da? — Zeuge: Das verneinte er. — Vorf.: Haben Sie nicht daran gedacht, wenn er mit den Leuten ausging, dann zählt er auch für sie usw.? — Zeuge: Gleich das Allerhöchste von einem Menschen anzunehmen, das liegt mir nicht. — Vorf.: Aber Herr Zeuge,

das lag doch aber so sehr nahe!

Der Zeuge äußert sich dann über die Unterredung zwischen Ruchlon, Wehen und Brandt nach dem bekannten Briefe Wehens an das Direktorium vom 22. Juli. Wehen suchte uns vorzunehmen gegen Brandt, er sagte, Brandt bekomme schon zu viel, sei wenig vertrauenswürdig und habe sogar einen Nachschlüssel zu seinem Schreibtisch. Aus Ruchlons Erzählung über die Unterredung hatte ich den Eindruck, daß Wehen erzählt hätte, Brandt habe gegen ihn eine Erpressung auszuüben versucht und Brandt habe gesagt, er wolle ein anständiger Mensch bleiben. Ich legte den Nachdruck auf das „bleiben“. — Vorf.: Brandt soll aber gesagt haben: Ich wünschte, ich trüge noch die Unteroffizierskreffe, dann würde ich noch ein anständiger Mensch sein. — Zeuge: Davon weiß ich nichts. — Vorf.: Die Worte, er wolle ein anständiger Mensch bleiben, mußten Sie aber doch schon bedenklich machen. — Zeuge: Die Neuherungen, die Ruchlon später im Direktorium in Essen gemacht hat über diese Sache, hat er zu mir nicht gesagt. Auf erneutes Befragen des Vorsitzenden sagt der Zeuge, es sei möglich, daß er damals den Gedanken an

Bestechungen

Brandts gehabt hat, aber das sei heute schwer zu rekonstruieren. Damals nahm ich an, daß Ruchlon weitere Schritte veranlassen würde und das ist ja auch geschehen. — Als in Essen davon die Rede war, daß Brandt weggenommen und ich das Bureau leiten sollte, war mir das so, wie wenn ein Kommandierender General einen Kompagniechef vertreten soll. Es wurde in Essen über die Nachfolge Brandts verhandelt. Man sagte, man brauche seine Tätigkeit überhaupt nicht; jeder Vertreter müßte doch solche Berichte verschaffen. Das Dumme war nur, daß das bei uns so geheim behandelt wurde. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätte kaum jemand etwas dagegen zu sagen gehabt. Man bedauerte, daß Brandt mit seiner gewissen Selbstständigkeit neben Wehen gesetzt worden war. Vor dieser Direktorial-sitzung hatte ich noch ein Gespräch mit Brandt gehabt, der mir auf das Bestimmteste versichert hatte, daß nichts Strafbares in seiner Handlungsweise gelegen habe. Das teilte ich den Direktoren mit und ebenso, daß Herr

Dewitz sich dagegen sträubte, die Berichte abzuschaffen.

Das Ergebnis der Sitzung war, daß ich Brandt noch einmal scharf vornehmen sollte und daß von den Berichten Brandts kein Abstand genommen werden sollte, und daß Brandt die Berichte, die ja harmlos waren, auch als harmlos behandeln sollte. — Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, die Vorlage von Kornwalzern durch Brandt stets abgelehnt zu haben. — Vorf.: In der Unterredung haben Sie aber gesagt, Sie haben aus den Kornwalzern gesehen, daß sie streng vertrauliches Material enthielten, das nur durch

Indiskretionen von Zentralstellen

beschafft sein könnte. Der Zeuge gibt darauf unter Vorbehalt des Wortlauts zu, diesen Eindruck stets gehabt zu haben. Als Brandt mir berichtete, daß Wehen Geheimberichte zu Hause habe und sie nicht herausgeben wolle, fragte ich ihn: Wo, was machen Sie denn für ein dummes Gesicht, wenn das alles anständig und einwandfrei zugegangen ist, da kann uns ja auch Wehen damit nicht schaden! Brandt sagte: Es könnten fälschlich doch Kameraden in Disziplinaruntersuchung kommen. Bei dieser Gelegenheit hörte ich, daß Abzüge zurückgehalten worden waren, und da sagte ich ihm, er möchte

die Abzüge vernichten.

— Vorf.: Warum? — Zeuge: Weil es die Firma belasten könnte

und weil es mir das Unangenehmste bei der Sache wäre, wenn die armen Zeugoffiziere verurteilt würden. Von der Unterredung

in Schlachtensee erzählt mir Brandt, daß Wehen zu ihm gesagt habe, der große Dreger und ebenso Eccius und Ruchlon müßten kleingemacht werden; er gebe die Kornwalzer nicht heraus, die brauche er zu seinem Prozess. Brandt sagte: Wehen habe die sämtlichen Berichte, die während seiner Italienreise gemacht worden seien. — Oberstaatsanwalt und Vorsitzender: Also „sämtliche“ oder „die“ Berichte. — Zeuge: Ich glaube, das ist dasselbe. Ich sagte seinerzeit, es seien 17 Berichte; jetzt aber meine ich, daß es 57 waren, jedenfalls eine Zahl mit sieben. — Vorf.: In der Unterredung hatten Sie zuerst gesagt rund 20. Sie haben aber früher nie von 57 gesprochen, das ist jetzt das erste mal. — Der Zeuge überreicht einen Notizzettel von diesem Tage, dem 3. Oktober 1912. Es sind Notizen über die Unterredung Brandts und Wehens, wie sie Brandt berichtet hat; darunter auch, daß Brandt den Herrn v. Wehen nicht grüßen, aber ihm alles detailliert erzählen sollte; die Firma Krupp könne die Berichte Brandts gar nicht entbehren. Die Zahl der Kornwalzer ist in dem Notizzettel nur durch den Namen einer 5 ausgedrückt, wie der Vorsitzende bemerkt; jetzt ist mit Handschrift an den Rand geschrieben 57, nicht 17. — Der Zeuge sagt weiter: Auch hieran schloß sich eine Unterredung, ob Brandt mit dem Freihalten nicht zu weit gegangen sei. Ich hatte den Eindruck, daß Brandt niemals das Bewußtsein gehabt hat, daß er Bestechungen ausgeübt habe. Schon nach einer der ersten Unterhaltungen mit Brandt hatte ich mir das Gesetz durchgelesen und ihm vorgehalten, daß er nicht durch Bestechungen die Leute in die schwerste Gefahr bringen soll. Brandt erklärte, daß das gar nicht in Frage komme. Es sei ausgeschlossen. Ich habe ihm das geglaubt und sehe noch auf dem Standpunkt, daß das seine Ueberzeugung war. Der Zeuge berichtet noch über eine Unterredung mit Wehen nach dessen Italienreise. Wehen tat ihm furchtbar leid und er hoffte, daß Wehen entweder anderswo beschäftigt werden oder

pekuniär sichergestellt

werden könnte. Dann aber sprach Wehen mir gegenüber von Rache, nachdem ich ihm gesagt hatte, die Firma könne es nicht dulden, was dem Ehrenober widerspreche. Es wurde dann in Essen beschlossen, daß Dreger die Kornwalzer selbst unterschreiben sollte, was er so aufgefaßt hat, daß er die Kornwalzer sieben sollte und Brandt sollte den Verkehr einschränken, keine geheimen Sachen bringen und vermeiden, sich Äußerungen zu lassen. Ich habe zwei Kornwalzer zurückgehalten, weil zu weitgehende Indiskretionen darin enthalten waren. — Vorf.: Sie sollen einmal gesagt haben: Sie müssen immer laden, wenn Sie Augenbergs Gesicht sehen, sobald von Kornwalzern die Rede ist. — Der Zeuge lehnt das auf das Entschiedenste ab. — Zeuge v. Wehen: Mir hat Herr Dreger gesagt: Ich muß immer innerlich lachen, wenn ich das Gesicht des Herrn Augenberg sehe, wenn die Rede auf Direktionsachen kommt. Wir hatten da gerade von Kornwalzern gesprochen. — Zeuge Dreger: Ich habe meines Wissens in jener Zeit an keiner Sitzung teilgenommen, in der über Kornwalzer gesprochen wurde. Private Besprechungen mit Augenberg habe ich auch nicht gehabt, ich kann also eine solche Äußerung nicht getan haben. — Auf eine Frage des Verteidigers Justizrats Dr. v. Gordon erklärt Direktor Dreger, die

Unterredung Wehens mit v. Simson

nicht im Auftrage der Firma, sondern aus seiner Absicht, ihm zu helfen, heranzumitteln zu haben. Mit dieser Absicht ist der Zeuge bei der Firma fast abgefallen. — Oberstaatsanwalt: Nach dem Inhalt der Akten sind auch Anfragen an die Berliner Vertretung gerichtet worden, die Brandt mit Geheimberichten beantwortet hat. — Zeuge: Das ist mir erst in der Unterredung bekannt geworden. Ich würde aber nichts darin gefunden haben. — Oberstaatsanwalt: Es sind ganz deutliche Unterschiede zwischen den Anfragen, die offiziell und die durch Geheimberichte zu beantworten sind. — Zeuge: Davon weiß ich nichts. — Auf eine Zwischenfrage des Verteidigers von Gordon über spätere Einigungsverhandlungen zwischen der Firma bezw. Dreger und v. Simson sowie v. Wehen ergibt sich, daß nach einer telephonischen Mitteilung Dreger's am 11. Februar 1913 die

Einigungsverhandlungen zwischen der Firma und v. Wehen

stattgefunden hätten; dazu kam es aber leider nicht, da gerade an diesem Tage Herr v. Wehen verhaftet wurde. — Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanwalt Löwentstein stellt Direktor Dreger dem Angeklagten Brandt das beste Zeugnis aus und erklärt auch, daß Brandt niemals Pressionen ausgeübt habe.

Der Zeuge v. Wehen gibt auf verschiedene Fragen des Rechtsanwalts Dr. Löwentstein an, daß er auf seinen Eid die Gewissheit nehmen könne, daß ein so weiser Mann, wie es Herr Dreger ist, orientiert sein mußte über die Art der Brandtschen Berichterstattung. Er (v. Wehen) sei wohl im Anlaufe darüber gewesen, ob der juristische Tatbestand der Bestechung vorliege, aber darüber, daß die Verletzung von Militärpersonen zur Vergabe geheimhaltender Nachrichten etwas Anzulässiges ist, darüber sei er schon als früherer Offizier

vollständig sicher

gewesen. — Der Zeuge Dr. Ruchlon wird befragt, ob er aus dem Angeklagten Eccius gegenüber davon gesprochen habe, daß Brandt Wehen's gebe. — Dr. Ruchlon hält dies

für zweifellos,

da es in einer Sitzung geschah. — Angeklagter Eccius: Es wurde nur gesagt, daß das Bekanntwerden der Verichterstattung einen publizistischen Skandal herbeiführen könnte, aber von Einzelheiten der Brandtschen Berichterstattung wurde nicht gesprochen. — Zeuge Dr. Ruchlon: Ich habe selbstverständlich gesagt, es ist in Berlin etwas vorgekommen. — Verteidiger Justizrat Dr. v. Gordon: Aber können Sie auf Ihren Eid nehmen, ob positiv von Bestechungen gesprochen wurde? — Zeuge: Ich kann auf meinen Eid sagen, daß ich Herrn Eccius gefragt habe, ob er von diesen Dingen nichts gewußt hat. Das hat Herr Eccius verneint. Der nächste Zeuge ist Rechtsamtsrat Reichstags- und Landtagsabgeordneter

Dr. Karl Liebnecht:

Er ist von der Verteidigung geladen und wird bereitigt. — Vorf.: Ihr Zeugnis ist wesentlich, insofern es auf die Glaubwürdigkeit eines Zeugen ankommt. Haben Sie die Anlagen zu Ihrem Brief an den Kriegsminister von dem Zeugen v. Wehen? — Zeuge: Einen Tag oder einige Tage, bevor ich die Anzeige an den Kriegsminister schrieb, lief bei mir ein Brief ein. Ich würde darüber Näheres nicht auslegen, da mir das Schreiben offensichtlich in meiner parlamentarischen Eigenschaft zugegangen ist und weil ich trotz der Rechtslage auf dem Standpunkt stehe, daß es eine säkularische Handlung sein würde, wenn ich das mir entgegengebrachte Vertrauen läufte würde, aber da hier eine Person zu Unrecht bestraft werden könnte, halte ich es für meine Pflicht, auch hierüber

vollst. Zeugnis

abzugeben. Der Brief war nach dem Poststempel in Berlin ausgegeben, er war mit einer steilen, großen, langstieligen Handschrift geschrieben, die keinen besonderen Charakter trug. Der Brief enthielt fast wörtlich dasjenige, was ich dem Kriegsminister mitgeteilt habe. Ich bin bereit, den Wortlaut dieses Briefes auf Wunsch mitzuteilen. (Es wird nun das in der Öffentlichkeit seit langem bekannte Originalschreiben Dr. Liebnechts an den Kriegsminister verlesen.) Der Brief war wohl unterzeichnet, meiner Erinnerung nach mit einem Namen, wie er bei pseudonymen Schreiben gewählt zu werden pflegt: Schulz oder Schmidt. Es war in

dem Brief nicht ein Wort davon enthalten, daß ich bei der Verwendung des beigefügten Materials irgendwelche Rücksicht nehmen sollte. Man bekommt als Parlamentarier natürlich häufig derartige Zuschriften, in denen um Diskretion nachgesehen wird. Das war hier nicht der Fall, im Gegenteil, es war bemerkt, es sei nicht zu erwarten, daß früher eingegriffen würde, ehe der Kriegsminister die beigefügten Kornwalzer — Geheimberichte — in Händen hätte. Ich habe daraus den Schluß gezogen, daß irgend jemand, dem von der Verwendung dieser Geheimberichte eine Untersuchung gedroht haben würde, nicht der Absender sein konnte. Ich habe deshalb auch kein Bedenken getragen, dem Kriegsminister einige, ich glaube zwei Originale der mir überbrachten Kornwalzer-Abschriften zu übersenden. Ich habe allerdings geschrieben, daß ich die Erwartung hege, daß nun nicht etwa versucht werde, den Brief umzulehren und statt der in meiner Eingabe Verdächtigten man gegen jemand vorgehe, den man im Verdacht habe, an mich geschrieben zu haben. — Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge: Den Herrn v. Wehen und seinen Namen habe ich absolut nicht gekannt, da mir die Personalverhältnisse der Firma Krupp völlig unbekannt waren. Ich habe den Namen „v. Wehen“ zum erstenmal vom Untersuchungsrichter gehört und die Persönlichkeit dieses Herrn zum erstenmal hier beim Zeugenauftritt gesehen. Ich habe

niemals mit ihm gesprochen, korrespondiert oder verhandelt.

— Vorf.: Sie kennen auch den Vater des Herrn v. Wehen nicht? — Zeuge: Nein. — Vorf.: Es wurde der Verdacht geäußert, daß die Kornwalzer von Herrn August Thibsen an Sie gelangt seien. — Zeuge: Ich habe keine Beziehungen mit Herrn Thibsen (Heiterkeit) und weiß auch nichts davon, daß er an der Uebermittlung der Kornwalzer an mich beteiligt sei. — Oberstaatsanw. Das wird auch nicht behauptet. War in dem Brief an Sie von Kornwalzern die Rede? — Zeuge: Nein, dieses Wort habe ich erst von dem Untersuchungsrichter Wehler gehört. — Der Zeuge gibt noch an, daß er 16 Kornwalzer erhalten habe, die 17 Blatt darstellten. Der Zeuge fügt noch von sich aus hinzu, daß derselbe Journalist, der bei Herrn v. Wehen gewesen ist, nach den ersten Veröffentlichungen in dieser Angelegenheit auch bei ihm war, wie er überhaupt von Journalisten en masse aufgesucht wurde, denen er die gewünschten Aufklärungen, soweit es möglich und angebracht war, gegeben habe. Dieser Journalist sagte mir, was Herr v. Wehen ihm erzählt habe, und er erzählte mir auch, daß Herr v. Wehen niemals erfahren dürfe, daß er auch bei mir gewesen sei, da ihm auch sonst Herr v. Wehen die Tür vor der Nase zugeschlagen würde. — Vert. Rechtsanwält Löwentstein: Haben Sie Herrn Brandt für den Schreiber des Briefes gehalten? — Zeuge Dr. Liebnecht: Ein solch unsinniger Gedanke ist mir natürlich nicht gekommen. — Angekl. Eccius: Warum hat der Zeuge das Original des ihm zugegangenen Schreibens vernichtet? — Zeuge Dr. Liebnecht: Aus derjenigen Vorsicht heraus, die jeder Politiker solchen Schreibern gegenüber beobachten läßt. Ich habe dem Schreiben das Wesentliche entnommen, es dem Kriegsminister übermitteln, angenommen, daß die Sache ihren weiteren Lauf nehmen wird und habe hierauf alles getan, um zu verhindern, daß man irgendwie durch meine Hilfe gegen jemanden vorgehen könnte, der mir sein Vertrauen schenkt. Ich bin überzeugt, daß eine solche Vorsicht von jedem Politiker einer jeden Partei in einem solchen Fall geübt werden wird. — Dr. Liebnecht führt noch aus, daß jemand, der die Kornwalzer in einer solchen Weise erlangt haben würde, daß ihm daraus eine Vergeltung erwachsen könnte, ihm das Material doch nicht geschickt haben würde, ohne ihn aufzufordern, es zu vernichten. Auf eine Anfrage des Verteidigers Löwentstein gibt der Zeuge noch an, das Originalschreiben vernichtet zu haben, kurz nachdem er die erste Mitteilung des Kriegsministers erhielt, daß die Ermittlungen bereits ein Ergebnis gehabt hätten.

Daran schließen sich einige Fragen des Rechtsanwalts Justizrat Dr. v. Gordon an den Untersuchungsrichter und den Zeugen v. Dewitz über die

Aufbewahrung der Kornwalzer,

die zeitweise im Besitz v. Wehens gewesen sind. Im Laufe dieser Auseinandersetzung, die zu einem bestimmten Ergebnis nach der Richtung hin, ob Herr v. Wehen an der Uebermittlung der Kornwalzer an Dr. Liebnecht beteiligt sei, nicht führt, erklärt der Untersuchungsrichter Wehler es für sehr möglich, daß Brandt in der Unterredung gesagt habe, „er lasse sich hängen“, wenn die von Liebnecht dem Kriegsminister überbrachten Kornwalzer nicht aus dem Besitz des Herrn v. Wehen seien. Abg. Dr. Liebnecht fügt seiner Aussage noch hinzu, daß nach den Mitteilungen des betreffenden Journalisten Herr v. Wehen noch einiges wissen müßte über den

Verkehr zwischen Brandt und einigen mittleren Beamten des Reichsmarinamts,

wovon bisher nicht die Rede war. — Oberstaatsanwalt: In diesem Verfahren ist etwas Befremdendes nach dieser Richtung hin nicht zutage getreten, und es ist darum auch nicht Gegenstand dieser Verhandlung. — Der Vorsitzende bestätigt dies. — Verteidiger Rechtsanwält Dr. Löwentstein: Die genaue Untersuchung hierüber hat zu dem Resultat geführt, daß an dieser Beschuldigung nichts ist. — Dr. Liebnecht: Ich halte mich für verpflichtet, noch zu erklären, daß ich noch einiges nicht Unwesentliche über das Nachrichtenwesen der Firma Krupp und dessen Tätigkeit im Auslande überhaupt, wie über die

Bestechung von ausländischen Zeitungen durch Krupp — ich würde event. einen Namen angeben können — und ebenso über die Art,

wie die ausländischen Geschäfte

nach meinen Mitteilungen auch unter der Mitwirkung des Direktors Eccius vollzogen worden sind, weiß — Dinge, die

für die Geschäftsgepflogenheiten der Firma Krupp von Belang

sind. — Vorf.: Das gehört aber nicht zu diesem Verfahren, in dem nur zwei Personen wegen bestimmter Handlungen angeklagt sind. — Vert. Justizrat Dr. v. Gordon: Das Ausland geht und hier gar nichts an, und Herr v. Wehen hat auch selbst erklärt, auf das Ausland nicht eingehen zu wollen. — Zeuge Dr. Liebnecht: Als Jurist mußte ich mit der Frage rechnen, daß die Geschäftsgepflogenheiten der Firma Krupp

heranzuziehen sein würden.

Vert. Justizrat v. Gordon bittet den Vorsitzenden, diese Sache auszuschalten. — Oberstaatsanwalt: Wenn Herr Dr. Liebnecht weitere Beschuldigungen zu erheben wünscht, so mag er das bei mir tun, ich bin dazu da, sie entgegenzunehmen. — Zeuge Dr. Liebnecht: Ich nehme in diesem Prozess eine besondere Position ein und bin hier auch in der schärfsten Weise angegriffen worden, so von einem der Direktoren von Krupp, der hier von Wissen sprach, die ich in die Luft gehalten hätte. (Vorf.: Ich habe das ja zurückgewiesen.) Also, event. hätte

das vielleicht doch zur Sache gehört, was ich gesagt hätte, und deshalb habe ich es für meine Pflicht gehalten, dies hier vorzutragen.

Es wird vom Gericht, dem Oberstaatsanwalt und der Verteidigung auf eine weitere Vernehmung Dr. Viehbachs verzichtet. Hierauf kommt ein Vorfall zur Sprache, der für die Behauptung herangezogen wird, daß die Firma Krupp

Terrorismus

über. Es handelt sich, wie bereits erwähnt wurde, darum, daß bei dem Anwalt v. Rehen, Dr. Vell in Essen, ein Abgesandter der Firma Krupp erschienen sei und mit den Konsequenzen gedroht habe. — Vert. Justizrat Dr. v. Gordon wünscht diese Behauptung aus der Welt geschafft zu sehen, das Gericht und der Oberstaatsanwalt erklären die Sache für unerheblich. — Vert. (zum Justizrat v. Gordon): Wenn Sie die Glaubwürdigkeit des Zeugen v. Rehen in dieser Sache angreifen wollen, dann müßte das Gericht Gegenzeugen hören. — Vert. Justizrat Dr. v. Gordon: In diesem Punkt greife ich die Glaubwürdigkeit des Zeugen ab, ich will nur diesen angeblichen Terrorismus aus der Welt schaffen, besche aber nicht darauf, daß auf diese Angelegenheit weiter eingegangen werde.

Es folgt die Vernehmung des Bureaubeamten der Kruppischen Vertretung in Berlin, Karl Kern, dessen Vernehmung ausgesetzt wird. Er bekundet: Brandt hat nicht nur Nachrichten ermittelt, sondern auch im Bureau Arbeiten besorgt, die ein paar Stunden dauern. Manche Tage kam er allerdings nicht, was er da gemacht hat, weiß ich nicht. Ich müßte die von ihm geschriebenen Berichte der Post beifügen, habe sie aber nie offen zu Gesicht bekommen. Ich sollte sie auch nicht sehen, das ging schon aus dem ganzen Geschäftsbetrieb hervor, sie wurden auch vor mir zugemacht. Mein Gehalt betrug 1906 4500 M., worin eine nichtpensionsberechtigte Stellenzulage von 600 M. inbegriffen war. Eine Weihnachtsgroßzahlung bekam ich von der Firma nicht, sondern von Herrn v. Schöly für Privatarbeiten zu Weihnachten immer 100 M. Von der Firma erhielt ich erst 1912 eine Gehaltzulage von 300 M. und inzwischen waren mir von der Stellenzulage 300 M. pensionsberechtigt gemacht worden. Auch ich habe mit geheimen Sachen zu tun, die ganzen Schriftstücke über Kriegsmaterial gehen durch meine Hände. — Der Angeklagte Brandt verweist auf das von ihm angelegte geheime Preisbuch, das eine sehr große

Arbeit war und alle Daten über die Geschäfte der Firma enthält, seitdem die Firma Krupp Geschäfte liefert. — Kern bemerkt dazu, daß das Buch nur den Extrakt der offiziellen Korrespondenzen enthalte, und daß die Arbeit auch zum Teil zu Hause gemacht wurde. Er fügt noch hinzu, daß Brandt im Bureau auch noch das Auftragsbuch geführt habe.

Hierauf wird

Direktor Hausenberger,

Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp in Essen, als Zeuge vernommen. Auch seine Vernehmung wird ausgesetzt. Er gibt an, Kenntnis von den Kornwälgern erlangt und von den ihm vorgelegten Kornwälgern den Eindruck erhalten zu haben, daß sie zum größten Teil Preisnotizen enthielten und Material für die Submissionspreise der Firma sein sollten. Notizen über konstruktive Dinge und über Versuche bei der Heeresverwaltung und bei der Konkurrenz waren relativ selten. Ich hatte den Eindruck, daß Brandt diese Mitteilungen nur gab, weil er sie

im Verkehr mit den Feuerwerkern gehört und gesammelt

hatte. Die Kornwälgern wurden auch mir zugesandt. Manchmal hatte ich wohl den Eindruck, daß eine gewisse Schwachhaftigkeit der Militärbeamten vorlag, daß sie nicht immer ganz distret gewesen sein müßten. In der Direktorialssitzung am 25. Oktober wurde über die Brandtsche Tätigkeit von Herrn Dreger erklärt, daß etwas Unrechtes nicht vorgekommen sei und daß er in Zukunft diese Berichte selbst unterschreiben wollte, um zum Ausdruck zu bringen, daß bei ihrer Beschaffung nichts Unrechtes vorgefallen ist. Man hatte damals schon vor, Brandt aus Berlin wegzunehmen, um seine Tätigkeit einzustellen. Die Herren Dr. Kuehlon oder Dreger brachten zum Ausdruck, daß nach den Angaben v. Rehen's

nicht alles in Ordnung

zu sein scheint. Auf eine Frage Dr. Kuehlon's sagte ich, daß ich gar keinen Wert auf diese Berichte lege. — Vert.: Hat Dr. Kuehlon Ihnen nicht gesagt, daß Brandt den Leuten offenbar Geschenke gebe? — Zeuge: So hat er mir das nicht gesagt, aber dem Sinne nach etwa, daß Brandt ein anfälliger Mensch sein würde. Da ich gar nicht den Eindruck hatte, daß die Kornwälgern etwas

Schwerwiegendes seien, so sagte ich mir hierbei nicht, daß da etwas Besonderes vorliegen müsse. Es wurde über eine andere Vernehmung Brandts gesprochen, in meinem Degenrat aber war keine Stellung bekannt. — Vert. Rechtsanwalt Löwenstein: Ist es etwas so Ungewöhnliches, daß im Verkehr zwischen Kruppangestellten und mittleren Beamten gelegentlich etwas geredet wird, was effizient nicht geredet wird, Brandt sagt nämlich, ihm seien im Laufe des Gesprächs diese Dinge mitgeteilt worden, ohne daß sich jemand etwas Besonderes dabei gedacht hätte. Haben Sie auch einen solchen Eindruck, daß also nicht bewachte Preisgabe von Geheimnissen, sondern nur eine gewisse Schwachhaftigkeit vorlag. — Zeuge: Das war meine Auffassung. — Ein Beiführer: Haben Sie denn auch gewußt, daß Brandt

ganze Auszüge

bekommen hat. — Vert.: Aber diese Auszüge bezogen sich nicht auf geheimes Material.

Die weitere Vernehmung des Zeugen Hausenberger findet im geheimer Sitzung statt, da sie sich auf diejenigen Mitteilungen bezieht, die militärische Geheimnisse enthalten haben.

Morgen werden General v. Siding und Major Ahlers vernommen.

Witterungsübersicht vom 3. November 1913.

Stationen	Barometer Stand um 7 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer Stand um 7 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	
Swinemünde	759	SW	4	bedeckt	9	Quedlinburg	758	D	2	bedeckt
Danzburg	757	SW	4	bedeckt	12	Petersburg	754	SW	1	bedeckt
Berlin	761	SW	1	bedeckt	10	Stettin	762	SW	4	halb b.
Kraus. a. M.	763	SW	3	Dunst	11	Flörsb. b.	744	SW	3	bedeckt
München	767	SW	4	mollig	8	Paris	754	SW	2	bedeckt
Wien	767	SW	1	bedeckt	4					

Wetterprognose für Dienstag, den 4. November 1913.

Niemlich mild, teilweise aufläuternd, jedoch vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften, westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

In meinem Gemessen
Wilhelm Walland
nebst Gattin die herzlichsten
Gleichnismische zur Silberhochzeit
Die Genossinnen u. Genossen
des Bezirke 748a & Kreis.

Todes-Anzeigen

**Verband der Hut- und Filzwaren-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**
Ortsverwaltung Berlin.
Nachruf.
Allen Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege,
Albert Kunze
im Alter von 51 Jahren ver-
storben ist. 76/13
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat Montag-
nachmittag auf dem Gemeindefriedhof
in der Wilmersdorfer Straße
stattgefunden.
Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der A. G. O.
Arbeiter
Max Thurm
am 1. d. Mts. im Alter von
53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 4. d. Mts., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Städtischen Friedhofes
in der Wilmersdorfer Straße
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
69/4 Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Buch- und Stein-
druckerel - Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.
Am 31. Oktober verstarb plötz-
lich unser Mitglied
Willibald Doberentz
im Alter von 40 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 5. November, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Panower
Friedhof statt.
28/16 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. Brauerei- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Fahrer
Friedrich Schäpe
(Schultheiß II) nach länger schwerer
Krankheit am 1. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 5. November, nachm.
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Gethemanns-Friedhofes in Nord-
end statt.
Rege Beteiligung erwarnt.
44/12 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Elektro-
Monteur
Oskar Ortel
am 30. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
129/1 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die überaus herzliche Teil-
nahme und die Krankspenden bei der
Beerdigung meines lieben, unange-
lichen Mannes
Paul Gynther
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, sowie den Kollegen
der Firma Glombiger u. Koppe, dem
Deutschen Holzarbeiter-Verband und
den Mitgliedern des Hauses Blumen-
straße 27 meinen herzlichsten Dank.
Witwe Elisabeth Gynther.

**Allgemeine Ortskrankenkasse
Berlin - Weißensee.**
Bekanntmachung.
Die zum Donnerstag, den 6. No-
vember cr. einberufene Wahl der
Vertreter zum künftigen Ausschuss
findet nicht statt, da sowohl von den
Versicherten als auch von den Arbeit-
gebern nur eine gültige Vorlageliste
eingereicht worden und dem-
zufolge die Vernahme einer Wahl
nach § 9 der Wahlordnung nicht er-
forderlich ist.
Berlin-Weißensee, 278/90*
den 3. November 1913.
Der Vorstand.
A. K.: Fuhrmann, Vorsitzender.

**Gemeinsame
Orts - Krankenkasse
für
Königswusterhausen
und Umgegend.**
Donnerstag, den 13. November,
abends 8 Uhr, im
Waldischen Hotel am Bahnhof:
General-Versammlung
wogzu die gewählten Vertreter
eingeladen werden. Sollte
diese Versammlung zur Erreichung
der Tagesordnung nicht ausreichen,
so findet am folgenden Tage, Frei-
tag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr,
in denselben Räumen eine Fort-
setzung der Versammlung statt.
Tagesordnung:
1. Wahl von drei Kassendirektoren
zur Prüfung der Jahresrechnung.
2. Wahl von einer Kommission von
drei Arbeitnehmern und zwei
Arbeitgebern.
3. Beratung und Genehmigung der
neuen geänderten Statuten (die
neuen, schon vorgelegenen Sta-
tuten sind mitzubringen).
Königswusterhausen,
den 3. November 1913. 278/18
Der Vorstand.
G. Gröning, Vorsitzender.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Servus
mit
Dosenöffner

Überall zu haben in großen Dosen à 20 Pf.
Fabrik: Chemische Werke Lubzyski & Co., Akt.-Ges., Berlin-Lichtenberg.

Besten Schuhputz

**Bei Rückgrat-
verkrümmung
glänzende Erfolge**

mit meinem berühmten regulierbaren **Re-
drossions-Apparat** - System Haas -
für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat
wurde auf dem 10. Aerzte-Kongress in
Lemberg mit dem 1. Preis ausgezeichnet
und erhielt auf der Internationalen
Hygiene Ausstellung in Dresden 1911
die silberne Medaille. Prospekt und
technische Erläuterung kostenlos.
F. Menzel, Schönberg Ufer 23

Die Botano-Trinkkur
Eine große Wohltat
für Männer u. Frauen
bei Zuckerkrankheit (Diabetes), Gicht,
Rheumatismus, Herzleiden, Nieren-
leiden, Blasenleiden, Wassersucht etc.

Wenn Sie schon andere Mittel ohne zufriedenstellenden
Erfolg benutzt haben, so trinken Sie jetzt „Botano.“
Wir sind überzeugt, daß Sie „Botano“ bald lobend preisen
werden. Hemmen Sie die **zerstörernde Selbstvergiftung**,
die andere Getränke erzeugen, trinken Sie „Botano.“ Die
entgiftende Wirkung des „Botano“ ist keine vorübergehende
sondern eine **dauernde**. Der ganze Organismus erfährt
eine gründliche Durchspülung, die Kräfte und das Wohl-
befinden nehmen wieder zu. Die Botano-Kur ist bei dem
äußerst niedrigen Preise des „Botano“ (täglich nur wenige
Pfennige) eine der **billigsten Kuren!** - **Ärztlich begut-
achtet und bestens empfohlen, viele Anerkennungen.**

100 000 Probepäckchen gratis
sowie unsere Aufklärungsschrift „Botano (D. R. P.) - Der
Feind der Harnsäure“ versenden wir jetzt an alle Kranken,
die uns darum schreiben. Lassen Sie sich sofort ein Pro-
bepäckchen gratis kommen. Postkarte genügt. - Preis des
Originalpaketes 1.50 Mk., von 4 Paketen an Frankozusendung

BotanoWerke GmbH, Postfach 147/16 Breslau II

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Berichtigung.
Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“
Ortsgruppe Berlin.
Zu unserem Internat vom 2. No-
vember betr. Lichtbildervortrag am
Dienstag muß es heißen: **Stin-
vorstellung** (statt Kinderdarstellung).

Wer hat eine Idee?
Angebote an **ing Dudenhöffer**,
Berlin W. 30C., Rosenheimerstr. 22.

Oskar Wollburg
Trauer - Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer
Konfektion; auch einz. Röcke,
Blusen, Hüte etc. Anfertigung
nach Maß in 12 Stunden.
Änderungen sofort.

Von der Reise zurück!
Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata Blutuntersuchung.
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockentuf,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 8-10.

Blumen- und Kranzbücherei
von **Robert Meyer**,
Inb.: P. Golletz
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul
Gross**, Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.

Bruchbandagen,
Leibbinden, Geradhalter,
Irrigator, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Tausende befreit!
Bandwurm
mit Kopf (Spul u. Madenwürmer)
besiegt meist binnen 2 Stunden
leicht und vollständig gefahrlos
ohne Berührung des voll-
kommen ungeschädlichen natürlichen
Salzels B nowu mmittel
Keine unangenehmen Nachwirkungen,
keine Hungerkur, nicht streng u. ohne
Nachkur, auch wenn hartnäckig nur
vermehrt wird. Einfachst Anwendung.
Für Erwachsene 2-4 Kind. (Altersang. 11.25.
Abl. nicht in Marke. Medico. u. Namen
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4
Wo in Drogerien nicht erhältlich. Zus.